

Das Verhältnis zwischen Staatsgewalt und
Kirche im Lichte der Glaubens-und Gewis-
sensfreiheit in der Sowjetischen Besat-
zungszone Deutschlands

von

Christian Meyer

-

1964

DAS VERHÄLTNIS ZWISCHEN STAATSGEWALT UND KIRCHE
IM LICHT DER GLAUBENS- UND GEWISSENSFREIHEIT
IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS



D i s s e r t a t i o n

vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes Gutenberg - Universität in Mainz
von
Christian Meyer



Erster Berichterstatter:

Professor Dr. jur. Peter Schneider

Zweiter Berichterstatter:

Professor Dr. jur. Hubert Armbruster

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Juli 1964

Das Wesentliche ist ...
der Totalitätsanspruch
des Staates gegenüber
dem Staatsbürger unter
Ausschaltung seiner
religiösen und sittlichen
Verpflichtungen Gott ge-
genüber.

(Peter Graf York von Wartenburg
vor dem Volksgerichtshof 1944)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorbemerkungen	
1. zum Gegenstand	1
2. zur Methode	3
 <u>Erster Teil</u>	
Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands	
I. Zur Geschichte und zur Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Deutschland	6
1. Vom Allgemeinen Landrecht zum Grundgesetz	6
2. Religions- und Weltanschauungsfreiheit	8
3. Beispiele	9
4. Grundrechtliche Garantie	10
II. Vorfragen zur Bedeutung des Art.41 Abs.1 der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone	12
1. Vergleich mit anderen Verfassungen	12
2. Die Stellung des Artikels über die Glaubens- und Gewissensfreiheit	13
3. Der Verfassungssatz als Erklärung zwischen Staat und Kirche	15
4. Die "Entwicklung zum Sozialismus"	16
III. Die Bedeutung des Art.41 Abs.1 nach dem Selbstverständnis der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone	
1. Abschnitt: Zum Selbstverständnis der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone	18
A. Die Entstehung der Sowjetischen Besatzungszone	18
1. Die Sowjetische Besatzungszone	18
2. Die Machtstellung der Sozialistischen Einheitspartei	20

	Seite
B. Der Marxismus-Leninismus als Grundlage des Gesamtverständnisses	24
1. Die marxistisch-leninistische Philosophie	24
a) Philosophischer Materialismus	25
b) Materialistische Dialektik	26
c) Erkenntnistheorie	27
d) Materialistische Geschichtsauffassung	28
2. Zur Staatslehre des Marxismus-Leninismus	30
a) Der Staat als Produkt der Klassengegensätze und Machtorgan der herrschenden Klasse	30
b) Klassenkampf und Revolution	35
c) Die Diktatur des Proletariats	37
C. Zum Selbstverständnis der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone (Zusammenfassung)	41
2. Abschnitt: Folgerungen	44
A. Der Vollzug des objektiven Entwicklungsgesetzes	44
1. Folgerungen für die Fragestellung	44
a) Keine Unterscheidung nach Verfassungsurkunde und Verfassungswirklichkeit	44
b) Zur Bedeutung von Verfassungsnormen nach marxistisch-leninistischem Verständnis	47
aa) Die Besonderheit der geschichtsphilosophischen Rechtsdogmatik	47
bb) Die Bedeutung der Verfassung	48
c) Zum sozialistischen Recht	50
2. Auswertung der Folgerungen	54
a) Frage nach dem Grundrecht	54
b) Frage nach dem kirchenpolitischen Leitsatz	60

	Seite
B. Die Befreiung des Menschen	62
1. Der sozialistische Mensch und das sozialistische Grundrecht	62
a) Zum Inhalt des sozialistischen Grundrechts	62
b) Die Forderung der Partei	65
c) Sozialistisches Bewußtsein, sozialistische Moral	66
2. Glaubens- und Gewissensfreiheit als Befreiung des Menschen	68
a) Grundrecht	68
aa) Die Beurteilung der Religion durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus	68
bb) Die Religion und der sozialistische Mensch	71
cc) Grundzüge der Mitwirkung an der Befreiung	72
b) Kirchenpolitischer Leitsatz	73
aa) Der Zusammenhang von sozialistischem Grundrecht und sozialistischer Kirchenpolitik	73
bb) "Religion ist Privatsache"	74
cc) Toleranz und Strategie	76
c) Die Verbindung von Ideologie und Norm	78
Zusammenfassung des ersten Teiles	80

Zweiter Teil

Das Verhältnis zwischen der Arbeiter- und Bauern-Macht und der Evangelischen Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone

I. Die staatskirchenrechtliche Entwicklung in Deutschland in marxistisch-leninistischer Sicht	82
II. Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche	89
1. Frühere Begründungen der Trennung von Staat und Kirche	89

	Seite
2. Die ambivalente Bedeutung der Trennung von Staat und Kirche	91
3. Die kirchenfeindliche Trennung	93
III. Das marxistisch-leninistische Verständnis der Trennung von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone	96
1. Der ideologische Ansatz	96
2. Grundzüge der kirchenfeindlichen Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone	100
a) Zur Auslegung	100
b) Das Prinzip der Kirchenfeindlichkeit in Art.41 Abs.2	102
c) Weitere Verfassungssätze der feindlichen Trennung von Staat und Kirche	103
d) Zusammenfassung	105
IV. Die staatliche Praxis der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone	107
1. Abschnitt: Beispiele zur Entwicklung der allgemeinen Lage der evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone	108
A. Maßnahmen zur Verdrängung der Kirche aus dem Öffentlichkeitsbereich	108
B. Die Ausrichtung der kirchenpolitischen Praxis der Staatsgewalt auf die Spaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland	117
C. Die Richtlinien der Kirchenpolitik für die "Entwicklung zum Sozialismus"	121
2. Abschnitt: Beispiele für die kulturell-erzieherische Leitungstätigkeit der Staatsgewalt	125
A. Beispiele für die Anleitung zu intellektueller Mitwirkung	125
1. Versuche, christliche Bürger für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen	125
2. Die weltanschauliche Ausrichtung der Schule	130

	Seite
a) Sozialistische Schulpolitik	130
b) Die weltanschauliche Durchdringung der Schule als Teil der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche	135
3. Christliche Unterweisung und Junge Gemeinde während des kämpferischen Werbens des Staates um die Jugend	138
a) Die Behinderung des Christenlehre-Unterrichtes	138
b) Der Kampf gegen die kirchliche Arbeit an der Jungen Gemeinde	142
B. Der Kampf um die Jugendweihe	145
1. Die ideologische Auseinandersetzung	145
a) Ursprung, Anlaß der Wiederbelebung und neue Begründung der Jugendweihe	145
b) Das Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung	149
c) Die Taktik der ideologischen Auseinandersetzung um die Jugendweihe	150
2. Der sozialistische Glaubensakt	158
V. Zusammenfassung und Schlußbetrachtung	161
Schrifttumsverzeichnis	168
Abkürzungsverzeichnis	183

V o r b e m e r k u n g e n

1. Zum Gegenstand

Die christlichen Kirchen und ihre Gemeindeglieder in Deutschland sind durch die politischen Ereignisse und Wandlungen der letzten drei Jahrzehnte vor die Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Systemen gestellt worden. Hatte der Kampf der Bekennenden Kirche dem Nationalsozialismus standzuhalten, so sieht nun schon über eineinhalb Nachkriegsjahrzehnte die Evangelische Kirche in Deutschland sich wiederum der Machtentfaltung einer Weltanschauung in einem Teilgebiet ihrer Gliedkirchen gegenüber. Die eingehende Erörterung der Frage nach dem Verhältnis des Christen zu Staat und "Obrigkeit" in den letzten Jahren¹⁾ zeigte die jeden einzelnen berührende Spannung zwischen Bürgerpflicht und status confessionis. Das Problem, welche Möglichkeit ein Christ in dem kommunistisch regierten Teil Deutschlands hat, seine Zugehörigkeit zu Christus im praktischen Leben zu bewähren, untersucht die von der Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands auf ihre Verantwortung genommene Handreichung "Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik"²⁾. Die Handreichung lehrt und rät über die Grundeinstellung des Christen zum Staate im allgemeinen, besonders auch zu den Gewalten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und zu den Fragen praktischen Verhaltens der Christen in der Sowjetischen

1) Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1959, S.123ff und Kirchliches Jahrbuch 1960, S.65ff; ferner die Zusammenfassung bei Meinhold, Römer 13, S.9ff; siehe auch neuestens Dibelius, Obrigkeit.

2) Amtsblatt der VELKD Bd.I, Stück 17 vom 25. Mai 1961; auch als Sonderdruck des Lutherischen Kirchenamtes erschienen.

Besatzungszone. Es ist die Stellungnahme des Theologen als Seelsorger und Gewissensberater. Aber auch die Rechtsordnung hat das Gewissen des einzelnen vor der staatlichen Macht zu schützen. So müßten auch rechtliche Überlegungen zur Klärung der in der kirchlichen Handreichung behandelten Fragen beitragen können. Eine staatsrechtliche Darstellung des Verhältnisses zwischen Staatsgewalt und Kirche müßte den gleichen Ausgangspunkt haben wie die theologische Frage nach dem Verhältnis des Christen zur "Obrigkeit".

Christliche Auseinandersetzung mit der Staatsordnung in der Sowjetischen Besatzungszone kann - weil in jeder Staatsordnung Gottes Weltregiment zu erblicken ist - nicht grundsätzlich von einer Frontstellung ausgehen³⁾, sondern nur vom Dienst der Nächstenliebe und der Verkündigung⁴⁾. Dabei ist aber vorausgesetzt, daß nicht durch Mißbrauch staatlicher Gewalt eine Konfliktsituation entsteht, in der die Glaubensfrage zur Frage der inneren und äußeren Existenz des Menschen wird. Die "gute Ordnung Gottes" (Römer 13) meint, daß jedem einzelnen die freie Glaubens- und Gewissensentscheidung bleibt (Augsburger Konfession Art. XVI).

Damit ist die theologisch gelehrte Einstellung zum Staat mit auf eine auch juristisch zu klärende Voraussetzung gegründet. Denn an diesem Punkt zeigt sich, ob ein Staatswesen sich auf die ihm von Gott gesetzten Grenzen beschränkt: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit kann nicht eingeengt werden ohne die Verletzung weiterer Grundfreiheiten und Menschenrechte. An dem Problem der Glaubens- und Gewissensfreiheit treffen sich das rechtsstaatliche Gebot eines freiheitlichen Minimumstan-

3) vgl. Wilkens, Über die Grundeinstellung der Christen ..., in: Kirchliches Jahrbuch 1961, S.261ff (262).

4) vgl. die Handreichung, Sonderdruck, S.9.

dards für den Staatsbürger und die Predigt der Kirche über das göttliche Gesetz für die irdische Ordnung.

Das Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone soll darum von der Glaubens- und Gewissensfreiheit im sowjetzonalen Staatsrecht her betrachtet werden. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß bestimmende Faktoren staatlicher Kirchenpolitik das staatliche Selbstverständnis und die Grenzziehung zwischen Staat und Kirche sind⁵⁾.

2. Zur Methode

Das Vorhaben, das Verhältnis von Staat und Kirche im Lichte der staatsrechtlich festgelegten Glaubens- und Gewissensfreiheit zu untersuchen, muß mit dem Einwand rechnen, die Glaubensfreiheit in einem Lande sei erst durch die Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Kirche in den Griff zu bekommen. Denn - so wird gesagt - die Religionsfreiheit sei von den Beziehungen zwischen Staat und Kirche abhängig⁶⁾, vom guten Willen und von Treu und Glauben in diesem Verhältnis, weil die praktische Ausübung der Religionsfreiheit nur infolge ihrer Berücksichtigung bei speziellen Gesetzen und bei der Verwaltungspraxis möglich sei⁷⁾. Ein solcher Einwand mag zutreffen in dem Falle, wo Staat und Kirche eine Einheit bilden oder zur Einheit streben:

5) Reicke, Evang.Kirchenlexikon, Bd.II, Sp.774.- Gerade für eine Betrachtung der Verhältnisse in der Sowjetischen Besatzungszone wird der Versuch, das Selbstverständnis der dortigen Machthaber zu ergründen, für unerlässlich erachtet (vgl. dazu Voigt, Unsere erste Sorge: der Mensch, S.16).

6) Mirbt, in: Nipperdey, Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, Bd.II, S.322; Scholler, Die Freiheit des Gewissens, S.96.

7) Liermann, Das Recht der Religionsfreiheit, in: Die Ordnung Gottes und die Unordnung der Welt, Deutsche Beiträge zum Amsterdamer oekumenischen Gespräch, S.199.

Im Kirchenstaat oder beim Staatskirchentum läßt sich staatlich gewährte Religionsfreiheit schlecht denken⁸⁾. Es ist aber auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß ein Staat einseitig weltanschaulich ausgerichtet ist, gleichwohl aber in seiner Verfassung den Bürgern Glaubens- und Gewissensfreiheit zugesteht. Das Verhältnis eines solchen Staates zur - vom Staat getrennten - Kirche ist dann abhängig von der - weltanschaulich bedingten - herrschenden Auslegung der Glaubensfreiheit in diesem Staat und von der Ausgestaltung der Religionsfreiheit durch die staatliche Praxis. So muß es auch möglich sein, das Verhältnis von Staat und Kirche einerseits und der im Staate herrschenden Glaubensfreiheit auf der anderen Seite als gegenseitig bedingt zu begreifen⁹⁾. Dann ist es aber auch möglich, in der - von der Staatslehre und -praxis gegebenen oder beschnittenen, eng ausgelegten oder gar in ihr Gegenteil verkehrten - Glaubensfreiheit den Zugang für die Betrachtung des Verhältnisses dieses Staates zur Kirche zu suchen.

Dem oben genannten Einwand muß auch entgegengehalten werden, daß der Satz von der Glaubensfreiheit in den modernen Verfassungen ein Grundrecht statuiert, das in seinem Gehalt gar nicht von der Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche abhängig sein kann, und den Schwankungen der staatlichen Kirchenpolitik gar nicht unterworfen werden darf. Denn das bedeutete die Relativierung des Grundrechtsgehalts durch die

8) Mirbt, a.a.O.

9) Klein, in: v. Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz Bd. I, Bem. II, 2 zu Art. 4 GG beruft sich darin auf Bates, Glaubensfreiheit, S. 560: "Je stärker und folgerichtiger die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt wird, desto größer ist daher die Geltungskraft der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Je stärker wiederum diese zugunsten aller Religionen und Weltanschauungen als Grundrecht ausgestaltet ist, desto stärker ist die Trennung von Staat und Kirche."

staatliche Praxis, eine Verkehrung des Sinnes und der Schutzwirkung des Grundrechts. Es ist daher allgemein vom Verfassungssatz über die Glaubens- und Gewissensfreiheit auszugehen, und von seiner Respektierung oder Mißachtung durch den Staat kann auf das Verhältnis von Staat und Kirche geschlossen werden.

Auch die Tatsache, daß die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Glaubens- und Gewissensfreiheit in Art. 41 Abs.1 an der Spitze ihrer "Kirchenartikel" ausspricht, bestimmt dazu, dem Art.41 Abs.1 grundsätzliche Bedeutung für die Betrachtung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone zuzumessen.

Erster Teil

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

I. Zur Geschichte und zur Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Deutschland

1. Vom Allgemeinen Landrecht zum Grundgesetz

Die Formulierung "Glaubens- und Gewissensfreiheit" ist das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung¹⁰⁾. Die Formel stammt aus dem preußischen Allgemeinen Landrecht, das den Verzicht auf die Befugnis der Landeshoheit brachte, den Landesangehörigen die Religion vorzuschreiben (ius reformandi, "cuius regio eius religio")¹¹⁾. Bereits durch das Wöllnersche Religionsedikt von 1788 waren in Preußen Grundsätze der Toleranz zum Durchbruch gelangt. Die Reformation hatte zwar bewirkt, daß nunmehr zwei Konfessionen eine rechtlich gesicherte Stellung zukam, zur Anerkennung der individuellen Religionsfreiheit führte sie nicht¹²⁾. Der Augsburger Religionsfriede schützte nur die Angehörigen der Augsburgischen Konfession. Das ius reformandi der weltlichen Reichs-

10) H. Peters, Auslegung der Grundrechtsbestimmungen aus der Geschichte, Historisches Jahrbuch 1953, S. 460.

11) ALR: 11. Titel, II. Teil

§ 1 Die Begriffe der Einwohner des Staates von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein.

§ 2 Jedem Einwohner muß eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden.

§ 3 Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religionsachen Vorschriften vom Staat anzunehmen.

§ 4 Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden.

12) Anschütz, in: Georg Meyers Handbuch des Deutschen Staatsrechts, S. 964.

stände band das Gewissen der nicht auswanderungsbereiten Untertanen. Als Ansatz zu einem status negativus wird das den Katholiken und den Angehörigen der Augsburger Konfession durch den westfälischen Frieden eingeräumte Individualrecht auf Hausandacht angesehen¹³⁾.

Die Verfassungsurkunden einzelner deutscher Staaten¹⁴⁾ gewährten allen Landeseinwohnern "vollkommene Gewissensfreiheit" und gleichen Schutz der "Religionsübung" (Hausandacht, Gottesverehrung). Wie auch nach Art. 16 der Deutschen Bundesakte hatten jedoch nur Angehörige der drei¹⁵⁾ Hauptkonfessionen gleiche staatsbürgerliche Rechte. In allen Verfassungsurkunden wurden nur den im Lande bestehenden und anerkannten oder aufgenommenen christlichen Konfessionen bzw. Kirchen gleiche Rechte gegeben. Erst Art. 12 der revidierten preußischen Verfassung (1850) gewährleistete dann neben der Freiheit des religiösen Bekenntnisses allen Religionsgemeinschaften die Vereinigungsfreiheit und das Recht der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsausübung¹⁶⁾. Zwingendes gemeines Recht wurde die Aufhebung aller noch bestehenden Beschränkungen für Nichtzugehörige der drei großen Konfessionen durch das Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869 und Reichsgesetz vom 22. April 1871. Jedoch waren die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften und

13) Scholler, Die Freiheit des Gewissens, S. 51-53.

14) Bayern (1818) § 9, Baden (1818) § 18, Württemberg (1819) § 27, Kurhessen (1831) § 30, Sachsen (1831) § 32.

15) Zu dem mit dem Katholizismus durch den Augsburger Religionsfrieden (1555) gleichberechtigten Lutherum war durch den westfälischen Frieden das reformierte Bekenntnis als reichsrechtlich gleichgestellt getreten.

16) Bis dahin stand auch in Preußen nach §§ 24, 25 II, 11 ALR das exercitium religionis publicum nur den drei christlichen Hauptkonfessionen zu.

deren Rechte nicht reichsrechtlich gesichert¹⁷⁾. Eine solche Garantie brachte erst die Weimarer Reichsverfassung von 1919 in Art. 137. Sie stellte aber die - zu Beginn des Abschnitts "Religion und Religionsgesellschaften" gewährleistete - Glaubens- und Gewissensfreiheit den durch allgemeine Staatsgesetze auferlegten staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber. Letztere waren jedoch nicht auf die religiöse Meinung bezogen¹⁸⁾. Ohne solchen Vorbehalt regelt das Bonner Grundgesetz die Religionsfreiheit des Einzelnen im Grundrechtsteil der Verfassung (Art.4); dazu hat es die Kirchenartikel der Reichsverfassung von 1919 übernommen (Art. 140 GG).

2. Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit wird in seiner umfassenden Bedeutung von der Staatsrechtslehre als Religionsfreiheit bezeichnet. Die damit gemeinten Einzelfreiheiten teilt die Rechtswissenschaft¹⁹⁾ in die Glaubens- und Gewissensfreiheit im engeren Sinne, auch Bekenntnisfreiheit, und in die Freiheit der Religionsausübung, das ist die Kultusfreiheit. Als drittes ergibt sich die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften²⁰⁾. Art.4 GG hebt hervor,

17) Anschütz, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, S.680.

18) Anschütz, a.a.O., S.683, 688; "reichsverfassungskräftiges Grundrecht".

19) vgl. Anschütz, a.a.O., S.683f, v. Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz, Bem.2 zu Art.4, Mirbt, in: Nipperdey, Grundrechte der Reichsverfassung, Bd.II, S.319ff.

20) Nach Geiger, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, in: Staatslexikon III, 969 ff, 972 durch besondere verfassungsrechtliche Garantie ausgesprochen. Dagegen sieht Wernicke, in: Bonner Kommentar, Bem.II 2a zu Art.4 GG, die Gemeinschaften als Träger des in Art.4 Abs.2 GG gewährten Schutzrechtes der kollektiven Ausübung an; so auch v. Mangoldt (1.Aufl.) Bem.3 zu Art.4 GG und Maunz, Deutsches Staatsrecht, S.100.

daß von diesem Komplex der Freiheitsrechte nicht nur die Religions- sondern auch die Weltanschauungsfreiheit umfaßt ist. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im weitesten Sinne ist also die Religions- und Weltanschauungsfreiheit²¹⁾.

3. Beispiele

Zur Verdeutlichung des mit diesem Freiheitsrecht gewährten Status werden in der Lehre²²⁾ folgende Betätigungen beispielhaft^{23,24)} genannt: Einen beliebigen Glauben oder eine beliebige Weltanschauung oder keines der beiden zu haben²⁵⁾, seine - auch gefühlsmäßigen - Überzeugungen²⁶⁾ zu bekennen²⁷⁾ oder zu verschweigen, sie zu verbreiten oder für sie zu werben oder seine Kinder danach zu erziehen²⁸⁾; sodann, in Konflikten zwi-

21) Klein, a.a.O.

22) vgl. auch den zweiten Halbsatz in Art.9 Abs.1 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

23) Die Aufzählung einzelner Auswirkungen der Glaubens- und Gewissensfreiheit kann nur die Bedeutung haben, daß besondere Beispiele hervorgehoben erwähnt werden, wie Marti, Glaubens- und Kultusfreiheit, S.12, gezeigt hat. Marti betont, daß im freiheitlichen Rechtsstaat alles erlaubt sei, was nicht ausdrücklich verboten sei, so daß neue Umstände dem Freiheitsrecht ein noch unbekanntes Feld öffnen können, die einzelnen Auswirkungen also gar nicht abschließend aufzählbar sind.

24) Zur Auslegung eines Freiheitsrechtes des status negativus nach der Maxime in dubio pro libertate vgl. Peter Schneider, In dubio pro libertate, in: Hundert Jahre Deutsches Rechtsleben, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Juristentages 1860-1960, Bd.II, S.263ff, 287 und vgl. Peter Schneider, Prinzipien der Verfassungsinterpretation, VVDStL, Heft 20, S.1ff.

25) Die Freiheit zur Leugnung jedes Glaubens- und Gewissens sieht Hamel nicht als durch die Glaubens- und Gewissensfreiheit geschützt an, da solch Skeptizismus eine Meinung aber kein Bekenntnis sei (Hamel, Glaubens- und Gewissensfreiheit, in: Bettermann - Nipperdey - Scheuner, Die Grundrechte, S.37ff, 64).

schen der Forderung des Gewissens und staatlichem Gebot im religiösen oder weltanschaulichen Bereich, in Dingen des sozialen, wirtschaftlichen, geistigen, politischen und öffentlichen Lebens nach der Stimme des Gewissens zu handeln²⁹⁾; schließlich, privat oder öffentlich an religiösen Feiern oder Kulthandlungen oder an weltanschaulichen Veranstaltungen teilzunehmen, auch, sich zu Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften zusammenzuschließen, sich solchen Vereinigungen oder einer Kirche anzuschließen, sie zu unterstützen oder sich ihnen fernzuhalten, auch wieder auszutreten³⁰⁾.

4. Grundrechtliche Garantie

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Sinne der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist als Grundrecht gegen den Staat gerichtet. Dem Bürger ist mit dem Grundrecht ein originäres, subjektives, öffentliches Recht, ein verfassungsmäßiger Unterlassungsanspruch, ein status negativus libertatis, gegeben als unmittelbar anwendbare Norm für das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat³¹⁾. Entsprechend ist dem Staat eine Schranke ge-

26) Wernicke, a.a.O., Bem.II 1b zu Art.4 GG.

27) Hamel, a.a.O., S.58ff, 60.

28) Anschütz, Handbuch d.dt.StR., S.684f; v. Mangoldt-Klein, a.a.O., Bem.2 zu Art.4 GG; Wernicke, a.a.O., Bem.II 1c zu Art.4 GG.

29) Geiger, a.a.O., S.971; Haman, Grundgesetz, Bem.A 1 zu Art.4 GG.

30) Geiger, a.a.O., S.972.

31) Das Bundesverfassungsgericht umschreibt den Sinn eines Grundrechtes als Abwehrrecht gegen den Staat, bzw. gegen unzulässige Eingriffe des Staates (vgl. BVerfGE 4,52ff (57); 7,320ff (323)), als "gegen den Staat gerichtet" (vgl. BVerfGE 8,104ff (115)); es spricht von Individualrechten (vgl. BVerfGE 8,1ff (11f und 17); 6, 445ff (448), "grundrechtlichem Anspruch" (vgl. BVerfGE 9,83ff (88)) und von negatorischen Grundrechten (vgl. BVerfGE 7,230ff (238)).

setzt, durch rechtliche Gebote und Verbote in den religiösen und weltanschaulichen Bereich des Einzelnen einzugreifen; das gleiche gilt zur Sicherung der Religionsausübung gegenüber den Religionsgemeinschaften.

II. Vorfragen zur Bedeutung des Art.41 Abs.1 der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone

Art.41 Abs.1 lautet: "Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik." Die Bestimmung kann ihrem Wortlaut nach als Statuierung der allgemeinen Religionsfreiheit aufgefaßt werden.

1. Vergleich mit anderen Verfassungen

Die Formulierung des Art.41 Abs.1 knüpft wie die fast gleichlautenden Bestimmungen der Länderverfassungen der Sowjetischen Besatzungszone³²⁾ an den Wortlaut des Art.135 der Weimarer Reichsverfassung an. Ein ähnlicher Artikel war auch in dem von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1946 vorgelegten Verfassungsentwurf enthalten³³⁾. Im Gegensatz zu Art.4 GG

32) Verfassung des Landes Thüringen vom 20.12.1946, Art.73; Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 10.1.1947, Art.89; Verfassung des Landes Mecklenburg vom 16.1.1947, Art.10; Verfassung der Mark Brandenburg vom 31.1.1947, Art.62; Verfassung des Landes Sachsen vom 26.2.1947, Art.12. In den Grundrechtsteil war die Bestimmung in den Verfassungen von Sachsen und Mecklenburg aufgenommen worden. Art.3 Abs.3 der thüringischen Verfassung bestimmte zusätzlich: "Die Grenzen der Staatsgewalt liegen in der Anerkennung der ... Glaubens- und Gewissensfreiheit." (Die Verfassungstexte sind zitiert nach Wegener, Die neuen deutschen Verfassungen, S.170ff.)

33) Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik, Beschluß einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 14. November 1946 in Berlin; abgedruckt bei Wegener, a.a.O., S.301ff; dort Art.33: "Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungestörte Religionsausübung stehen unter dem Schutz der Republik."

gewährt Art.41 die Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht unbeschränkt. Auch ist die Bekenntnisfreiheit nicht ausdrücklich erwähnt. Dennoch ist dem Wortlaut des Art.41 Abs.1 die Garantie der Religionsfreiheit zu entnehmen³⁴⁾.

2. Die Stellung des Artikels über die Glaubens- und Gewissensfreiheit

Gegen die Annahme eines Grundrechts läßt sich einwenden, daß die systematische Stellung des Art.41 gegen eine Deutung als Statusrecht des Bürgers sprechen kann. Mit Art.41 ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht im Verfassungsabschnitt "Rechte des Bürgers", sondern im V.Abschnitt des Teil B, "Religion und Religionsgemeinschaften", ausgesprochen. Der Weimarer Reichsverfassung ist der Vorwurf gemacht worden, Art.135 Satz 1 enthalte mehr einen Programmsatz, aus dem heraus die Trennung von Kirche und Staat und die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen gefordert werden³⁵⁾. Mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist aber in einer modernen Verfassung das Verhältnis des einzelnen zum Staat angesprochen³⁶⁾. Das Grundgesetz hat dies nur systematisch genauer ausgedrückt, indem es die Religionsfreiheit und die Diskriminierungsverbote der Art. 135, 136 der Weimarer Reichsverfassung nicht im Komplex Staat und Kirche, sondern bei den Rechten des einzelnen

34) vgl. Mampel, Verfassung der SBZ, Erl.1 zu Art.41.

35) vgl. Scholler, Freiheit des Gewissens, S.85.

36) Bis in das 18. Jahrhundert hinein war freilich weder das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche noch Verständnis für Religionsfreiheit (die weltliche Gewalt kann ihren Untertanen den Glauben nicht vorschreiben wollen) vorhanden, vielmehr ein Wechsel von Staatkirchentum und Kirchenstaatstum. Da war die allmähliche Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu voller Religionsfreiheit eng mit dem Verhältnis des Staates zur Kirche verknüpft. Siehe hierüber Anschütz, Handbuch des deutschen Staatsrechts, S.675f.

regelte³⁷⁾. Andererseits ist ein Grundrecht erst wirksam gegeben durch die dem freiheitlichen Rechtsstaat eigentümliche verfassungsrechtliche Fundierung der Rechtsstellung des Individuums auf einzelnen Lebensgebieten³⁸⁾. Einen solchen gesicherten Status bietet die sowjetzonale Verfassung mit Art.49 nur unvollkommen mit der Bestimmung, bei gesetzlicher Beschränkung oder Ausgestaltung der Grundrechte müsse "das Grundrecht als solches unangetastet bleiben". Die Änderungssperre des Art.49 kommt durch das schützende Gebot des Art.4 Abs.1 Satz 1 zwar einer Unabänderlichkeitgarantie nahe. Doch ist ihre Durchsetzung in Frage gestellt, weil eine Verfassungsgerichtsbarkeit fehlt und die nach Art.66 der Volksvertretung übertragene Entscheidungsbefugnis über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen zur Ausübung unbeschränkter Dispositionsgewalt verführt³⁹⁾. Systematische Überlegungen können hiernach nicht zu einer endgültigen Klärung des Rechtscharakters der mit Art.41 Abs.1 gegebenen Verfassungsbestimmung führen⁴⁰⁾. Wie selbstverständlich ist auch die mit diesem Verfassungssatz für die Sowjetische Besatzungszone festgelegte materielle Regelung in der Praxis sichtbar geworden.

37) Hesse, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945, in JÖR NF 10, S.3ff, 28.

38) Mirbt, in: Nipperdey, Grundrechte, S.322.

39) vgl. Mampel, Verfassung der SBZ, Erl.2 zu Art.49 und 4 zu Art.4.

40) Mampel zählt (in: Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland) die in Art.41 ausgesprochene Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht unter die (von ihm dort S.45ff aufgeführten) Grundrechte.

3. Der Verfassungssatz als Erklärung zwischen Staat und Kirche

Die praktische Bedeutung des Art.41 zeigt das Kommunique über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche vom 21. Juli 1958⁴¹⁾. Darin findet sich der Wortlaut des Art.41 Abs.1 als Erklärung von Regierungsvertretern der Sowjetischen Besatzungszone gegenüber Vertretern der evangelischen Kirchen, nachdem zuvor festgestellt ist, daß die Besprechung zwischen den Vertretern der Staatsgewalt und der Kirchen zu dem Ergebnis geführt habe, daß der dem Staat gegenüber gemachte Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht aufrechterhalten werde und die Kirchen und Christen in der Sowjetischen Besatzungszone die Entwicklung zum Sozialismus respektierten.

Der Staatsbürger ist derjenige, der nach dem Wortlaut des Art.41 Abs.1 Satz 1 die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit genießt, aber die Staatsgewalt nimmt in dem Kommunique ihrerseits gegenüber der Kirche diesen Verfassungssatz für sich in Anspruch. Die Kirche hingegen sieht in der Erklärung der Glaubens- und Gewissensfreiheit das Gegenstück zu ihrer Loyalitätserklärung hinsichtlich der "Entwicklung zum Sozialismus". So ist durch das Kommunique ein entscheidender Hinweis zur Deutung des Art.41 gegeben. Denn "daß diese erneute Bestätigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Kultusfreiheit als Antwort auf die von der Kirche erklärte Respektierung der gesellschaftlichen Entwicklung ausgesprochen wird, macht ihre besondere Bedeutung aus."⁴²⁾ Mit jenem Kommunique ist nämlich "ein Protokoll vereinbart worden, dessen Durchführung normale Beziehungen zwischen Staat und Kirche ermöglicht."⁴³⁾

41) abgedruckt in Kirchliches Jahrbuch 1958, S.105f.

42) Lotz, Mitzenheim-Festschrift, S.349.

43) Lotz, a.a.O., S.350.

Das Kommuniqué macht deutlich, daß Art.41 Abs.1 der zentrale Rechtssatz im Verhältnis von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone ist. Zugleich zeigt sich, daß die Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone im Zusammenhang mit der "Entwicklung zum Sozialismus" gesehen werden muß. Die gesellschaftspolitische Entwicklung des Gemeinwesens berührt die Sphäre des einzelnen Bürgers ebenso, wie sie sich gegenüber der Kirche als Religionsgemeinschaft auswirkt. An diesen Sachverhalt anknüpfend kann in dem Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit eine staatliche Regelung im Hinblick auf die "Entwicklung zum Sozialismus" liegen.

4. Die "Entwicklung zum Sozialismus"

Über die "Entwicklung zum Sozialismus" heißt es im "Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965" vom 1. Oktober 1959⁴⁴⁾ im Vorspruch: "Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vor zehn Jahren wurde begonnen, ... die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Die Beschlüsse des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zeigen nunmehr den Weg zum Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik."⁴⁵⁾ Der Siebenjahrplan wird im Gesetz als "Plan für den voll entfalteten Aufbau des Sozialismus" und als "Plan des Sieges des Sozialismus" bezeichnet.⁴⁶⁾

44) GB1. DDR I, S.703.

45) Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstandes und des Glücks des Volkes, S.159.

46) a.a.O., S.162 und S.163.

Im Teil A des Gesetzes, der von den "Hauptaufgaben des Siebenjahrplanes" handelt, heißt es dann: "Durch die Verwirklichung der hohen Ziele des Siebenjahrplanes wird sich in der Deutschen Demokratischen Republik eine tiefe Umwälzung im gesellschaftlichen und kulturellen Leben vollziehen, die zur vollen Entfaltung des sozialistischen Lebens und der Persönlichkeit des sozialistischen Menschen führt."⁴⁷⁾ Eine der Schlußbestimmungen des Gesetzes lautet: "Der Siebenjahrplan ist die Arbeitsgrundlage für alle Staats- und Wirtschaftsorgane."⁴⁸⁾

Hiernach ist unter der "Entwicklung zum Sozialismus" eine Formel für die gesamte staatliche Zielsetzung zu verstehen, nach der das bürgerliche Leben umgestaltet wird. Diese Formel stellt die Glaubens- und Gewissensfreiheit in einen weiteren Zusammenhang: den des Staatszieles und des Totalanspruchs einer Ideologie. Damit wird die Stellung des einzelnen gegenüber der einer Ideologie dienenden Staatsgewalt und deren Kirchenpolitik durch das Selbstverständnis dieser Staatsgewalt bestimmt. Die mit dem Verfassungssatz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit gegebene Grundlage für das Verhältnis von Staat und Kirche soll darum aus dem Selbstverständnis der Staatsgewalt heraus bestimmt werden.

47) a.a.O., S.165.

48) a.a.O., S.312.

III. Die Bedeutung des Art.41 Abs.1 nach dem Selbstverständnis der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone

1. Abschnitt:

Zum Selbstverständnis der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone

A. Die Entstehung der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone

1. Die Sowjetische Besatzungszone

Über die Aufteilung Deutschlands⁴⁹⁾ in Besatzungsräume einigten sich die Vertreter der Großmächte in der European Advisory Commission im September 1944. Eine Ostzone wurde der Sowjetunion zugewiesen⁵⁰⁾. Die Begrenzung der Besatzungszonen wurde am 1. Juli 1945 endgültig geregelt⁵¹⁾. Die Besatzungsmächte übernahmen in Deutschland die oberste Regierungsgewalt⁵²⁾. Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte übten nach der Übereinkunft der Konferenz von Potsdam⁵³⁾ die höchste Regierungsgewalt in Deutschland aus; jeder in seiner Besatzungszone, alle gemeinsam als Kontrollratsmitglieder in Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen. Der oberste Chef der durch Befehl Nr.1 des Sowjetischen Oberbefehlshabers vom 10. Juni 1945 gebildeten Sowjetischen Militärverwaltung ordnete im Befehl Nr.2 vom 10. Juni 1945⁵⁴⁾ die Zulassung antifaschistischer Par-

49) nach den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

50) Deuerlein, Einheit Deutschlands, Bd.I, Dok.Nr.8, S.314ff.

51) Siegler, Wiedervereinigung und Sicherheit, S.1.

52) Dokumente vom 5. Juni 1945, bei Deuerlein, a.a.O., S.338ff.

53) Abschnitt III A 1 der Amtlichen Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam, vgl. bei Deuerlein, a.a.O., Dok.Nr.27, S.347ff (349).

54) Deuerlein, a.a.O., Dok.Nr.23, S.342.

teien und freier Gewerkschaften auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland an. Die Kommunistische Partei trat bereits am 11. Juni 1945 an die Öffentlichkeit, SPD, CDU und LDP folgten⁵⁵⁾.

Auf Betreiben der Kommunistischen Partei schlossen sich die vier Parteien am 14. Juli 1945 zum Block der antifaschistischen Parteien zusammen⁵⁶⁾. Im April 1946 wurde die Vereinigung der SPD und der KPD in der Sowjetischen Besatzungszone erzwungen⁵⁷⁾, die "Arbeiterpartei" war dort nunmehr die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Es entstanden weitere Parteien und "gesellschaftliche Massenorganisationen"⁵⁸⁾. Auch diese stellten Kandidaten zu den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen von 1946 auf, bei denen trotz starker Behinderung der bürgerlichen Parteien durch die sowjetischen Behörden⁵⁹⁾ die Sozialistische Einheitspartei jedoch nicht die erwartete Mehrheit der Stimmen erreichte⁶⁰⁾. Die Bedeutung der Ländergesetzgebung wurde erheblich verringert durch die auf Befehl der Sowjetmilitäradministration am 27. Juni 1947 (aus den meisten der bereits 1945 eingesetzten Zentralverwaltungen⁶¹⁾) gebildete Deutsche Wirtschaftskommission, deren Sekretariat Plenarentscheidungen als "Verordnungen und Anordnungen" erlassen konnte, "die für die Bevölkerung unmittelbar

55) vgl. dazu Schütze, "Volksdemokratie" in Mitteldeutschland, S.12ff, 15ff.

56) vgl. darüber Schulz, Die Verfassung der DDR, S.13; Lukas, Zehn Jahre SBZ, S.14.

57) Eingehende Darstellung bei Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei, S.11ff; ferner Schütze, a.a.O., S.17ff und 31ff.

58) Schulz, a.a.O., S.14.

59) vgl. hierzu Stern, a.a.O., S.63.

60) Einzelheiten vgl. bei Schulz, a.a.O., S.15f und bei Lukas, a.a.O., S.17ff, Stern, a.a.O., S.63f, Schütze, a.a.O., S.35ff.

61) Befehl Nr.17 vom 27. Juli 1945 des Chefs der SMAD; vgl. bei Deuerlein, a.a.O., Dok.Nr.25, S.345.

verbindlich" waren⁶²⁾. Die Deutsche Wirtschaftskommission und die außerhalb ihrer gebliebenen Hauptverwaltungen waren als eine erste Zentralregierung der Sowjetischen Besatzungszone anzusehen⁶³⁾. Sie hatten ihre Tätigkeit nach Weisung und unter Kontrolle der Sowjetmilitäradministration auszuüben. Die Sekretariatsmitglieder waren in der Mehrzahl Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei⁶⁴⁾.

2. Die Machtstellung der Sozialistischen Einheitspartei

Neben der Bodenreform, Enteignung oder Verstaatlichung der großen Betriebe und der Schulreform⁶⁵⁾ wirkte sich vor allem die durch die Besatzungsmacht betriebene Förderung der Kommunistischen Partei und danach der Sozialistischen Einheitspartei als Faktor einer auf eine östliche deutsche "Volksrepublik" hingesteuerten Entwicklung aus⁶⁶⁾. Die Sozialistische Einheitspartei manipulierte auch alle Vorgänge, die zur Verfassung und Gründung des sich "Deutsche Demokratische Republik" nennenden Machtgebildes führten.

Einen Zentralstaat, der die Länder weitgehend ausschaltet, sah schon der Verfassungsentwurf von 1946 vor, die einzelnen Länderverfassungen waren nach diesem Vorbild geschrieben. Der zentralistischen Ordnung der Sowjetischen Besatzungszone durch die Deutsche Wirtschafts-

62) vgl. Lukas, a.a.O., S.21ff und Leißner, Verwaltung und öffentlicher Dienst in der SBZ, S.12f.

63) wie Anm.62), ferner Schütze, a.a.O., S.22ff.

64) vgl. Lukas, a.a.O., S.22, Schütze, a.a.O.

65) vgl. Schütze, a.a.O., S.24ff.

66) vgl. Lukas, a.a.O., S.17 und Stern, a.a.O., S.23f; ferner Mampel, Vom Besatzungsregime zur verdeckten Fremdherrschaft, in: Deutsche Fragen 1963, S.181f.

kommission folgte die politische Zusammenfassung der Parteien und der anderen Organisationen unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei in der sogenannten "Volkskongreßbewegung"⁶⁷⁾, zu der die Sozialistische Einheitspartei im November 1947 aufgerufen hatte. Unter geschickter Ausnutzung der außenpolitischen Lage gab sie die Losung "Für Einheit und gerechten Frieden" aus. Aber erst der massive Druck der Sowjetmilitäradministration erreichte eine Beteiligung der Christlichen Demokraten der Ostzone. Mit der Absetzung ihrer Vorsitzenden durch die Sowjetverwaltung wurde die Gleichschaltung aller Parteien zur Volksfront erreicht. Allen Vereinigungen wurden für den ersten Volkskongreß "Delegiertensitze" von der Sozialistischen Einheitspartei zugeteilt. Der zweite Volkskongreß bestimmte im März 1948 den "Deutschen Volksrat", als dessen wichtigster Ausschuß ein Verfassungsausschuß eingesetzt wurde. Dieser verabschiedete im März 1949 die auf der Grundlage des Entwurfs von 1946 entstandene "Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik". Durch die manipulierte und umgefälschte Zustimmung zu einer Volksfrontliste wurde der dritte Volkskongreß im Mai 1949 "gewählt"⁶⁸⁾. Von ihm wurde die Verfassung mit einer Gegenstimme angenommen und ein neuer Volksrat bestimmt, in dem die bürgerlichen Parteien 90 von insgesamt 400 Sitzen innehatten. Nach der Genehmigung der Verfassung durch die Sowjetische Militärverwaltung konstituierte sich am 7. Oktober 1949

-
- 67) vgl. Heller, Entwicklung und Aufgaben der "Nationalen Front" in der Sowjetzone, in: Jahrbuch für Ostrecht, Bd. IV, 1. Halbjahresheft 1963, S. 7ff, insbes. 10/11ff.
- 68) Zum ganzen, insbesondere zu den trotz Einheitsliste vorgenommenen Wahlfälschungen vgl. Lukas, a.a.O., S. 28f und Schütze, a.a.O., S. 45ff und 68ff; ferner Scheuer, Rechtslage des geteilten Deutschland, S. 45ff, Mampel, Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, Texte zur verfassungsrechtlichen Situation mit einer Einleitung, S. 36ff.

dieser Volksrat als "Provisorische Volkskammer", setzte die Verfassung in Kraft und proklamierte die "Deutsche Demokratische Republik". Wahlen zur Volkskammer wurden erst zum Oktober 1950 angesetzt. Die Sozialistische Einheitspartei setzte wiederum die Einheitsliste durch und bestimmte den Verteilerschlüssel für die Parteien und deren Kandidaten⁶⁹⁾. Es gab für die unter Druck gesetzte Bevölkerung keine Möglichkeit, mit dem Stimmzettel gegen die Macht der Sozialistischen Einheitspartei und gegen das undemokratische Plebiszit zu protestieren⁷⁰⁾. Die Sozialistische Einheitspartei hat in der Folgezeit die Machtpositionen der Besatzungsmacht übernommen⁷¹⁾ und bestimmt - allein der Besatzungsmacht gegenüber verantwortlich - die gesamte Politik in dem von sowjetischen Truppen besetzten Gebiet Deutschlands. Sie bestimmt das gesellschaftliche Leben, lenkt den Staatsapparat und nimmt Einfluß auf alle Staatsfunktionen⁷²⁾. Die Weisungen ihres Politbüros und Zentralkomitees - besonders des Ersten Sekretärs dieser Gremien - sind bindend für alle Kader im Staatsapparat und in den Gerichten. Die Volkskammer bestätigt die Gesetzesvorlagen der Parteizentrale nur noch⁷³⁾. Die Machtstellung der Sozialistischen Einheitspartei bei der Bestimmung der Richtlinien der Politik wurde noch verstärkt durch die Personalunion zwischen ihrem Ersten Sekretär und dem Vorsitzenden des 1960 geschaffenen Staatsrates⁷⁴⁾.

69) vgl. Scheuer, a.a.O., S.58ff.

70) Darüber eingehend Scheuer, a.a.O., S.61ff.

71) vgl. Schütze, a.a.O., S.82ff, 116ff.

72) vgl. Mampel, Die SED im materiellen Verfassungsrecht der SBZ, in: Recht in Ost und West 1963, S.49ff (S.51, 53 und 57ff). Vgl. auch Abschnitt X des Statuts der SED, abgedruckt in "Neues Deutschland" Nr.26 B vom 26. Januar 1963, S.4.

73) Das ist ausdrücklich so erwähnt in § 1 des Gesetzes vom 11. Februar 1958 (GBl. DDR I, S.117).

74) vgl. das Gesetz vom 12.9.1960 (GBl. DDR I, S.505).

An der beherrschenden Stellung der Sozialistischen Einheitspartei im Staatsapparat und im gesellschaftlichen Raum⁷⁵⁾ zeigt sich, daß die Richtlinien der von ihr verfolgten Politik für das Selbstverständnis der Staatsgewalt maßgebend sind. Es heißt im Statut der Sozialistischen Einheitspartei⁷⁶⁾: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist der bewußte und organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes ... Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands verkörpert in sich die besten revolutionären Traditionen der mehr als hundertjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ... Die Sozialistische Einheitspartei leistet ... ihren Beitrag zur Bereicherung des Marxismus-Leninismus, indem sie schöpferisch die Lehren des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen in Deutschland anwendet ... In ihrer gesamten Tätigkeit läßt sich die Partei vom Marxismus-Leninismus und dem auf seiner Grundlage ausgearbeiteten Programm leiten."⁷⁷⁾

In der Einleitung zum Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands⁷⁸⁾ bezeichnet sich die Partei als "Partei des Sozialismus" und "marxistisch-leninistische Kampfpartei" und beruft sich auf die Lehren von Marx, Engels und Lenin. Das Selbstverständnis der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone ist folglich nur im Zusammenhang mit den Grundthesen des Marxismus-Leninismus zu erfassen, deren Darstellung deshalb der Beschreibung des Selbstverständnisses vorangestellt ist.

75) Mampel, a.a.O., bezeichnet diese Stellung als Suprematie; vgl. auch Mampel, die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, S.40, 41.

76) beschlossen auf dem VI. Parteitag, zit. nach "Neues Deutschland" Nr. 26 vom 26. Januar 1963, S.3 B.

77) Dem Sinne nach gleich auch das vorhergehende, auf dem IV. Parteitag 1954 angenommene Statut.

78) beschlossen auf dem VI. Parteitag; abgedruckt in Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" Nr.25 vom 25.1.1963.

B. Der Marxismus-Leninismus als Grundlage des Gesamtverständnisses

Der Marxismus-Leninismus ist eine Weltanschauung, die auf den Lehren und Deutungen der Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin beruht⁷⁹⁾. Ihre geltenden Lehrsätze sind zusammengefaßt dargestellt in dem Werk eines sowjetischen Autorenkollektivs "Grundlagen des Marxismus-Leninismus"⁸⁰⁾. Dem Lehrbuch und den Werken der Klassiker sind die folgenden Grundzüge zu entnehmen.

Die Lehre ist in drei Hauptbestandteile gegliedert: die marxistisch-leninistische Philosophie, einschließlich die materialistische Geschichtsauffassung; die ökonomische Theorie des Marxismus-Leninismus und die politische Ideologie.

1. Die marxistisch-leninistische Philosophie

Die materialistische philosophische Lehre ist keine abstrakte Theorie, sondern ein wirksames Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft, die ideologische Waffe im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus⁸¹⁾. Diese Lehre ist unterteilt in den philosophischen Materialismus, die materialistische Dialektik und die Erkenntnistheorie dieser Weltanschauung.

79) BVerfGE 5, 85 (148).

80) O.W.Kuusinen u.a., Grundlagen des Marxismus-Leninismus, deutsche Ausgabe von F.Günther und U.Kuhirt, Berlin 1960 (im folgenden zit.: Lehrbuch). Nach dem Vorwort (S.5) liegen dem Werk die Lehren von Marx, Engels und Lenin zugrunde. Die Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung hält jedoch an der Stalinschen Begriffsbildung fest (vgl. Woronski, Marxismus-Leninismus in neuer Formulierung, in: SBZ-Archiv 1960, S.323ff, S.323 und 325).

81) Lehrbuch, S.26.

a) Philosophischer Materialismus

Grundfrage der Philosophie ist das Verhältnis des menschlichen Bewußtseins, des Denkens zum materiellen Sein, zur Natur, Materie⁸²⁾. Hier gilt der Satz Marx⁸³⁾: "Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Das Primäre ist die Materie. Sie ist objektive Realität und existiert unabhängig und außerhalb vom menschlichen Bewußtsein⁸⁴⁾. Alle Erscheinungen in der materiell einheitlichen Welt sind Eigenschaften und Erscheinungsformen der Materie, die Welt ist eine materielle Einheit⁸⁵⁾.

Die Daseinsweise der Materie ist die Bewegung, die als relatives Moment die Ruhe in sich trägt⁸⁶⁾. Die Bewegung verläuft in Raum und Zeit, die objektiv als abhängig von der Materie gegeben sind⁸⁷⁾. Die Materie ist damit ewig: unendlich in ihren endlichen Formen⁸⁸⁾.

Die Materie ist die Quelle der Empfindungen⁸⁹⁾, auf deren Grundlage sich beim Menschen das Denken und das Bewußtsein als Ergebnis gesellschaftlicher Produktions-tätigkeit entwickelte⁹⁰⁾. Das Bewußtsein ist die Widerspiegelung der materiellen Welt⁹¹⁾.

82) Lehrbuch, S.19.

83) aus dem Vorwort zu "Zur Kritik der politischen Ökonomie", AS I, S.338.

84) Lehrbuch, S.28.

85) a.a.O., S.29.

86) a.a.O., S.30.

87) a.a.O., S.31.

88) a.a.O., S.32, 93.

89) a.a.O., S.34ff.

90) a.a.O., S.38.

91) a.a.O., S.39.

b) Materialistische Dialektik

Die materialistische Dialektik wird in dem Lehrbuch als die Lehre von den Entwicklungsgesetzen des Seins bezeichnet⁹²⁾. Ausgehend vom notwendigen allgemeinen Zusammenhang aller Erscheinungen (Determinismus)⁹³⁾ ist nach ihr der in aufsteigender Linie⁹⁴⁾ verlaufende Entwicklungsprozeß, der Übergang einer alten Qualität in eine neue Qualität auf einer bestimmten Stufe quantitativer Veränderungen⁹⁵⁾. Das kann sich allmählich (Evolution) und sprungartig (Revolution) vollziehen⁹⁶⁾. Quelle und Triebkraft aller Bewegung, Veränderung und Entwicklung ist der Kampf der Gegensätze⁹⁷⁾, die Wechselwirkung der stets konkreten dialektischen - inneren oder äußeren, antagonistischen oder nicht antagonistischen - Widersprüche des Seienden⁹⁸⁾. In dieser Vorwärtsbewegung bedeutet Weiterentwicklung die Aufeinanderfolge gesetzmäßiger Ablösungen des Bestehenden durch Neues eine Kette von "Negationen"⁹⁹⁾, welche aber als Moment der Entwicklung (dialektische "Negation der Negation") nur das Hemmnis des Fortschritts beseitigen und das Positive der überwundenen Qualität in die höhere Stufe mit eingehen lassen¹⁰⁰⁾. Die Entwicklung schreitet somit spiralenförmig fort¹⁰¹⁾.

92) a.a.O., S.63.

93) a.a.O., S.65ff.

94) a.a.O., S.93.

95) a.a.O., S.81, 82,

96) a.a.O., S.82.

97) a.a.O., S.87.

98) a.a.O., S.89ff.

99) a.a.O., S.93.

100) a.a.O., S.95.

101) a.a.O., S.97.

c) Erkenntnistheorie

Die Erkenntnistheorie des Marxismus-Leninismus schließt als grundlegenden Gesichtspunkt (Ausgang und Ziel des Erkenntnisprozesses), und als Kriterium der Zuverlässigkeit des Wissens die Praxis ein¹⁰²⁾. Diese ist als die gesamte weltverändernde - vor allem gesellschaftlich-revolutionäre - Tätigkeit der Menschen¹⁰³⁾ das Kriterium der Wahrheit¹⁰⁴⁾. Die absolute Wahrheit ist in dialektischer Einheit die Summe von relativen Wahrheiten¹⁰⁵⁾; Wahrheit ist immer konkret¹⁰⁶⁾. Der Mensch ist fähig, die objektive Realität in seinem Bewußtsein ideell widerzuspiegeln. Die so aufzufassende und unbegrenzte Erkenntnis verläuft in dialektischem Prozeß. Sie erhebt sich von der sinnlichen Stufe (Empfindungen als Abbilder der Erscheinungen der materiellen Welt; Wahrnehmungen, Vorstellungen)¹⁰⁷⁾ zur logischen Stufe des abstrakten Denkens, welche befähigt, in das Wesen der Dinge einzudringen, die Zusammenhänge und allgemeinen Gesetze aufzudecken und führt immer näher an die Wahrheit heran¹⁰⁸⁾.

102) a.a.O., S.104.

103) a.a.O., S.125.

104) a.a.O., S.124.

105) a.a.O., S.121.

106) a.a.O., S.122.

107) a.a.O., S.112, 114.

108) a.a.O., S.116.

d) Die materialistische Geschichtsauffassung

Die materialistische Geschichtsauffassung sieht in Anwendung des dialektischen Materialismus die Geschichte der Menschheit als Aufeinanderfolge ökonomisch bestimmter Gesellschaftsformationen, der Urgemeinschaft, Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus, Sozialismus und Kommunismus¹⁰⁹⁾. Diese Entwicklung verläuft nach erkennbaren Gesetzen¹¹⁰⁾, die vom Willen der Menschen unabhängig sind, jedoch im Interesse der Gesellschaft ausgenutzt werden müssen¹¹¹⁾.

Das Grunddogma faßt Marx¹¹²⁾ so zusammen: "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen" ("juristische, politische, religiöse, künstlerische oder philosophische, kurz, ideologische Formen"). "Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Die Produktionsweise als Basis umschließt die Eigentumsverhältnisse hinsichtlich der Produktionsmittel (Produktionsverhältnisse) und die Arbeitsmittel, die

109) a.a.O., S.147.

110) a.a.O., S.137,

111) a.a.O., S.157, 164.

112) im Vorwort zu "Zur Kritik der politischen Ökonomie", AS I, S.336ff, 337/338.

Menschen und ihre Produktionserfahrung (Produktivkräfte)¹¹³⁾. Die Geschichte ist die der wechselnden Produktionsweisen, bedingt durch das Wachstum der Produktivkräfte: ein "sich selbst entwickelnder gesellschaftlicher Zustand."¹¹⁴⁾ Der Lauf der Geschichte wird bestimmt von der unterschiedlichen Entwicklung von Produktivkräften und ökonomischen Verhältnissen (Widersprüche)¹¹⁵⁾, von entsprechenden Gegensätzen und Kämpfen zwischen Menschengruppen mit verschiedenem Anteil und unterschiedlichem Verhältnis zu den Produktionsmitteln (Klassen)¹¹⁶⁾, von den der Basis entsprechenden "ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten"¹¹⁷⁾. Bei Marx¹¹⁸⁾ heißt es darüber:

"Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ... den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um."

"Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind."

113) Lehrbuch, S.140.

114) a.a.O., S.141.

115) a.a.O., S.143.

116) a.a.O., S.175.

117) Marx, a.a.O., AS I, S.338.

118) a.a.O.

"Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch ... im Sinn ... eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervordachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus."119)

Aus der Lehre, daß die Basis den Überbau bestimmt, folgt der Marxismus-Leninismus, daß der Wechsel der Produktionsverhältnisse grundlegende Veränderungen für Staat und Recht, politische Verhältnisse, Moral und Ideologie nach sich zieht¹²⁰⁾. Hierauf gründet die Staatslehre des Marxismus-Leninismus.

2. Zur Staatslehre des Marxismus-Leninismus¹²¹⁾

a) Der Staat als Produkt der Klassengegensätze und Machtorgan der herrschenden Klasse

Das Wesen des Staates ist nach marxistisch-leninistischer Ansicht nur aus der Theorie über die Klassen und den Klassenkampf in der Gesellschaft zu verstehen¹²²⁾.

119) a.a.O., S.338/339.

120) Lehrbuch, S.145.

121) Die mit dem neuen Parteiprogramm der KP der Sowjetunion aufgetretenen neuen Fragen der marxistisch-leninistischen Staatslehre (vgl. Schroeder in Jahrb. f.Ostrecht, Bd. III, 1.Halbjahresheft, S.45ff) sind nicht berücksichtigt, da die Sowjetische Beatzungszone die Entwicklungsphase der Sowjetunion noch nicht erreicht hat. Die sowjetische Lehre ist nach dem Stand der Lehrbücher "Grundlagen des Marxismus-Leninismus" und "Grundlagen der marxistischen Philosophie" (zit. Grundlagen) berücksichtigt. (Über die letztgenannte Schrift vgl. den Aufsatz von Klärer, Die zeitgenössische Lehre des dialektischen Materialismus in der UdSSR, in: Sowjetstudien Nr.8, Februar 1960, S.42ff).

122) Lehrbuch, S.182; Grundlagen, S.499.

Danach ist die Grundbedingung für die Spaltung der Urgemeinschaft in antagonistische Klassen die Erzeugung des Mehrproduktes durch die gesteigerte Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. Der dadurch mögliche Produktaustausch einerseits und der durch verbesserte Werkzeuge ermöglichte Übergang zur Arbeitsteilung andererseits führten zur Entstehung von Privateigentum an Produktionsmitteln. Dies ist der unmittelbare Anlaß der Entstehung von verschiedenen Klassen, deren Differenzierung ein Grundschema aufweist: Ausbeuter und Ausgebeutete¹²³⁾. Dieser Gegensatz zeigte sich in allen Epochen der Geschichte und mündete ein in zwei feindliche Lager des Kapitalismus: Bourgeois und Proletarier¹²⁴⁾. Das Bürgertum besitzt die Produktionsmittel und bereichert sich am Mehrwert der Lohnarbeit. Der Proletarier ist gezwungen, dem Kapitalisten seine Arbeitskraft zu verkaufen. Die Grundlagen der Klassenunterschiede werden in den materiellen Lebensbedingungen gesehen. Lenin¹²⁵⁾ sagt:

"Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der sozialen Wirtschaft."

Erst im Sozialismus gibt es keine Ausbeuterklasse mehr, Arbeiter und Bauern arbeiten gemeinsam an der Beseitigung des Unterschiedes zwischen dem allgemeinen

123) Engels, Der Ursprung der Familie ..., AS II, S.288.

124) Marx/Engels, Kommunistisches Manifest, AS I, S.24.

125) Lenin, Die große Initiative, AW II, S.576.

Volkseigentum und dem gesellschaftlichen Gruppeneigentum.

Bis zu dieser Gesellschaftsformation erzeugt die gegensätzliche Stellung der Klassen in der Ökonomie unversöhnlich gegensätzliche Klasseninteressen und damit Klassenkampf. Dieser ist das Entwicklungsgesetz der Klassengesellschaft¹²⁶⁾.

Der Staat ist nun ein Produkt der Widersprüche der Gesellschaft, das Eingeständnis der Unversöhnlichkeit ihrer Klassengegensätze¹²⁷⁾. Der Staat ist entstanden als eine sich über die Gesellschaft stellende und von ihr entfremdende Macht, mitten im Konflikt der Klassen, aus dem Bedürfnis, die Klassengegensätze im Zaum zu halten¹²⁸⁾. Deswegen ist er der Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse¹²⁹⁾. Sie wird durch den Staat auch zur politisch herrschenden Klasse und erwirbt so Mittel zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. "So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenbesitzer zur Niederhaltung der Sklaven wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeigenen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug zur Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital."¹³⁰⁾ Der Staat ist also ein Organ der Klassenherrschaft, "eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über die andere"¹³¹⁾. Der Klassencharakter zeigt das Wesen des Staates: er ist die Diktatur dieser oder jener Klasse¹³²⁾.

126) Engels in der Vorrede zur 3. Auflage der Schrift Marx' "Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", AS I, S.225.

127) Lenin, Staat und Revolution, AW II, S.161.

128) Engels, Der Ursprung der Familie ..., AS II, S.297.

129) Engels, a.a.O., S.296, 297.

130) Engels, a.a.O.; Lenin, Über den Staat, S.9ff.

131) Lenin, a.a.O., S.13 und öfter.

132) Grundlagen, S.560.

Lenin setzt denn auch Staat, Staatsgewalt, Staatsmacht und Staatsapparat gleich¹³³⁾ und verwendet die Bezeichnungen "Apparat zur systematischen Gewaltanwendung und Unterwerfung der Menschen unter die Gewalt", "Apparat der Zwangsanwendung gegen Menschen"¹³⁴⁾, er gebraucht auch das Bild des Knüttels¹³⁵⁾ und nennt an anderer Stelle den Staat eine Organisation der Macht und Gewalt¹³⁶⁾.

Der Staat ist eine Erscheinung des Überbaues und hat die ökonomischen Verhältnisse der Basis aktiv¹³⁷⁾

133) in der Vorlesung "Über den Staat".- Die Große Sowjetenzyklopädie bezeichnet den Staat als politische Institution der herrschenden Klasse; die Staatsgewalt oder Staatsmacht (gosudarstwennaja vlast) als die politische Herrschaft der führenden Klasse, mit der diese ihre Diktatur ausübt; als Staatsapparat die Gesamtheit der Organe der Staatsgewalt und der staatlichen Verwaltung, die die Politik der herrschenden Klasse durchführen, einschließlich gesellschaftliche Organisationen der herrschenden Klasse (vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, Reihe Wirtschaft und Recht, Der Staat, Begriff, Wesen und Inhalt, Berlin 1957; S.4, 27/28 u. 32/33).

134) a.a.O.

135) a.a.O., S.25.

136) Staat und Revolution, in AW II, S.176.

137) Schon Engels sah in den Briefen an Schmidt (AS II, S.461ff, 466) und an Starkenburg (AS II, S.474ff, 474/475) die Beziehung zwischen Basis und Überbau als Wechselwirkungsverhältnis, in dem "in letzter Instanz" die ökonomische Lage die entscheidende Kraft ist, die sich immer mit Notwendigkeit mit ihren Aktionswirkungen gegenüber den Reaktionen der Überbauwirkungen durchsetzt. (Vgl. auch Barion, Hegel und die marxistische Staatslehre, S.167f). Selbständige Wirksamkeit erkannte dann Stalin dem Überbau zu (Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus, zitiert nach der mit kritischem Kommentar von I.Fetscher herausgegebenen Textausgabe für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, S.93ff, 95), und sah in dessen mit "dienender Rolle" umschriebener Aktivität Bedingung und Motor der Weiterentwicklung (Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, S.7/8). Hierauf stellten viele sowjetische Autoren die Theorie des Staates und des Rechts in das Licht der stalinschen Lehre und arbeiteten eine noch weitergehende Unabhängigkeit

zu verteidigen. Ebenso trägt das Recht Klassencharakter¹³⁸⁾. Das Recht ist der vom Machtapparat des Staates geschützte, d.h. mit Hilfe staatlicher Zwangsgewalt durchgesetzte, Wille der herrschenden Klasse, der in einem System juristischer Normen und Vorschriften zum Ausdruck gebracht, d.h. zum Gesetz erhoben ist¹³⁹⁾.

des sozialistischen Rechts von der Basis heraus. (Vgl. Westen, Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins, S.90ff und die Arbeiten und Diskussionen in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, S.129ff, S.146ff, S.161ff, S.185ff, S.203ff, S.216ff, S.386ff).

- 138) Marx und Engels hatten schon im Kommunistischen Manifest den Bourgeois vorgehalten: "Eure Ideen sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, ein Wille, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse"; (vgl. AS I, S.39).

- 139) Grundlagen, S.482 und Lehrbuch, S.150. Wyschinskij gab 1938 folgende Definition: "Das Recht ist die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberischem Wege festgelegt sind, sowie der Gebräuche und Regeln des Gemeinschaftslebens, die von der Staatsgewalt sanktioniert sind. Die Anwendung dieser Regeln wird von der Staatsgewalt gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind." (Vgl. Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, S.76). Diese Bestimmung wird jedoch neuerdings für das sozialistische Recht abgelehnt. (Vgl. darüber die Darstellung von Bilinsky, Die Entwicklung des Rechtsbegriffs in der Sowjetunion, in: Jahrbuch für Ostrecht, Bd.III, 1.Halbjahresheft, S.69ff (102/103) für die Rechtslehre in der Sowjetunion, und für die Sowjetische Besatzungszone vgl. Petzold, Das Recht in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR, in: Staat und Recht 1963, S.17ff und Haney, Zum Inhalt des sozialistischen Rechtsbegriffs, ebenda, S.121ff. Die letztgenannten Aufsätze sind auch referiert und kommentiert von Schlicht in: Recht in Ost und West 1963, S.87 und 76.)

Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse wird das Recht zum Mittel der Erfüllung der objektiven Gesetzmäßigkeit^{140,141)}.

b) Klassenkampf und Revolution

Der gesamte Überbau, insbesondere der Klassencharakter von Staat und Recht, machen es der ausbeutenden Minderheit möglich, über die Mehrheit der Ausgebeuteten zu herrschen. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital spitzt sich im Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, immer mehr zu. Damit verschärft sich der Klassenkampf des Proletariats. Es führt ihn ökonomisch, ideologisch und vor allem politisch¹⁴²⁾. Die organisatorische Führung in diesem Kampf hat auf seiten des Proletariats die marxistisch-leninistische Partei, der Vortrupp der Arbeiterklasse. Ihr theoretisches Fundament ist der Marxismus-Leninismus, und daher ist sie befähigt,

-
- 140) Es nimmt die ökonomische Entwicklung schon vorweg, es lenkt sie, ohne ihr Spielraum und Entfaltungsfreiheit zu lassen (vgl. Westen, Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins, S.96). Zur Erreichung dieses Zieles kommt es dann auf eine Wechselwirkung von Basis und Überbau nicht mehr an, weil durch die Partei der Arbeiterklasse auch mittels des Rechts eine "Revolution von oben" durchgeführt wird (vgl. Stalin, Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, S.35). Vgl. hierzu auch Drath, Die Grundlagen der kommunistischen Staatsauffassung und Revolutionslehre im Staatsrecht der Sowjetzone, in: Fragen des Staatsrechts im Ostblock, Studien des Instituts für Ostrecht/München, Bd.1, S.53ff (54,57).
- 141) Vgl. auch Mampel, Die SED im materiellen Verfassungsrecht der SBZ, Recht in Ost und West 1963, S.49ff (50); dazu noch die Darstellung von Mampel, Dialektik und Recht, Zur Situation der Rechtstheorie in der SBZ, in: Jahrbuch für Ostrecht, Bd.I, 1.Halbjahrsheft, S.91ff (94ff).
- 142) Lehrbuch, S.192ff.

den gesetzmäßigen Gang der Geschichte zu erkennen und den Verlauf der unausbleiblichen Entwicklung zu beschleunigen¹⁴³⁾. Die Entwicklung treibt zur sozialen Revolution, dem höchsten Ausdruck des Klassenkampfes¹⁴⁴⁾.

Die soziale Revolution bedeutet politische Umwälzung, Lösung des jeweiligen Konfliktes zwischen den herausgebildeten Produktivkräften und den überholten Produktionsverhältnissen; ihr Merkmal ist die Veränderung des Klassencharakters der Macht¹⁴⁵⁾. Diese fällt jeweils an die fortschrittlichste Klasse, welche die historisch herangereifte Aufgabe einer Epoche durch Überwindung des Widerstandes der überlebten Klasse erfüllt¹⁴⁶⁾.

Die soziale Umwälzung am Ende des bürgerlichen Staates ist die sozialistische Revolution, die in Rußland im Jahre 1917 begann. Sie hat die historische Aufgabe, die Ausbeutung ganz zu beseitigen und die Grundlagen der klassenlosen Gesellschaft zu schaffen¹⁴⁷⁾. Der Periode revolutionärer Umwandlung zwischen kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft entspricht eine politische Übergangsperiode, "deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats"¹⁴⁸⁾.

143) Lehrbuch, S.389, 402ff.

144) Grundlagen, S.549.

145) Grundlagen, S.551.

146) Grundlagen, S.552.

147) Grundlagen, S.558.

148) Marx, Kritik des Gothaer Programms, AS II, S.25.

c) Die Diktatur des Proletariats

Die Diktatur des Proletariats ist ein völlig neuer Staat; er vertritt erstmals in der Geschichte die Interessen der Werktätigen, der Mehrheit¹⁴⁹⁾. Es handelt sich um "eine Demokratie für die Armen und nicht eine Demokratie für die Reichen, wie es jede, auch die beste bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit ist."¹⁵⁰⁾ Darum ist diese Ordnung nach Lenin¹⁵¹⁾ "das Höchstmaß an Demokratismus für die Arbeiter und Bauern" und bedeutet gleichzeitig "den Bruch mit dem bürgerlichen Demokratismus und die Entstehung eines neuen, weltgeschichtlichen Typus der Demokratie, nämlich des proletarischen Demokratismus". Von einer "reinen", klassenlosen oder außerhalb der Klassen stehenden Demokratie aus kann man die Diktatur des Proletariats nicht beurteilen, denn zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kann es keine Gleichheit geben; notwendiges Merkmal ist "die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter als Klasse und folglich eine Verletzung der 'reinen Demokratie', d.h. der Gleichheit und Freiheit, gegenüber dieser Klasse"¹⁵²⁾. Lenin drückt das 1919 so aus:

"In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein"¹⁵³⁾.

149) Grundlagen, S.559.

150) Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, AW II, S.436.

151) Lenin, Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, AW II, S.892.

152) Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, AW II, S.442, 443.

153) Lenin, Staat und Revolution, AW II, S.183 (Hervorhebungen von Lenin).

"Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt." 154)

Die Diktatur des Proletariats ist notwendig und zugleich nützlich, um den Widerstand der gestürzten Ausbeuterklasse zu überwinden und vor Überfällen durch Ausbeuterstaaten zu schützen, um die nichtproletarischen Massen der Werktätigen durch die Arbeiterklasse im Staate zu führen, im sozialistischen Sinne umzueroziehen und sie in den sozialistischen Aufbau mit einzubeziehen, um die Gesellschaft ökonomisch und kulturell umzugestalten¹⁵⁵⁾. Damit das Proletariat die Führung und Staatsmacht behauptet, ist eine Bedingung zum Dogma erhoben: das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern. So definiert Lenin¹⁵⁶⁾:

"Diktatur des Proletariats bedeutet ... das Folgende: Nur eine bestimmte Klasse, nämlich die ... Industriearbeiter, ist imstande, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten zu führen im Kampf für das Abwerfen des kapitalistischen Jochs, im Verlaufe des Abwerfens selbst, im Kampfe um die Sicherung und die Festigkeit des Sieges, bei der Schaffung der neuen, der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in dem ganzen Kampfe für die völlige Aufhebung der Klassen".

154) Lenin, Staat und Revolution, AW II, S.182.

155) Die Verbindung dieser Merkmale der Diktatur des Proletariats mit ihrer Begründung und ihrer Zwecksetzung ist in der gegebenen Charakteristik der Lehre Stalins entnommen. Das Lehrbuch über "Grundlagen der marxistischen Philosophie". (Moskau 1959, deutsch Berlin 1961) übernimmt die Stalinschen Thesen, die von Wyschinskij mehrfach für verbindlich erklärt wurden. Vgl. Grundlagen, S.559ff, bes. 563, und Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, S.17ff und 117ff, dazu Westen, Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins, S.97ff (101f)!

156) Lenin, Die große Initiative, AW II, S.575, 576.

Die marxistisch-leninistische Partei ist die Führungskraft in der Diktatur des Proletariats¹⁵⁷⁾. Ihre theoretischen Grundlagen geben ihr die Einsicht in die praktischen Erfordernisse der Entwicklung und Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Die Partei ist die bewußte Minderheit, die den aus der Theorie des Marxismus-Leninismus deduzierten situationsadäquaten Willen der unbewußten Mehrheit zur Geltung bringt und diesen wegen der Identität von Einzel- und Gesamtwille gegen Außenseiter durchsetzen muß¹⁵⁸⁾.

157) Anders, als mit der politischen Leitung aller werktätigen Massen durch die kommunistische Partei ist die Diktatur des Proletariats nicht zu verwirklichen. (Vgl. darüber bei Lenin, Ursprünglicher Resolutionsentwurf des X. Parteitages der KPR über die Einheit der Partei, AW II, S.807 (812); Kerimow, Staatslehre und Revisionismus, S.105ff (109/110).) Im Lehrbuch "Grundlagen der marxistischen Philosophie" heißt es (S.597/598): "Nur die Partei, die die Interessen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringt, seine kollektive Vernunft verkörpert und in ihren Reihen die besten Menschen des Volkes vereinigt, ist fähig und berufen, die Arbeit aller Organisationen und Machtorgane zu kontrollieren. Die Führung durch die Partei sichert die Lösung aller staatlichen Fragen vom Standpunkt der Interessen des ganzen Volkes und nicht einzelner Behörden oder Gruppen. Daher sind alle Versuche, die Tätigkeit dieser oder jener staatlicher Organe oder gesellschaftlichen Organisationen von der Führung durch die Partei zu lösen, sie der Kontrolle der Partei zu entziehen, schädlich und widersprechen den Interessen des Volkes. Wenn sich diese Organisationen der Kontrolle durch die Partei entziehen, so führt das unvermeidlich zu Mißerfolgen in der Arbeit und zur Loslösung von den Massen. Die Führung durch die Partei und die untrennbare Verbindung mit den Massen ist der Kraftquell aller Organe des sozialistischen Staates." Weiter wird dann (S.598) ausgeführt, daß je nach konkreten Entwicklungsbedingungen eines Landes neben der Partei der Arbeiterklasse auch andere Parteien bestehen können, wenn und soweit sie die führende Rolle der kommunistischen Partei anerkennen. Alles andere aber ist "gleichbedeutend mit völliger Entwaffnung des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie" (Lenin, Der "linke Radikalismus" - die Kinderkrankheit des Kommunismus, AW II, S.699). Denn es genügt nicht, die Führerrolle der Partei zu proklamieren, man muß sie erkämpfen und so handeln, daß alle übrigen Gruppen gezwungen sind, sie anzuerkennen (Lehrbuch, S.397).

Die Partei organisiert und lenkt nach den Prinzipien des "demokratischen Zentralismus" die Umgestaltung des Überbaues und die Tätigkeit aller neu geschaffenen Überbauinstitutionen¹⁵⁹⁾. So wirkt der sozialistische Überbau als Hebel und als Instrument der Partei bei der ökonomischen Umwälzung¹⁶⁰⁾. Da der Staat durch die Partei in die Richtung des Fortschritts wirkt¹⁶¹⁾ und die sozialistische Ökonomie planmäßig aufbaut, sind Staatsziel und Parteiziel eine Einheit. Es geht um die Überwindung der Überreste der alten Ordnung. Das gilt für Staat, Recht und Wirtschaft wie für das Bewußtsein der Menschen: "Die Überreste der bürgerlichen Moral, der Religion usw. werden vollständig überwunden. Die Prinzipien des Kommunismus ... werden ... zur Verhaltensnorm aller Menschen."¹⁶²⁾

So hat der Staat als politische Organisation der sozialistischen Gesellschaft zwei Hauptfunktionen: die wirtschaftlich-organisatorische und die kulturell-erzieherische¹⁶³⁾. Zur sozialistischen Disziplin zwingt die Staatsmacht im Interesse des Volkes die einzelnen, denen die Arbeit und die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens noch nicht zum Lebensbedürfnis geworden sind¹⁶⁴⁾. Die Unterdrückungsfunktion aus der Periode der antagonistischen Klassengegensätze richtet sich nach Beseitigung der Ausbeuter gegen den äußeren Feind. Gewaltanwendung im Innern ist nur durch den Widerstand

158) vgl. dazu P.Schneider, Prinzipien totalitären Staats- und Rechtsdenkens, in: Fragen zum Staatsrecht im Ostblock, S.5ff, bes. S.11 und 14.

159) Grundlagen, S.497.

160) ebenda, S.494.

161) ebenda, S.496.

162) ebenda, S.498.

163) ebenda, S.590.

164) Grundlagen, S.563, 591.

der untergehenden Klasse bedingt. Gewalt gegen diese Gewalttäter aber ist "humanistisch", denn die Entschlossenheit der neuen Macht verhindert eine Konterrevolution und deren Blutvergießen.¹⁶⁵⁾ Erst wenn politische Macht nicht mehr nötig ist, wird der Staat absterben¹⁶⁶⁾.

C. Zum Selbstverständnis der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone (Zusammenfassung)

In Anwendung der Staatslehre des Marxismus-Leninismus versteht sich die Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone als Arbeiter- und-Bauern-Macht, die ihrem geschichtlichen Inhalt nach die Diktatur des Proletariats ("Volksdemokratie") verkörpert¹⁶⁷⁾. Es wird darin die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolutionen der Jahre 1848 und 1918 gesehen¹⁶⁸⁾. Die Arbeiterklasse hat damit unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - auf Grund ihrer Kenntnis von den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen - die Verhältnisse nach ihrem eigenen Willen gestaltet und so den Gang der

165) Lehrbuch, S.595.

166) Lehrbuch, S.791.

167) vgl. statt vieler Polak, Die Demokratie der Arbeiter- und Bauern-Macht, in: Zur Dialektik in der Staatslehre (zit.: Dialektik), S.138. Über die bevorzugte Stellung Polaks unter den Staatsrechtstheoretikern der Sowjetischen Besatzungszone vgl. Mampel, in Dialektik und Recht, in: Jahrbuch für Ostrecht, Bd.I, 1.Halbjahrsheft, S.91ff, 93 und dort Anm.10.

168) Polak, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates, Dialektik, S.165.

Geschichte nach ihren Lebensinteressen bestimmt¹⁶⁹⁾. Nachdem im Jahre 1953 die Erfüllung der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution festgestellt worden ist, sieht die Staatsgewalt nunmehr ihr Ziel im systematischen Aufbau des Sozialismus¹⁷⁰⁾. Dabei tritt die Partei der Arbeiterklasse immer stärker als Kern der politischen Macht hervor¹⁷¹⁾, die die sozialistische Revolution verwirklicht. Staatsgewalt und Parteiführung sind als Arbeiter- und Bauern-Macht die Führungseinheit der zentralen Leitung des gesamten gesellschaftlichen Lebens¹⁷²⁾. Darum versteht sich die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone als Instrument des politischen Kampfes und der politischen Füh-

-
- 169) Polak, a.a.O., Dialektik, S.162. Das Oberste Gericht der Sowjetischen Besatzungszone sieht die grundlegend veränderte Klassenstruktur und Zielsetzung dieser neuen Ordnung, wie sie in Abschnitt II, Ziff.5 des Beschlusses des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei umschrieben ist, als den entscheidenden Ausgangspunkt dafür an, die Identität oder Rechtsnachfolge zum deutschen Staat vor dem 8. Mai 1945 zu verneinen, da er vernichtet worden sei, während das demgegenüber weiter existierende deutsche Volk die ihm in den Abkommen von Jalta und Potsdam erhaltenen Rechte auf Selbstbestimmung und Neukonstituierung als Staat in der Sowjetischen Besatzungszone zum Aufbau eines neuen, von unten gewachsenen Staates genutzt hätte (vgl. BGGZ 1, 236ff.)
- 170) vgl. die Präambel des Gesetzes über die weitere Demokratisierung des Aufbaues und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik vom 23. Juli 1952, GBl.DDR I, S.613, weiter die Präambel des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957, GBl.DDR I, S.65 und die Präambel des Gesetzes über die Vervollkommnung und die Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958, GBl.DDR I, S.117; vgl. auch die Präambel des Gesetzes über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. Dezember 1959, GBl. DDR I, S.859 und § 1 des Gesetzes zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. September 1961, GBl. DDR I, S.175. Ferner siehe die Einleitung und Teil I bis III des auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 beschlossenen Programms der Sozialistischen Einheitspartei.

rung der Massen auf dem naturgesetzlich notwendigen Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus¹⁷³⁾. Ihre Aufgaben sind geschichtliche Notwendigkeiten, nämlich die "revolutionäre Umgestaltung der alten Verhältnisse" und "die Hinführung der Volksmassen zur Machtausübung und zur Freiheit"¹⁷⁴⁾. Damit sieht sich die Staatsgewalt legitimiert, mit der gesamten staatlichen Leitungstätigkeit auf alles Denken und Handeln des einzelnen Bürgers Einfluß zu nehmen und den Menschen in den zu seinem und der Gesamtheit Wohlergehen¹⁷⁵⁾ vorange-triebenen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einzu-beziehen, damit er von den bürgerlich-kapitalistischen Lebensgewohnheiten zur bewußten gesellschaftlichen Tätigkeit, zur sozialistischen Bewußtheit, gehoben wird¹⁷⁶⁾.

In der Dialektik "der Bewegung der Massen und der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung" besteht sonach Einheit zwischen Volk und Staatsführung¹⁷⁷⁾. So versteht sich die Staatsgewalt in der Sowjetischen Be-satzungszone als der Machtausdruck der durch die Arbeiterklasse - d.h. die marxistisch-leninistische Soziali-stische Einheitspartei - beherrschten realen Lebensver-hältnisse in Produktion und Politik¹⁷⁸⁾.

171) Polak, Die Entwicklung des deutschen volksdemokra-tischen Staates, Dialektik, S.169.

172) vgl. bei Mampel, Vom Besatzungsregime zur verdeckten Fremdherrschaft, den Abschnitt: Die Volksdemokratie in Mitteldeutschland, besonders die dort aufgeführten Zitate und Selbstzeugnisse der Gewaltinhaber (Deutsche Fragen 1963, S.202f).

173) Polak, Die Demokratie der Arbeiter- und-Bauern-Macht, Dialektik, S.139.

174) Polak, a.a.O., Dialektik, S.118.

175) Die Einheit von Bürgerinteresse und Politik der Arbeiter- und-Bauern-Macht wird besonders in der programma-tischen Erklärung des Staatsratsvorsitzenden vom 4. Oktober 1960 betont (vgl. Neue Justiz 1960, S.666).

176) Protokoll der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz in Babelsberg im April 1958, S.19.

177) Polak, Die Entwicklung des deutschen volksdemokrati-schen Staates, Dialektik, S.171.

178) Polak, Die Demokratie der Arbeiter- und-Bauern-Macht, Dialektik, S.126.

2. Abschnitt:

Folgerungen

Aus dem Selbstverständnis der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone sind zwei Aspekte als Anknüpfungspunkte für die Qualifizierung der Verfassungsbestimmung über die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Zusammenhang mit der "Entwicklung zum Sozialismus" hervorzuheben:

1. Die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone versteht ihre revolutionäre Tätigkeit als Vollzug objektiver Entwicklungsgesetze, deren Erfüllung absolut gefordert ist (A).

2. Die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone sieht in der Verwirklichung der naturgesetzlichen und geschichtlichen Notwendigkeit durch Planung und Vollzug des determinierten Wandlungsprozesses, dem die gesellschaftlichen Verhältnisse unterworfen sind, die Voraussetzung für die Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen im Kollektiv. Sie versteht ihr Handeln in diesem Sinne als Befreiung des Menschen (B).

A. Der Vollzug des objektiven Entwicklungsgesetzes

1. Folgerungen für die Fragestellung

Mit der Feststellung, daß für die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone der naturgesetzliche Ablauf der Geschichte in der Sicht des historischen Materialismus selbstverständlich der einzig absolute Maßstab aller Politik ist, ist auch festgelegt, in welcher Weise die Bedeutung des Verfassungssatzes von der Glaubens- und

Gewissensfreiheit während der Entwicklung zum Sozialismus zu erschließen gesucht werden kann. Die vom Marxismus-Leninismus aufgezeigte objektive Gesetzmäßigkeit bestimmt auch Ansatz, Grenzen und Zielpunkt des Fragens.

a) Keine Unterscheidung nach Verfassungsurkunde und
Verfassungswirklichkeit

Dem historischen Materialismus zufolge ist dem Verfassungsrecht nur relative Gültigkeit zuzuschreiben¹⁷⁹⁾. Es ist wie alles Recht Überbauerscheinung, von der sozialökonomischen Gesellschaftsstruktur abhängig. Die Verfassung ist also selbstverständlich einem fortlaufenden Wandel unterworfen, wenn allein der dialektische Entwicklungsprozeß zum Geschichtsziel hin die Staatsmaxime ist. Drath¹⁸⁰⁾ kommt für die Sowjetische Besatzungszone zu folgendem Befund: "Die Verfassung, die wirklich 'gilt', ist größtenteils nur eine de-facto-Verfassung, keine Rechtsverfassung. Dem formell 'gültigen' Verfassungsrecht fehlt die Geltungskraft in der Verfassungswirklichkeit, und dem wirklichen Verfassungsrecht fehlt die rechtliche Geltung." Von dieser Unterscheidung ausgehend kommt Mampel¹⁸¹⁾ zu dem Ergebnis, die Staatslehre des Marxismus-Leninismus sei gegenüber der freiheitlich-demokratischen Staatsauffassung die Theorie des permanenten Staatsstreichs. Damit ist der Verfassungsbruch als Prinzip hervorgehoben¹⁸²⁾ und die

179) Mampel, Die Auffassung des dialektischen und historischen Materialismus vom Recht, Recht in Ost und West 1957, S.53ff; Mampel, Über die Bedeutung der Staatslehre des Marxismus-Leninismus für die verfassungsrechtliche Entwicklung in Mitteldeutschland, Recht in Ost und West 1960, S.45ff.

180) Drath, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Sowjetischen Besatzungszone, S.53.

181) Mampel, a.a.O., Recht in Ost und West 1960, S.51.

182) Drath, a.a.O., S.14, 17; Mampel, a.a.O., S.50.

Verfassungspraxis der sowjetzonalen Staatsgewalt als Willkür bewertet. In dieser Weise kann jedoch nur geklärt werden, was ein Verfassungssatz der Sowjetischen Besatzungszone nicht bedeutet im Vergleich zu einer entsprechenden Bestimmung innerhalb einer freiheitlichen, demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung. Soll aber aus dem Selbstverständnis der Staatsgewalt zu klären gesucht werden, ob eine bestimmte und welche konkrete Vorstellung über das Verhältnis zwischen Bürger und Staat in Fragen der Religion und Weltanschauung und welches daraus etwa hergeleitete kirchenpolitische Programm mit dem Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundgesetz des Staates ausgedrückt ist, so muß man weiter gehen, als vergleichend und von der in der Rechtsstaatlichkeit fixierten Position aus nach der Übereinstimmung oder Diskrepanz zwischen Verfassungstext und -wirklichkeit zu fragen. Es muß die Dynamik der marxistisch-leninistischen Staatslehre als Revolutionstheorie, d.h. die selbstverständliche Nichtbindung der sozialistischen Staatsgewalt an bürgerliche Vorstellungen und durch die Entwicklung überholte Ansichten über Verfassungsnormen, schon mit in das Fragen einbezogen werden¹⁸³⁾.

183) Auch Mampel sieht neuerdings im Selbstverständnis der Inhaber der politischen Macht den Schlüssel zum Verständnis der materiellen Verfassungsverhältnisse der Sowjetischen Besatzungszone (vgl. Mampel, Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, S.9 und 10.)

b) Zur Bedeutung von Verfassungsnormen nach marxistisch-leninistischem Verständnis

aa) Die Besonderheit der geschichtsphilosophischen Rechtsdogmatik

Viehweg¹⁸⁴⁾ hat gezeigt, daß für die Betrachtung der rechtlichen Verhältnisse im Bereich des Marxismus-Leninismus die Unterscheidung zwischen einer Rechtsgrundsatzdogmatik und der im Rahmen der marxistisch-leninistischen Theorie aktuellen geschichtsphilosophischen Rechtsdogmatik teleologischer Art¹⁸⁵⁾ bedeutsam ist. Der Aufbau der marxistisch-leninistischen Rechtsdogmatik zeigt, in welcher Weise eine sowjetzonale Norm jeweils dem Selbstverständnis des Staates entspricht, gerade weil nicht die Verfassung, sondern allein der geschichtliche Entwicklungsprozeß - und darin das Geschichtsziel als Absolutum - unverbrüchlich ist. Viehweg¹⁸⁶⁾ geht von folgendem aus: Für die marxistisch-leninistische Rechtstheorie ist als Grunddogma nur die universale Geschichtsdeutung konstant. Auf dieser Grundlage entwickelt die Rechtsdogmatik eine außerordentliche Flexibilität, durch welche Normen und in der Praxis gebildete Rechtsgrundsätze der Veränderlichkeit der konkreten Situation im geschichtlichen Gesamtprozeß unterworfen und ausgeliefert sind, um der Geschichte innerhalb des verbindlichen geschichtlichen Weltsinnes und damit dem Menschen in seiner Zeitlichkeit "hier und jetzt" gerecht sein zu können. Die je gegenwärtige geschichtliche Phase, in welche die Dogmatik hineinzudenken ist und nach deren Erfordernissen sie umzudenken

184) Viehweg, Zwei Rechtsdogmatiken, in Philosophie und Recht, Festschrift für C.A.Emge, S.106ff.

185) Viehweg, a.a.O., S.108.

186) a.a.O., S.109ff.

ist, deutet an Hand des Grunddogmas die marxistisch-leninistische Partei. Die parteiamtlichen geschichtsphilosophischen Leitsätze sind eine verbindliche Stütze der Rechtsanwendung.

bb) Die Bedeutung der Verfassung

Es kann danach also der mit der Parteiführung identischen Staatsgewalt gar nicht um die absolute Unverbrüchlichkeit von Normen, also auch nicht um die Einhaltung der in der Verfassung niedergelegten einstmaligen Grundlagen des Staatswesens gehen, wenn bereits eine höhere Entwicklungsstufe angestrebt wird oder erreicht ist. Der Text des Dokumentes hat nicht die Bedeutung, eine Fortentwicklung des Verfaßten zu hemmen oder zu hindern. Vielmehr kommt es auf die Einordnung der Verfassungssätze in das Selbstverständnis, auf die Funktion der Grundsatznormen im zu vollziehenden Entwicklungsprozeß der Gesellschaft an¹⁸⁷⁾. Die Frage nach der für die Staatsgewalt selbstverständlichen Bedeutung eines Verfassungssatzes muß demnach von der im Selbstverständnis der Staatsgewalt und in der Theorie begründeten Unterordnung der Verfassungsbestimmungen unter den staatlich gelenkten, geförderten und beeinflussten Entwicklungsprozeß ausgehen.

So werden in der Sowjetischen Besatzungszone die Verfassungsbestimmungen verstanden als der juristische Ausdruck der sich entsprechend den - von der marxistisch-leninistischen Philosophie erkannten - Entwicklungsge-

187) Westen, Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins, S.85, sagt: "So ist der marxistischen Rechtstheorie der Begriff der Gerechtigkeit wesensfremd, an ihre Stelle tritt der Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit".

setzen fortbildenden Grundlage des gesamten gesellschaftlichen Lebens¹⁸⁸⁾. Die Verfassung bezeichnet nur den bei ihrer Annahme erreichten Entwicklungsstand der Umwälzung¹⁸⁹⁾. Normen, die in einer späteren Phase des Fortschritts die Anpassung des gesellschaftlichen Lebens an die nunmehr gegebene historische Notwendigkeit hemmen, sind an die Erfordernisse der konkreten Situation anzupassen¹⁹⁰⁾. In diesem Sinne heißt es beispielsweise über die Arbeit der Volksvertretungen¹⁹¹⁾:

"Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung unserer Staatsmacht und ... der Entwicklung unserer Volksvertretungen ... Beide entfalten sich im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Beim Aufbau des Sozialismus werden die Volksvertretungen ... ständig vor neue Aufgaben gestellt ... Unsere Arbeit vollzieht sich ja nicht in einem luftleeren Raum. Wir arbeiten ja nicht an einem grünen Tisch, sondern unsere Tätigkeit ist eng mit der ganz bestimmten politischen und gesellschaftlichen Lage verbunden. Wir knüpfen an einen bestimmten Stand unsere Entwicklung an. Es gibt also keine Volksvertretungen 'an sich', unabhängig von Raum und Zeit. Unsere Volksvertretungen gehorchen der Forderung des Tages."

Selbstverständlich kann die historische Notwendigkeit dann auch die Aufgabe von Verfassungsgrundsätzen zur Forderung des Tages machen:

"In dem Maße wie der Aufbau des Sozialismus zum Hauptinhalt unserer Staatsmacht und sie selbst damit zum Hauptinstrument beim Aufbau des Sozialismus wurde ... mußten die bis dahin noch erhalten gebliebenen bürgerlich-parlamentarischen Formen gesprengt werden." 192)

188) Steininger, zit. bei Mampel, Recht in Ost und West 1960, S.47.

189) Wyschinskij, Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, S.120.

190) vgl. Mampel, Die Bedeutung der Staatslehre ..., Recht in Ost und West 1960, S.45, 47.

191) Polak, Die Demokratie der Arbeiter-und-Bauern-Macht, Dialektik, S.138, 139.

192) Polak, Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates, Dialektik, S.168. Zur "Aufhebung des Parlamentarismus" sagt Lenin in: Staat und Revolution, AW II, S.193: "Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber der Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete besteht hier nicht. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns denken,

Denn "die Form der neuen Gesellschaft kann nicht durch die Konstituierung 'fix und fertiger' Verfassungs- und Rechtsinstitutionen gesetzt, sie muß herausgearbeitet werden. Der dialektische Entwicklungsprozeß der Geschichte, die Aufhebung der Form der alten Gesellschaft, muß durchlaufen werden. Mit der Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sind die Formen der alten Gesellschaft nicht verschwunden; sie haben nur aufgehört, die durch die politische Macht gesetzte Gestalt des Lebens zu sein. Sie sind nur noch Faktizitäten, Überreste der vergangenen Zeit, alte Gewohnheiten. Ihre Aufhebung, die Durchsetzung der neuen, der Entwicklung gemäßen Formen, das ist die Aufgabe, vor die die Arbeiterklasse gestellt ist."¹⁹³⁾

c) Zum sozialistischen Recht

Wie die bürgerlichen Formen im Laufe der Entwicklung durch sozialistische überwunden werden, so muß sich für den sozialistischen Staat als Instrument zur Beseitigung von Hemmnissen für die fortschrittliche Entwicklung auch ein sozialistischer Rechtsbegriff - und zwar als Negation der bürgerlichen Rechts- und Staatsbegriffe - herausbilden¹⁹⁴⁾. Im sozialistischen Rechtsbegriff wird die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft selbst sichtbar¹⁹⁵⁾.

soll die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein ..."

193) Polak, Die Staatsfrage im "Achtzehnten Brumaire", Dialektik, S.39.

194) Polak, Über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege in der DDR, Staat und Recht 1961, S.607ff, 611.

195) Polak, a.a.O., S.612.

Denn das Wesen des sozialistischen Rechts ist die Sicherung der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der Bewegung von der Vereinzelung zur Gemeinsamkeit, vom gesellschaftlich unbewußten zum gesellschaftlich bewußten Handeln¹⁹⁶⁾. Der Zusammenhang zwischen der Arbeit der Staatsgewalt als Vollzug des dialektischen Entwicklungsprozesses und der Verneinung des überkommenen bürgerlichen Rechtsbegriffes wird darin gesehen, daß das bürgerliche Recht ja gerade entsprechend seinen Produktionsverhältnissen ein Hemmnis für die gesellschaftliche Entwicklung geworden ist, das sozialistische Recht nunmehr aber zur Förderung der Entfaltung der bewußt produzierenden Menschen die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu festigen und damit die Zwangsjacke der bürgerlichen Formen abzustreifen hat¹⁹⁷⁾. Auf der höheren Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist deshalb mittels des Rechts als bewußter Durchsetzung des dialektischen Entwicklungsprozesses¹⁹⁸⁾ der bürgerliche

196) Polak, a.a.O., S.613.

197) Polak, a.a.O., S.627.

198) Polak, a.a.O. Schon Engels hatte in seinem Brief an Schmidt (AS II, S.463) von "dreierlei Art" der "Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung" gesprochen. "Sie kann in derselben Richtung vorangehen, dann gehts rascher ..." Diesen Hinweis münzt die Staatslehre der Sowjetischen Besatzungszone zu der Maxime um, "daß die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse eine ständige Entwicklung und Vervollkommenung des sozialistischen Rechts erfordert, daß es also auch in dieser Hinsicht keine Stagnation geben darf". (Vgl. Arlt und Lungwitz, Sozialistisches Recht und bürgerliche Traditionen, in: Staat und Recht 1963, S.800ff, 802; auch schon Protokoll der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Konferenz in Babelsberg vom 2. und 3. April 1958, S.8). Arlt und Lungwitz (a.a.O.) zitieren auch die folgende Stelle aus Engels' "Juristen-Sozialismus", um den Zusammenhang zwischen dem sozialistischen Recht und den objektiven Gesetzmäßigkeiten darzulegen: "In den theoretischen Unter-

Individualismus, die Isolation des Menschen von der Gesellschaft und von der Geschichte¹⁹⁹⁾, zu ersetzen durch die bewußte Vergesellschaftung des Individuums, durch die Kollektivität als Aufhebung der Vereinzelung, Subjektivität und Knechtung des Menschen von der Spontaneität²⁰⁰⁾. Diese Auffassung, nach der das Recht bloßen Instrumentalcharakter besitzt, ist für die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone notwendigerweise und selbstverständlich im Spiel²⁰¹⁾.

suchungen von Marx kommt das juristische Recht, das immer nur die ökonomischen Bedingungen einer bestimmten Gesellschaft widerspiegelt, nur in ganz sekundärer Weise in Betracht; dagegen in erster Linie die gesellschaftliche Berechtigung, die gewisse Zustände, Aneignungsweisen, Gesellschaftsklassen für bestimmte Epochen haben, und deren Unterstützung jeden in erster Linie interessiert, der in der Geschichte einen zusammenhängenden, wenn auch oft durchkreuzten Entwicklungsgang sieht ..."

199) Polak, a.a.O., S.635.

200) Polak, a.a.O., S.655.

201) So heißt es beispielsweise im Entwurf des Erlasses des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege (Neue Justiz 1962, S.755):

"Das sozialistische Recht ist ein wichtiges Instrument unseres Staates, um die gesellschaftliche Entwicklung zu organisieren und das sozialistische Zusammenleben der Menschen, die Beziehungen der Bürger zueinander und zu ihrem Staat zu regeln. Sein Inhalt, seine Gestaltung und seine richtige Anwendung verleihen den objektiv wirkenden Gesetzmäßigkeiten Ausdruck, fördern das Bewußtsein, dieser Gesetzmäßigkeiten durch die Volksmassen und lenken ihre Schöpferkraft auf die bewußte Ausnutzung dieser Gesetze. Das Recht wird somit bei der Lösung der wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Aufgaben des Arbeiter- und Bauern-Staates, der breitesten Entfaltung der sozialistischen Demokratie, zu einer großen gestaltenden und mobilisierenden Kraft."

Unter Nr.3 des IV. Abschnittes im zweiten Teil des Programms der Sozialistischen Einheitspartei (vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Jan. 1963, S.26/27) heißt es: "Unser sozialistisches Recht bringt den Willen des werktätigen Volkes unter Führung der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Es

Danach ist die umfassende Indienststellung des Rechts zum Vollzuge des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, d.h. zur Durchsetzung der von der Partei gestellten Forderungen an den einzelnen und die Gesellschaft, mitzubedenken und einzubeziehen in die Frage nach der für die Staatsgewalt in der Phase der "Entwicklung zum Sozialismus" selbstverständlichen Bedeutung der in der Verfassung und in jenem Komunique erklärten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Frage ist an dem von der Sozialistischen Einheitspartei gewiesenen Ziel und Weg der "Entwicklung zum Sozialismus" zu orientieren.

entspringt den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und ist auf ihre Durchsetzung gerichtet. Unser Recht hat die Aufgaben dieser Entwicklung und die staatlichen Grundregeln des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen zum Hauptinhalt. Es dient dazu, die Produktivkräfte und die sozialistischen Produktionsverhältnisse planmäßig zu entfalten, alle Bürger im Geiste des Sozialismus zu erziehen ... Mit seiner Hilfe müssen die objektiven Gesetze des Sozialismus, die Erkenntnisse von Naturwissenschaft und Technik verwirklicht werden. Wie das Fühlen, Denken und Handeln der Menschen in zunehmendem Maße vom Sozialismus bestimmt wird, wird auch die freiwillige Einhaltung der sozialistischen Regeln des Zusammenlebens der Menschen zur allgemein geübten Gewohnheit. Überzeugung und Erziehung werden daher immer mehr zur Hauptmethode im Kampf der sozialistischen Gesellschaft für die strikte Einhaltung ihres Rechts ..."

2. Auswertung der Folgerungen

a) bei der Frage nach dem Grundrecht

Die Frage, ob der Satz des Art. 41 der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone: "Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit", ein Grundrecht für den Staatsbürger statuiert, kann nach dem Selbstverständnis der Staatsgewalt nicht die Frage nach einem Abwehrrecht des status negativus libertatis sein^{202,203}).

202) vgl. die Zusammenfassung über Quelle, Wesen und Zweck des sozialistischen Rechts bei Werner Schulz, Grundrechte in der Sowjetzone?, in: Recht in Ost und West 1963, S.152ff (155).

203) Zu eingengt und begrenzt ist die Fragestellung Brunners (siehe Brunner, Die Grundrechte im Sowjetsystem), der lediglich die Vereinbarkeit der "Grundrechte im Sinne der westlichen Terminologie" mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus prüft. Brunner wertet die Einzelergebnisse seiner Untersuchungen über die marxistisch-leninistische Rechtsauffassung, die marxistisch-leninistische Anthropologie und die marxistisch-leninistische Lehre vom Wesen der Grundrechte nicht als Ansatzpunkte einer speziell kommunistischen Grundrechtsauffassung aus und gelangt deshalb lediglich zu dem Ergebnis, Grundrechte seien "in der Sowjetideologie systemunmöglich und widerspruchsvoll"; sie bildeten "eine leere Fassade der Rechtsstaatlichkeit" (vgl. a.a.O., bes. S.7, 8, 44ff, 102 und 115!). Brunners Arbeit und Methode ist an der "Diskrepanz von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit" orientiert und sucht als Beitrag zur ideologischen Auseinandersetzung den Hinweis auf diesen Mangel der Rechtsstaatlichkeit zum begründeten Argument zu festigen. Dem muß hier beim Eingehen auf das Selbstverständnis einer marxistisch-leninistischen Staatsgewalt das oben unter A.1.a) Gesagte entgegeng gehalten werden.

Die Staatsgewalt, die sich als Vollzugsorgan objektiver Entwicklungsgesetze versteht, kann ihre Grenzen nicht in Individualrechten finden, welche sich aus der für überwunden angesehenen Trennung des Menschen von der gesetzmäßig verlaufenden Entwicklung der Gesellschaft herleiten^{204,205}). Auch als Freiheitsrecht kann die Glaubens- und Gewissensfreiheit nur die Erkenntnis der historischen Notwendigkeit, die Befreiung des Menschen von der bislang unerkannt und schicksalhaft waltenden Macht der Ausbeutung zur Grundlage haben²⁰⁶). Die Befreiung des Menschen setzt die gemeinsame Arbeit aller, die gemeinschaftliche Aktion der Proletarier zur Vollendung des Geschichtsziels voraus²⁰⁷). Auf das Endziel, die "Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"²⁰⁸), richtet sich ja gerade alle Tätigkeit und Machtentfaltung der Staatsgewalt.

Ein Grundrecht muß darum in der Sowjetischen Besatzungszone so aufgefaßt werden, daß der einzelne mit der Wahrnehmung dieses Bürgerrechtes sich in die Gesellschaft eingliedert und sich zum Subjekt der zum

204) Polak, Dialektik und Positivismus in der Staats- und Rechtswissenschaft, Dialektik, S.241 und 252.

205) "Zwischen unserem volksdemokratischen Staat und seiner Politik und den Interessen der Bürger gibt es keinen Widerspruch" (vgl. die Erklärung des Staatsratsvorsitzenden in Neue Justiz 1960, S.666).

206) Grundlagen, S.130; vgl. auch Grotewohl, Referat auf der 3. Parteikonferenz der SED, zit. bei Polak, Dialektik, S.159.

207) vgl. Fetscher, Die Freiheit im Lichte des Marxismus-Leninismus, Beilage B IIL/57 zu "Das Parlament".

208) Marx/Engels, Das Kommunistische Manifest, AS I, S.43.

Sozialismus strebenden Entwicklung der Gesellschaft macht. Zugleich muß ein solcher Status auch Auswirkungen auf die Staatsgewalt haben: Diese hat die Voraussetzungen zu schaffen und zu garantieren für eine solche aktive Entfaltung des einzelnen in Richtung auf das Staatsziel. Da der einzelne seine Freiheit nur durch bewußt-gesellschaftliches Handeln im Sinne der gesetzmäßig verlaufenden Entwicklung und durch die Aufhebung der Vereinzelung im Kollektiv, das in gemeinsamer Anstrengung den gesellschaftlich notwendigen Willen durchsetzt, finden kann, ist die Kollektivität die Grundlage der freien Entfaltung der Persönlichkeit²⁰⁹⁾. Die Ausübung der Grundrechte muß während der "Entwicklung zum Sozialismus" also zu kollektivem Handeln führen²¹⁰⁾ und diese fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft fördern²¹¹⁾. Zugleich liegt darin ein Beitrag zur Bildung der sozialistischen, d.h. der bewußt gesellschaftlich orientierten Persönlichkeit²¹²⁾. Die Wahrnehmung des Grundrechts muß den Menschen selbst umgestalten, in seinem Bewußtsein den Wandlungsprozeß vom Ich zum Wir und die Überwindung kapitalistischer Lebensgewohnheiten²¹³⁾ vollbringen.

209) Polak, Über die weitere Entwicklung der Rechtspflege, Staat und Recht 1961, S.656.

210) Menzel, Der Erlaß des Staatsrats über die Eingaben der Bürger, Staat und Recht 1961, S.1864.

211) vgl. die Präambel im Erlaß des Staatsrats über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane vom 27. Febr. 1961 (GBI. DDR I, S.7): "In der Volkskammer, den örtlichen Volksvertretungen, ihren ständigen Kommissionen und Aktivs, in Produktionsberatungen in den Betrieben, in den sozialistischen Brigaden und sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, sowie durch die Mitarbeit in den Ausschüssen und Hausgemeinschaften der Nationalen Front ..., in den Gewerkschaften, LPG-Beiräten, Elternbeiräten und anderen demokratischen Institutionen nehmen die Bürger aktiv an der Planung und Leitung auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teil."

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit muß als Grundrecht also einen status activus in diesem angegebenen Sinne bezeichnen. Juristisch wird der Grundrechtsstatus von Arlt²¹⁴⁾ mit der einheitlichen Verbindung von Bürgerrechten und Bürgerpflichten umschrieben. Während die Rechte der Bürger ihre Befreiung von der Kapitalmacht ausdrücken, bringen die in den Bürgerpflichten bewußt gemachten gesellschaftlichen Anforderungen den einzelnen mit der Gesellschaft und den objektiven Entwicklungsgesetzen in Verbindung. Die Bürgerpflicht entspricht für Arlt immer der höchsten Moralität²¹⁵⁾.

Eingehend haben neuerdings Poppe und Schüsseler allgemeine Lehren über die sozialistischen Grundrechte dargelegt²¹⁶⁾. Sie erläutern: Als Recht, das seine Wurzeln in den materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft hat und das zugleich ein durch staatliche Willensäußerung begründetes Instrument der Rückwirkung auf diese Basis ist, sind die Grundrechte in ihrem Charakter insoweit vom Charakter der Staatsmacht und von der Politik der herrschenden Klasse bestimmt. Bereits mit der Errichtung der sozialistischen Staatsmacht, mit Beginn der Entwicklung zum Sozialismus also, sind sie sozialistisches Recht, "weil mit diesem Zeitpunkt der unmittelbar auf die sozialistische Umwälzung gerichtete Wille der Arbeiterklasse ... im Recht zur Geltung gebracht, weil mit diesem Zeitpunkt also das Recht in den Dienst der Entwicklung sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen gestellt wird"²¹⁷⁾. Der Reife-

212) Arlt, Freiheit und Recht, Staat und Recht 1961, S.999.

213) vgl. die Staatsratserklärung, Neue Justiz 1960, S.667.

214) Arlt, a.a.O., S.1008f.

215) Arlt, a.a.O.

216) Poppe und Schüsseler, Sozialistische Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, Staat und Recht 1963, S.209ff.

grad der Grundrechte als sozialistisches Recht ist von dem Entwicklungsprozeß der gesellschaftlichen Beziehungen abhängig; die volle Ausbildung setzt voraus, daß sozialistische Lebensformen entwickelt sind. In den Übergangsperioden wird immer nur stückweise ein Teil der Forderung des vollen sozialistischen Inhalts der Grundrechte real²¹⁸⁾. Die sozialistischen Grundrechte sind Grundrechte, weil diese Rechtsform die gleiche Rechtsstellung der Bürger zueinander und zur sozialistischen Staatsmacht prinzipiell zur Geltung bringt und so das Wesen eines Gliedes der sozialistischen Gemeinschaft widerspiegelt. Sie sind Grundrechte, weil alle Bürger eine als Recht bekräftigte gleiche Mitwirkungsmöglichkeit haben müssen, um den der dialektischen Einheit von Staat und Volk immanenten aber nicht antagonistischen Widerspruch, daß das gesamtgesellschaftliche Interesse noch als staatliche Willensäußerung (und nicht gesellschaftlich) fixiert und durchgesetzt wird, zu lösen²¹⁹⁾. Alle sozialistischen Grundrechte geben allen Bürgern des sozialistischen Staates die Befugnis zur Teilnahme an den Errungenschaften der sozialistischen Ordnung in den Grenzen der durch die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten selbst gesetzten Schranken. Sie sind dem Bürger die Wegweisung für die dem einzelnen und der Gesamtheit zugute kommende Ausnutzung der im vor-

217) a.a.O., S.211; vgl. auch Haney, Das Recht der Bürger und die Entfaltung der Persönlichkeit, Staat und Recht 1962, S.1063ff, 1070: "Zunächst einmal - und das ist das Grundlegende - müssen die sozialistischen Grundrechte als Ausdruck des Klassenkampfes in Deutschland, der Entwicklungsgesetze des Sozialismus und der Überwindung des Imperialismus begriffen werden". Vgl. auch noch Büchner-Uhder und Poppe, Die weitere Entfaltung der Grundrechte der Bürger ..., Staat und Recht 1962, S.1045ff, 1046/47: Die "Grundrechte (der Länderverfassungen 1947) hatten noch in der Form ihrer Regelung, nicht aber in ihrem Wesen Ähnlichkeit mit bürgerlichen Grundrechtsnormen."

218) Poppe und Schüsseler, a.a.O.

219) a.a.O., S.216f.

gezeichneten Rahmen vollzogenen und aus eigenem Antrieb zu gestaltenden Entwicklung der individuellen Fähigkeiten²²⁰⁾. Die sozialistischen Grundrechte bedeuten für die Bürger, Staatsorgane und gesellschaftlichen Organisationen eine Verpflichtung, die entsprechende Betätigung der Bürger nicht nur nicht zu hindern, sondern sie zu fördern und zu unterstützen²²¹⁾.

Allgemein wird das grundlegende Recht der Bürger in dem Recht auf Mitwirkung an der Ausübung der Staatsmacht, auf aktive Mitgestaltung des politisch-staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, also in der Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus, gesehen²²²⁾. Dieses Recht wird in allen weiteren Grundrechten der Verfassung entfaltet. Alle Grundrechte haben selbstverständlich diese neue Stellung des Bürgers auszubauen²²³⁾. Ist es somit das Anliegen dieser Lehre, die neuen sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen als selbstverständliche Grundlage der staatlichen Entwicklung zum Ausdruck zu bringen, so bedeutet es keinen Widerspruch, dem Mitwirkungsrecht des status activus als Korrelat die Mitwirkungspflicht zuzuordnen. Die Dialektik, welche die sozialistischen Grundrechte zur Geltung bringt, führt dazu, daß der Bürger die sozialistischen Grundrechte als verfassungsrechtlich fixierte Möglichkeiten und gebotene Verhaltensweisen maximal ausnutzen soll²²⁴⁾. Der Mitwirkungs-

220) a.a.O., S.220.

221) a.a.O.

222) Polak, Die Entwicklung des volksdemokratischen Staates, Dialektik, S.167; Menzel, Der Erlaß des Staatsrats über die Eingaben der Bürger, Staat und Recht 1961, S.1864; Arlt, a.a.O., S.999; Haney, Das Recht der Bürger und die Entfaltung der Persönlichkeit, Staat und Recht 1962, S.1063ff (1072); Grundsätze zum Erlaß des Staatsrats über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege, Neue Justiz 1962, S.754.

223) Arlt, a.a.O.

224) Poppe und Schüsseler, a.a.O., S.221.

rahmen ist durch die objektiven Gesetzmäßigkeiten gegeben. Das hat im Anschluß an den Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei²²⁵⁾ H. Benjamin mit der Qualifizierung der Grundrechte als sozialistische Persönlichkeitsrechte betont²²⁶⁾.

Die Frage nach der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht muß also die Frage nach dem mit dieser staatsbürgerlichen Position umschriebenen Kreis von Rechten und Pflichten zur Mitwirkung an der Entwicklung zum Sozialismus sein.

b) zur Frage nach dem kirchenpolitischen Leitsatz

Die einseitige Ausrichtung des Bürgers auf das Staatsziel und die Festlegung und Beanspruchung jedes Einzelbeitrages zur Erreichung dieses Zieles zeigen, daß die Unterscheidung, ob mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit in Art. 41 der Verfassung ein Grundrecht oder ein kirchenpolitischer Programmsatz ausgesprochen ist, nicht wesentlich sein kann für die der Staatsgewalt selbstverständliche und in dieser Bestimmung festgelegte Grundhaltung des Staates zu Glaubens- und Weltanschauungsfragen. Die Entwicklung zum Sozialismus zu hemmen, schadet der gesamten Gesellschaft.

225) vgl. den Abschnitt über das sozialistische Recht in der EntschlieÙung des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei, abgedruckt in SBZ-Archiv 1958 (Heft 16), S.251.

226) vgl. Benjamin, Das Recht der sozialistischen Persönlichkeit, in "Neues Deutschland" Nr.215 vom 9.September 1958, S.4. Vgl. dazu Mampel, Dialektik und Recht, Jahrbuch für Ostrecht, Bd.I, 1.Halbjahresheft, S.103.

Das Staatsziel nicht einschließende Anschauungen und Überzeugungen dürfen und können daher keinen Entfaltungsraum haben, erst recht nicht Vereinigungen oder Gemeinschaften, die nicht die Erfüllung der objektiven Gesetzmäßigkeit anstreben. Sie können prinzipiell nicht respektiert oder toleriert werden. Die Staatsgewalt ermöglicht eben und schützt die Entfaltung des einzelnen im sozialistischen Grundrecht. Die Hinführung und Eingliederung des einzelnen zu dem Kollektiv der bewußt die Entwicklung Gestaltenden ist der staatliche Mitwirkungsanteil. Darum muß nach dem Selbstverständnis der Staatsgewalt Glaubens- und Gewissensfreiheit gegen eine Kirche oder Religionsgemeinschaft stehen, deren Lehre und Bekenntnis ihre Glieder von der Bürgerpflicht ablenkt oder hindert an der Mitwirkung des historisch Geforderten: an der notwendigen gesellschaftlichen Tat und an der Entfaltung einer sozialistischen Bewußtheit von der Befreiungsmöglichkeit. Die Bedeutung des Mitwirkungsrechts und der Mitwirkungspflicht bestimmte also auch den Inhalt des kirchenpolitischen Programms: Es gibt keine Beschränkung der objektiven Gesetzmäßigkeit, die "Entwicklung zum Sozialismus" vollziehenden Staatsgewalt.

Unter dem Aspekt des Selbstverständnisses der Staatsgewalt, wonach alle Maßnahmen des Staatsapparates dem Vollzug der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze dienen, kann der Verfassungssatz "Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" die Macht der Staatsgewalt nicht begrenzen. Denn weder als sozialistisches Grundrecht noch als Leitsatz der Kirchenpolitik entzieht diese Norm einen Lebensbereich dem Wirkungskreis der naturnotwendig verlaufenden Entwicklung, noch erlaubt sie, den Vollzug der objektiven Gesetzmäßigkeit zu ignorieren oder zu hindern. Es kann nur ein status activus gemeint sein, der die Pflicht zur sozialistischen

Entfaltung des einzelnen einschließt und von daher und infolge staatlicher Mitwirkung jedes Hemmnis des gesellschaftlichen Fortschritts ausschließt.

B. Die Befreiung des Menschen

1. Der sozialistische Mensch und das sozialistische Grundrecht

Die für die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone selbstverständliche Gleichsetzung des Vollzuges der objektiven Entwicklungsgesetze mit der Entfaltung des Menschen als Teil seiner Befreiung von Staats wegen impliziert, daß das Zusammenwirken von Staatsgewalt und Bürger durch das sozialistische Grundrecht der Mitwirkungspflichterfüllung nur von dem Staatsbürger als dem neuen, dem sozialistischen Menschen her gedacht werden kann.

a) Zum Inhalt des sozialistischen Grundrechts

Den Inhalt der Grundrechte und Grundpflichten allein aus den verfassungsrechtlichen Normen abzuleiten, ist falsch, weil damit der Zugang zur Rechtsentwicklung und zum Recht als Hebel der gesellschaftlichen Entwicklung versperrt wird²²⁷⁾. Bei der konkreten Inhaltsbestimmung eines Bürgerrechtes müssen die konkreten gesellschaftlichen Erfordernisse im Mittelpunkt stehen. Die Berufung allein auf den Wortlaut der verfassungsrecht-

227) Poppe und Schüsseler, Sozialistische Grundrechte und Grundpflichten der Bürger, Staat und Recht 1963, S.209ff, 213.

lichen Bestimmungen ist formal; gesellschaftlich längst überholte Maßstäbe anzulegen, heißt den Grundrechtsinhalt nach subjektivem Ermessen bestimmen und ist eine Verletzung des Bürgerrechtes²²⁸⁾. Inhalt und Umfang der sozialistischen Grundrechte und Grundpflichten sind immer nur als Synthese von Gesetzesregel und dem konkreten, speziell durch diese Norm geregelten und weiter zu entwickelnden, gesellschaftlichen Verhältnis zu begreifen²²⁹⁾. Für die Auslegung sind dann die Beschlüsse

228) Poppe und Schüsseler, a.a.O., S.214.

229) Poppe und Schüsseler, a.a.O.

Die Entfaltung der Grundrechte seit den Anfängen der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" in der Sowjetischen Besatzungszone stellen Büchner-Uhder und Poppe in dem Aufsatz 'Die weitere Entfaltung der Grundrechte der Bürger im Kampf um die Sicherung des Friedens durch die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR' in Staat und Recht 1962, S.1045ff dar. Die beiden Autoren zitieren die Arbeit Grotewohls über deutsche Verfassungspläne aus dem Jahre 1947, wo es heißt, in den Grundrechten sei der Inhalt des Volkswillens, die Richtung der demokratischen Republik, die zur Befreiung von den das Volk bedrückenden Fesseln führe, festgelegt; die Grundrechte seien mehr als bloße "Individualrechte", juristische Ansprüche, die der einzelne gegen den Staat hätte, sie seien vielmehr die fundamentalen Prinzipien der zukünftigen Staatspolitik. Büchner-Uhder und Poppe stellen hierzu (a.a.O., S.1046f) folgerichtig fest, daß damit von Anfang an jeder Bürger in der Sowjetischen Besatzungszone durch die Grundrechte auf die bewußte, schöpferische Mitarbeit beim Aufbau der fortschrittlichen Gesellschafts- und Staatsordnung orientiert wurde. Die Grundrechte hatten zwar noch in der Form ihrer Regelung, nicht aber in ihrem Wesen Ähnlichkeit mit bürgerlichen Grundrechtsnormen. Ihr neues Wesen, wie es von der revolutionär-demokratischen Gesellschaftsordnung geprägt wurde und prägend auf sie und das Volk zurückwirkte, hat Polak als Gestaltungsrecht in der Verfassung bezeichnet: "Der bestehende Zustand der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird also nicht als der unabdingbare Rahmen des staatlichen Zusammenlebens hingenommen. Die Bürger können vielmehr die Verhältnisse nach ihren Bedürfnissen gestalten; Staat, Gesellschaft haben im Dienst des Volksganzen zu stehen". (Zitiert nach Büchner-Uhder und Poppe, a.a.O., S.1047.)

der Sozialistischen Einheitspartei entscheidend bedeutsam²³⁰⁾. Indem die Parteibeschlüsse mit dem erreichten Entwicklungsstand auch den Fortbildungsgrad der sozialistischen Grundrechte verbindlich anzeigen, dokumentieren sie die materielle Verfassung und kultivieren die Auslegungsmaxime: ohne Zweifel für den Fortschritt des sozialistischen Entwicklungsprozesses!

In der Entwicklung zum Sozialismus steht nach den als konstruktive Anleitung ausgegebenen Materialien des 17. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei das Grundrecht auf Bildung als Exponent für alle die Grundrechte, die die bewußtseinsmäßige und kulturelle Umwälzung bei dem einzelnen zur sozialistischen Persönlichkeit gestalten²³¹⁾. Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei, das auf dem VI. Parteitag angenommen wurde, heißt es dann: "Die umfassende Verwirklichung des Sozialismus wird durch das bewußte sozialistische Denken und Handeln ... herbeigeführt."²³²⁾ An anderer Stelle wird das sozialistische Hauptgrundrecht auf Mitwirkung deutlicher dem sozialistischen Menschen zugeordnet: "Die verantwortliche Wahrnehmung des grundlegenden Rechtes auf Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des gesamten politisch-staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ... wird für (die) Bürger immer selbstverständlicher ... Immer umfassender machen die Werktätigen von ihrem Recht auf Bildung Gebrauch. Die Entfaltung (dieser) Rechte ... ist verbunden mit der Festigung der freiwilligen Disziplin der

230) Sie "schaffen die Grundlage der Staats- und Rechtswissenschaft. Sie ergeben eine lückenlose Kette unserer ganzen gesellschaftlichen Entwicklung, die das Fundament ist, auf dem allein die Entwicklung unserer Staatsmacht und damit unseres Staats und Rechts erarbeitet werden kann." (Vgl. das Protokoll der Staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958, S.41).

231) vgl. Büchner-Uhder und Poppe, a.a.O., S.223.

232) vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Januar 1963, S.28.

sozialistischen Gemeinschaft freier, ihrer Persönlichkeitswerte bewußter, gleichberechtigter, aufrecht das Leben meisternder Menschen ... Die sozialistische Staatsmacht fördert die Vermittlung und Aneignung eines wissenschaftlich materialistischen Weltbildes. Sie wahrt den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche. Sie gewährleistet die Religionsausübung im Rahmen der Kirchen und Religionsgemeinschaften."²³³⁾

Die mit Glaubens- und Gewissensfreiheit gemeinte Mitwirkung kann sich hiernach nur auf das beziehen, was den sozialistischen Menschen formt. Diese Mitwirkung muß der Ausdruck dafür sein, wie sich das in der sozialistischen Gesellschaftsordnung entfaltende und umerzogene Glied der Gemeinschaft selbst verwirklicht.

b) Die Forderung der Partei

Allgemeine Merkmale der Entfaltung auf der höheren Stufe innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus sind in dem Beschluß des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei²³⁴⁾ herausgestellt worden²³⁵⁾. Die Partei verlangt darin²³⁶⁾, daß im Arbeiter-und-Bauern-Staat die Richtschnur allen Handelns nur das theoretische Fundament des sozialistischen Aufbaues, nämlich der dialektische Materialismus, die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, sein kann. Diese

233) a.a.O., S.26.

234) vgl. SBZ-Archiv 1958 (Heft 16), S.246ff.

235) Über die Hauptaspekte der Formung des "neuen Menschen" des Kommunismus und seine Charakterzüge nach den Vorstellungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vgl. den Bericht von Bartsch, Der "neue Mensch" des Kommunismus, in: Beilage B 24/63 zu "Das Parlament" vom 12. Juni 1963, S.3ff und 8ff.

236) vgl. Abschnitt V des Beschlusses des V. Parteitages, a.a.O., S.259.

herrschende Weltanschauung durchdringe alle Bereiche des geistigen Lebens. Das führt, wie es in dem Parteibeschluss²³⁷⁾ heißt, zur Herausbildung einer neuen Moral, einer neuen Ethik und zum Entstehen neuer Regeln des menschlichen Zusammenlebens in der neuen Gesellschaft: Die zur Macht gekommene revolutionäre Arbeiterklasse leitet mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus "die eigentliche sittliche Epoche der Menschheit" ein und erhebt ihre in der Aufhebung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gegründete humane Gesinnung zur gesellschaftlichen Moral²³⁸⁾.

c) Sozialistisches Bewußtsein, sozialistische Moral

Der neue Mensch des sozialistischen Staates hat bei der Entwicklung seines sozialistischen Bewußtseins vor allem die von den Interessen des proletarischen Klassenkampfes abgeleitete Bewußtseinsform der sozialistischen Moral²³⁹⁾ zu entfalten. Die Mitwirkung an der Verwirklichung des Staatszieles und die Verwirklichung der eigenen Befreiung können daher nur zusammengedacht werden mit dem zugleich (sozialistisch) sittlichen und ethisch begründeten Handeln nach der Maxime: "Sittlich

237) a.a.O.

238) Den vom V. Parteitag niedergelegten Grundsätzen der sozialistischen Moral mißt das auf dem VI. Parteitag angenommene Programm ausdrücklich große Bedeutung bei für die bisherige Entwicklung und wiederholt sie als das Leitbild des sozialistischen Menschen. Vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Januar 1963, S.12 und S.28

239) Große Sowjetenzyklopädie, Recht, Rechtsbewußtsein, Moral, S.32; Lenin, Die Aufgaben der Jugendverbände, AW II, S.797.

ist, was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft und dem Zusammenschluß aller Werktätigen um das Proletariat dient, das die neue Gesellschaft aufbaut."²⁴⁰⁾ Solch Handeln, das den einzelnen und die Gesellschaft emporhebt, besteht in der festen solidarischen Disziplin des gemeinsamen und bewußten Kampfes der proletarischen Massen gegen die Ausbeuter²⁴¹⁾.

Damit ist also der Ausgangspunkt und die Richtung staatsbürgerlichen und der Gesellschaft gegenüber verantwortlichen Verhaltens, das auch mit dem Mitwirkungsrecht und der Mitwirkungspflicht des Art.41 gemeint ist, gegeben: Die Sittlichkeit des neuen sozialistischen Menschen ist den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet²⁴²⁾ und nicht aus einem übernatürlichen klassenlosen Begriff, aus Gottes Geboten oder "idealistischen Phrasen" abzuleiten²⁴³⁾. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit steht somit selbstverständlich unter dem Pathos der sozialistischen Ethik von der diesseitigen Entfaltung und Selbstbefreiung des Menschen in der Verflechtung von Gesellschaftsordnung und Weltanschauung.

240) Lenin, a.a.O., S.799.

241) Lenin, a.a.O., S.800.

Die Formung des neuen Menschen zielt letztlich dahin, einen Menschentyp hervorzubringen, der kommunistisch denkt, kommunistisch arbeitet und kommunistisch lebt, damit System und Mensch eine Einheit des Totalitären bilden und der Kommunismus von einer Staatsform zur Lebensform wird (vgl. hierüber Bartsch, a.a.O., S.10 und 12).

242) Lenin, a.a.O., S.798.

243) Lenin, a.a.O., S.797 und Lenin, Brief an Gorki, in Lenin, Über die Religion, S.49, 50: "Die Gottesidee" festigt den dumpfen Zustand der Unterdrückung und kann die Persönlichkeit nicht mit der Gesellschaft verbinden.

2. Glaubens- und Gewissensfreiheit als Befreiung des Menschen

a) Grundrecht

In den Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei (Gothaer Programm) hat Marx die Partei kritisiert, weil sie nur die Forderung bürgerlicher Parteien nach Gewissensfreiheit wiederholte, nicht aber mit Bestimmtheit zeigte, "daß die bürgerliche 'Gewissensfreiheit' nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt"²⁴⁴⁾. Es muß der Pflichteninhalt des mit dem Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit gesetzten Mitwirkungsstatus von der klassischen Stellungnahme des Marxismus-Leninismus zur Religion bestimmt sein.

aa) Die Beurteilung der Religion durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus

Religion, Gott - das sind nach der Lehre des Marxismus-Leninismus Reflexe des Menschen selbst²⁴⁵⁾, es ist die Widerspiegelung gesellschaftlicher Mächte²⁴⁶⁾.

244) Marx/Engels, Über Religion, S.116.

245) Die Marxsche Religionskritik wird von den späteren Marxisten weder übertroffen noch weitergebildet. Die Religion bleibt ihnen ein Produkt der leidenden Menschheit selbst, die in der imaginären Welt der Religion Trost zu suchen genötigt ist. (Vgl. Fetscher, Der Marxismus, Seine Geschichte in Dokumenten, Bd.I, S.43.)

246) vgl. Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Marx/Engels, Über Religion, S.30; Marx, Das Kapital, Erster Band, Auszug in: Marx/Engels, Über Religion, S.108; Marx/Engels, Die

Die Aufdeckung der Scheinnotwendigkeit ihrer Herrschaft ist die Voraussetzung für die Befreiung des Menschen. Darum ist in die kommunistische Forderung, mit den überlieferten Ideen zu brechen²⁴⁷⁾, Marx' religionsverneinender kategorischer Imperativ mit eingeschlossen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der "Mensch - das höchste Wesen für den Menschen" - erniedrigt und geknechtet ist^{248,249)}. Damit der Mensch zu sich selbst komme und seine Wirklichkeit gestalte, ist die Religion als "verkehrtes Weltbewußtsein", "Phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens", "Opium des Volkes" und "illusorisches Glück" aufzuheben²⁵⁰⁾. Denn die Religion ist das moralische Mittel, mit dem die Bourgeoisie die produzierenden Volksmassen unter der Fremdherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise (Gott) hält^{251,252)}. Einsicht in diesen ursächlichen Zusammen-

deutsche Ideologie, a.a.O., S.58ff; Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), a.a.O., S.113ff; Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, a.a.O., S.182, 211; Lenin, Brief an Gorki, in: Lenin, Über die Religion, S.49.

247) Marx/Engels, Das Kommunistische Manifest, AS I, S.42.

248) Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, a.a.O., S.38.

249) Marx wirft in seinem Zeitungsartikel "Der Kommunismus des 'Rheinischen Beobachters'" dem Christentum vor, die Sklaverei, die Leibeigenschaft und die Unterdrückung des Proletariats zu rechtfertigen, die Notwendigkeit von antagonistischen Klassen zu predigen und als Sündenstrafe oder Prüfung des Menschen alle Niederträchtigkeiten der Unterdrückung gegen die Unterdrückten zu erklären. (Vgl. Marx/Engels, Über Religion, S.65.)

250) Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, a.a.O., S.30, 31.

251) Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S.120 und Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Einleitung zur englischen Ausgabe, in: Marx/Engels, Über Religion, S.244/245, 252.

252) vgl. Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S.118/119: "Alle Religion (ist) nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr Dasein beherrschen ..., die irdischen Mächte nehmen die Form von überirdischen

hang der Fremdherrschaft, bloße Erkenntnis, genügt nach Engels²⁵³⁾ nicht, "um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche Tat. Und wenn diese Tat vollzogen, wenn die Gesellschaft durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesamten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie ... gehalten werden durch diese von ihnen selbst produzierten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Widerspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr widerzuspiegeln gibt." So gehört zu dem Kampf für eine bessere, zum menschlichen hin veränderte Welt der Kampf gegen die Religion:

"Der Kampf gegen die Religion ist ... mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist." 254)

"Die (irreligiöse) Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine Wirklichkeit gestalte, wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Es ist also die Aufgabe der Geschichte, nachdem das Jenseins der Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren." 255)

an ... Zuerst sind es die Mächte der Natur, die Personifikationen durchmachen ... Bald treten neben den Naturmächten auch gesellschaftliche Mächte in Wirksamkeit ... Die Phantasiegestalten werden Repräsentanten geschichtlicher ... gesellschaftlicher Mächte". Die Fremdherrschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist "die tatsächliche Grundlage der religiösen Reflexaktion ... mit ihr dauert der religiöse Reflex selbst fort".

253) Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S.120.

254) Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, a.a.O., S.30.

255) Marx, a.a.O., S.31.

bb) Die Religion und der sozialistische Mensch

Die Stellung des Marxismus-Leninismus zur Religion bestimmt auch das Ethos des neuen sozialistischen Menschen. Er handelt sittlich, wenn er gegen die Ausbeutung kämpft und sich der Gemeinschaft anschließt, die die klassenlose Gesellschaft erstrebt. Als Bürger eines sozialistischen Staates kann er nicht als "Leibeigener des Sündenbewußtseins"²⁵⁶⁾ in religiösen Bindungen oder beim christlichen Glauben verharren, welche zur Ausbeutung im Verhältnis der gegenseitigen Bedingung stehen. Das sozialistische Bewußtsein kann neben den Lehren und Dogmen des dialektischen Materialismus keinen Raum lassen für die persönlich gestellte Wahrheitsfrage nach dem Verhältnis des Menschen zur Gottheit, für den Glauben als die allgemeine Aussage darüber²⁵⁷⁾. Die Beurteilung der eigenen Handlung auf gut oder böse durch das Selbstgespräch des Menschen im Hören auf Gottes Wort²⁵⁸⁾ ist für das an der Orthodoxie der Klassiker zu orientierende sozialistische Bewußtsein nicht möglich. Ausschließlich die Ideologie des Marxismus-Leninismus ist dem neuen Menschen Glaubensgewißheit, Grundlage seines Denkens.

Als Recht und Pflicht des neuen sozialistischen Menschen, der in sozialistisch-sittlicher Verantwortung zum Fortschritt der Gesellschaft mithilft, bedeutet darum Glaubens- und Gewissensfreiheit die aktive Mitwirkung an der Befreiung von Religion und Glauben.

256) vgl. Fetscher, Der Marxismus, Seine Geschichte in Dokumenten, Bd.I, S.391.

257) Wibbing, in: Weltkirchenlexikon, S.490; Jacobs, in: Evangelisches Kirchenlexikon, Bd.I, Sp.1595.

258) siehe Gollwitzer, in: Evangelisches Soziallexikon, S.445f zum Gewissen nach evangelischem Verständnis.

cc) Grundzüge der Mitwirkung an der Befreiung

Die Mitwirkung des Bürgers am Staatsziel ist einmal ein intellektueller Beitrag. Er besteht in der Erarbeitung und Annahme der Erkenntnisse der Lehren des dialektischen und historischen Materialismus über die Zusammenhänge in der Natur, in der Geschichte und in der Gesellschaft²⁵⁹⁾. Es ist die Mitwirkung an der den "religiösen Spuk" beseitigenden Aufklärung²⁶⁰⁾. Dazu kommt die materielle Mitwirkung, das irdisch erreichbare Ziel der Gesellschaft und die jedem einzelnen im Sozialismus gegebene "Perspektive" im eigenen Bewußtsein an die Stelle des wissend verworfenen Opiats zu setzen. Es ist die Verpflichtung, die Befreiung vom "Aroma" Religion nun durch die Konzentration auf das künftig real erreichbare, also durch die Teilnahme an der "revolutionären Tat", auch zur wirklich empfundenen Befreiung werden zu lassen²⁶¹⁾. Recht und Pflicht zu diesem Beitrag zur historisch notwendigen Entwicklung sind mit dem sozialistischen Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit gemeint.

259) Meinecke, Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, S.112ff (117-119); Novak, Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, S.70.

260) vgl. Gollwitzer, Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube, Marxismusstudien, IV.Folge, S.1ff (28).

261) "Wer sich zum marxistischen Atheismus bekehrt, der hat sich ganz zum Marxismus bekehrt, der verhält sich zum Marxismus als zu etwas, wozu man sich bekehren kann. Wie die Entscheidung hier ausfällt, das wird sich aufs Ganze auswirken ... aufs Ganze der Persönlichkeit" (Gollwitzer, a.a.O., S.4).

b) Kirchenpolitischer Leitsatz

aa) Der Zusammenhang von sozialistischem Grundrecht und sozialistischer Kirchenpolitik

Ist die Entfaltung und Befreiung des einzelnen durch seine intellektuelle und materielle Mitwirkung an der Aufklärung des Wesen des status activus der Glaubens- und Gewissensfreiheit, und hat die Staatsgewalt nach ihrem Selbstverständnis den Verlauf der Entwicklung so zu steuern, daß dem einzelnen diese Entfaltung und Befreiung ermöglicht wird, so ist im Verhältnis zwischen dem einzelnen und dem Staat eine dem sozialistischen Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit entsprechende Kirchenpolitik des Staates der staatliche Beitrag zur Entfaltung dieses sozialistischen Grundrechts und zu dieser konkreten Verwirklichung des objektiven Entwicklungsgesetzes. Der einzelne wirkt mit, aber die Bedingungen dafür hat die Staatsgewalt zu setzen. Von ihrer (durch die Partei gesteuerten) Leitungstätigkeit ist die Befreiung des einzelnen mit abhängig. Ein Zusammenhang besteht auch noch in anderer Hinsicht: Weil die Sorge um den Menschen und das irdische Paradies das Vorantreiben der gesetzmäßigen historischen Entwicklung zur Staatsangelegenheit macht, ist der Stand des Entfaltungs- und Umbildungsprozesses des einzelnen zu dem neuen sozialistischen Menschen, der Grad seiner erlangten Bewußtheit, der Maßstab für die durch staatliche Maßnahmen zu vollziehende Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung und somit für die Auswahl der Maßnahmen selbst. Der Verfassungssatz "Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" drückt also kirchenpolitisch ein Programm aus, das immer jeweils dem Grad der Entfaltung des status activus der Staatsbürger und den sich daraus

jeweils ergebenden Erfordernissen für die Entwicklung ihres sozialistischen Bewußtseins entspricht. So ist die Kirchenpolitik eng verflochten mit der "kulturell-erzieherischen Tätigkeit des volksdemokratischen Staates". Die jeweiligen kirchenpolitisch wirkenden und erforderlichen Maßnahmen der Staatsgewalt ergeben sich aus der Deutung der gesellschaftlichen Entwicklungsphase durch die Partei.

bb) "Religion ist Privatsache"

In dem Beschluß des V. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei heißt es:²⁶²⁾

"Im Arbeiter-und-Bauern-Staat kann nur der dialektische Materialismus die herrschende Weltanschauung sein, die alle Bereiche des geistigen Lebens ... durchdringt. Die Verbreitung religiöser Lehren ist nicht Sache des Staates und seiner Einrichtungen. Die Ausübung religiöser Kulte und das Studium der damit verbundenen Lehren ist eine private Angelegenheit kirchlich gebundener Menschen, die sich ausschließlich im Rahmen der Kirche vollzieht. Einen großen Beitrag zur sozialistischen Erziehung leisten die in der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse tätigen Angehörigen der Intelligenz. Die oberste Aufgabe der Gesellschaft ist die Verbreitung des dialektischen Materialismus ... unter allen Schichten der Bevölkerung."

Die Kirche kann sich also im privaten Raum betätigen. Das gesamte geistige Leben im Staate dagegen hat die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei zu durchdringen. Die Verbreitung dieser Weltanschauung ist oberste Aufgabe in der Gesellschaft²⁶³⁾. Insofern be-

262) vgl. SBZ-Archiv 1958 (Heft 16), S.259.

263) Das unterstreicht das Parteiprogramm im fünften Abschnitt des zweiten Teils. (Vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Januar 1963, S.28 und 29).

deutet der kirchenpolitische Grundsatz in Art. 41 Abs.1: Religion ist Privatsache. Dies ist eine alte Forderung der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Lenin verlangt im Jahre 1905, "daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei ... Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein"²⁶⁴). Zugleich aber ist die Religion keine Privatsache für die Partei des Proletariats, die für die Befreiung und gegen jede religiöse Verdummung kämpft²⁶⁵). Ihre Weltanschauung, der dialektische Materialismus, ist unbedingt atheistisch und jeder Religion entschieden und schonungslos feind²⁶⁶); sie muß die Religion bekämpfen²⁶⁷).

Nachdem die Partei bereits die Diktatur des Proletariats ausübt, Partei und Staatsmacht identisch sind, gilt dennoch für die Sowjetische Besatzungszone: Die Religion ist dem Staat gegenüber Privatsache. Der Parteibeschuß bestätigt es. Entscheidend ist jedoch, daß zugleich die Verbreitung der atheistischen Weltanschauung als besondere gesellschaftliche Leistung bezeichnet wird. Im gleichen Abschnitt des Beschlusses wird die Aufgabenstellung für die kulturell-erzieherische Tätigkeit der Staatsorgane umschrieben²⁶⁸): Es soll die Bildung des sozialistischen Bewußtseins und die Verwirklichung sozialistischer Lebensgrundsätze bei der Bevölkerung bewirkt werden. Dabei soll die dialektische Entwicklung im Bewußtsein der Menschen selbst sorgfältig be-

264) Lenin, Sozialismus und Religion, Über die Religion, S.6ff (7).

265) Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, Über die Religion, S.19ff (22) unter Bezugnahme auf Engels' Äußerung in der Einleitung zu Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, AS I, S.446ff (452).

266) Lenin, a.a.O., S.19, 22.

267) Lenin, a.a.O., S.23.

268) vgl. SBZ-Archiv 1958 (Heft 16), S.259.

achtet werden²⁶⁹⁾. Der Satz "Religion ist Privatsache" muß also ergänzt werden. Die kirchliche Bindung oder die Religiosität der Staatsbürger ist dem Staat gegenüber Privatsache, die atheistische Weltanschauung des dialektischen Materialismus aber wird von allen Gliedern der sich zum Sozialismus entwickelnden Gesellschaft verlangt. Daher muß es heißen: Religion ist Privatsache, der Atheismus aber nicht²⁷⁰⁾. Das bedeutet: In der Sowjetischen Besatzungszone ist eine ideologische Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche das mit "Glaubens- und Gewissensfreiheit" deklarierte kirchenpolitische Programm der Staatsgewalt.

cc) Toleranz und Strategie

Während unter dem Gesichtspunkt des Vollzuges der Entwicklung zum Sozialismus Kirchen und Religionsgemeinschaften als Hemmnis dieser Entwicklung keinen Platz im volksdemokratischen Staate haben können, mag im Hinblick auf die Bewußtseinsbildung des einzelnen der Staatsgewalt Toleranz selbstverständlich sein, damit der Staatsbürger sich leichter im Sinne der sozialistischen Mit-

269) In dem vom VI. Parteitag angenommenen Programm heißt es, die Sozialistische Einheitspartei "propagiert allseitig die Ideen des philosophischen Materialismus und verbreitet die wissenschaftlich begründete atheistische Weltanschauung bei voller Achtung der religiösen Gefühle gläubiger Menschen" (vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Januar 1963, S.29). Vorher (a.a.O., S.28 ist gesagt, zur weiteren Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins werde durch offene Kritik der Kampf gegen "Aberglauben" verstärkt werden.

270) vgl. Der Atheismus als Frage an die Kirche, Handreichung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, S.13.

wirkungsnorm der Glaubens- und Gewissensfreiheit zum aufgeklärten und befreiten Menschen zu entfalten vermag.

Lenin hat die Warnung von Engels, die Arbeiterpartei dürfe der Religion nicht einfach den Krieg erklären²⁷¹⁾, zur verbindlichen Maxime proletarischer Kirchenpolitik erhoben²⁷²⁾. Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse werde die Religion als Überbauerscheinung überholter Epochen absterben. Das werde nur erschwert, wenn die Arbeiterklasse in Überbietung des bismarck-schen Kulturkampfes den Atheismus zum zwangsmäßigen Glaubensartikel erkläre und damit das Interesse an der Religion belebe. Für Lenin ist es daher konsequent, die atheistische Propaganda der Entfaltung des Klassenkampfes unterzuordnen und so der Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung vor der "religiösen Frage" den Vorrang zu geben²⁷³⁾. Denn der einheitliche Einsatz der Massen für das Paradies auf Erden ist wichtiger als die Meinungen über das Paradies im Himmel²⁷⁴⁾. Weil alle die neue Entwicklung mittragen sollen²⁷⁵⁾, darf das "religiöse Gefühl" nicht verletzt werden, darum ist mit Aufklärungsmaßnahmen und Propaganda behutsam zu arbeiten²⁷⁶⁾; die Gesamtsituation ist zu berücksichtigen und die bewegliche "Grenze zwischen Anarchismus und Opportunismus" zu finden²⁷⁷⁾.

271) vgl. Engels im Artikel II der Fluchtliniensliteratur, Marx/Engels, Über Religion, S.115 und im Anti-Dühring, ebenda, S.120.

272) Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, Über die Religion, S.19ff (20).

273) Lenin, a.a.O., S.23, 24.

274) Lenin, Sozialismus und Religion, Über die Religion, S.10,11 und Rede auf dem ersten gesamtrossischen Arbeiterinnenkongress, ebenda, S.53.

275) Die Mitarbeit an den ökonomischen Grundlagen des Fortschritts, die Einstellung zur Arbeit stellt das Programm der Sozialistischen Einheitspartei für die Bewußtseinsbildung vor die "Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" (vgl. Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" vom 25. Januar 1963, S.26).

276) Lenin, a.a.O., S.53.

277) Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, Über Religion, S.19ff (26).

Es zeigt sich, daß der marxistisch-leninistische Staat unter Glaubens- und Gewissensfreiheit gegenüber der Kirche nur ein Arrangement auf Abruf verstehen kann. Die mit der Form der ideologischen Auseinandersetzung gegebene Toleranz ist nur taktische Konsequenz aus der von den Entwicklungsgesetzmäßigkeiten vorgeschriebenen Strategie.

c) Die Verbindung von Ideologie und Norm

Für diese ideologische Auseinandersetzung ist festzuhalten, daß sie im "einheitlichen Herrschaftssystem der Diktatur des Proletariats" nicht nur durch eine immer enger gezogene Verflechtung von Weltanschauung und Gesellschaftsordnung²⁷⁸⁾ geführt wird, sondern auch in der mit diesem Entwicklungsprozeß parallel laufenden Verknüpfung von Ideologie und Rechtsnorm der Staatsgewalt den taktischen Vorsprung sichert: Der Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit wird in eine dem Marxismus-Leninismus entsprechende Norm, nämlich das Gebot, an der Aufklärung mitzuwirken, interpretiert. Dabei stützt sich die Interpretation auf das im Parteiprogramm aufgestellte Leitbild der sozialistischen Moral, das von der Parteidoktrin postulierte sozialistische Bewußtsein und auf die Fiktion, daß Staatsgewalt und Bürger, einzelner und Gesellschaft, eins sind in dem Willen, die Entwicklung zum Sozialismus zu vollziehen²⁷⁹⁾.

278) vgl. Mampel, Die SED im materiellen Verfassungsrecht der SBZ, Recht in Ost und West 1963, S.49ff (51).

279) Polak, Über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege in der DDR, Staat und Recht 1961, S.607ff (653 und 655).

Die bewußte Durchsetzung des dialektischen Entwicklungsprozesses der Gesellschaft²⁸⁰⁾ bestimmt auch durch Art.41 Abs.1 der Verfassung das Verhältnis von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

280) Polak, a.a.O., S.627.

ZUSAMMENFASSUNG DES ERSTEN TEILES

Die Grundsituation im Verhältnis zwischen der Staatsgewalt und der Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone ist das Sich-Gegenüberstehen eines weltanschaulich bestimmten, totalitären und kämpferisch-atheistischen Machtapparates und der Gemeinde der Gläubigen in dem von Staats wegen betriebenen totalen gesellschaftlichen und politischen Umwälzungsprozeß, der den Menschen in seiner gesamten Existenz berührt. In diesem Prozeß steht dem faktischen Anerkenntnis dieser "Entwicklung zum Sozialismus" durch die Kirche die staatliche Erklärung gegenüber: "Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit; die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik".

Diese Sätze bedeuten während der Entwicklung zum Sozialismus die Erklärung der für den gesamten Entwicklungsprozeß notwendigen und diesem selbstverständlich immanenten ideologischen Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten und den Bürgern, die diese Weltanschauung nicht teilen, die Kampfansage der proletarischen Macht an die Kirche.

Die Staatsgewalt treibt diese Auseinandersetzung unter Einsatz ihres Machtapparates voran und behauptet das den Entwicklungsprozeß fördernde Verhalten der Bürger als moralische und juristische Norm. Die Sozialistische Einheitspartei bestimmt den Inhalt dieser Normen je nach den zur Erreichung des Staatszieles günstig erscheinenden Erfordernissen. Die Erklärung der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist in den Gesamtprozeß eingeordnet; die Bedeutung des Art.41 Abs.1 der Verfassung ist von der Dialektik des Entwicklungsprozesses selbst abhängig. Ziel und Weg der Entwicklung zum Sozialismus und der dafür notwendigen Auseinandersetzungen bleiben jedoch für

den Machtapparat unverrückbares Absolutum, auf welches hin sich die Existenz des Menschen total auszurichten hat.

Glaubens- und Gewissensfreiheit bezeichnet für den einzelnen Staatsbürger den Prozeß der Einordnung in eine nach den von der marxistisch-leninistischen Partei aufgestellten Maximen lebenden Massen-Gesellschaft, den Prozeß der Überzeugung und Selbstüberzeugung des Einzelnen vom Marxismus-Leninismus.

Glaubens- und Gewissensfreiheit bezeichnet für das Staatsganze den Prozeß der Überwindung aller nicht marxistisch-leninistischen Institutionen und den Prozeß der Befreiung der Gesellschaft von anderen Ansprüchen als denen des Marxismus-Leninismus, den Prozeß der Verdrängung der Kirche aus der Öffentlichkeit.

Z w e i t e r T e i l

Das Verhältnis zwischen der Arbeiter-und-Bauern-Macht
und der Evangelischen Kirche in der Sowjetischen Be-
satzungszone Deutschlands

I. Die staatskirchenrechtliche Entwicklung in Deutschland in marxistisch-leninistischer Sicht

Das Kennzeichen des Verhältnisses zwischen Staatsgewalt und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone ist die Bemühung der Staatsgewalt, sich eine überlegene Position zu sichern. Es geht um die Ausgangslage im ideologischen Auseinandersetzungsprozeß zwischen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und der Kirche. Das ergibt sich, wie im ersten Teil dieser Arbeit aufzuzeigen versucht wurde, aus dem marxistisch-leninistischen Verständnis der Glaubens- und Gewissensfreiheit: Sie wird als Recht und Pflicht des einzelnen Bürgers zu intellektueller und materieller Mitwirkung an dem für die naturgesetzlich notwendige Entwicklung erforderlichen Aufklärungsprozeß begriffen. Deshalb ist die Glaubens- und Gewissensfreiheit zugleich auch als kirchenpolitisches Programm der ideologischen Auseinandersetzung zwischen dem den gesellschaftlichen Fortschritt durchsetzenden staatlichen Machtapparat und der christlichen Gemeinde die Grundnorm für die Beziehungen zwischen Staatsgewalt und Kirche. Denn die staatliche Kirchenpolitik soll die Mitwirkung des einzelnen ermöglichen. Sie muß also den Stoff des ideologischen Prozesses angeben und jederzeit neu bestimmen können. Den Ansatz dafür, in diesem Sinne alle staatlichen Normen und Akte, die das Verhältnis zwischen der sozialistischen Staatsgewalt und der Kirche betreffen, zu verstehen, gibt die marxistisch-leninistische Betrachtungs- und Deutungsweise der geschichtlichen Wande-

lungen des Verhältnisses von Staat und Kirche²⁸¹⁾.

Eine marxistisch-leninistische Analyse der bisherigen Entwicklung gibt Ulrich Krüger mit einem dem Leipziger Kirchenrechtler Erwin Jacobi überreichten Beitrag²⁸²⁾. Krüger geht davon aus, "daß Staat wie Kirchen (Religionsgemeinschaften) Zusammenschlüsse von Menschen, Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, soziale Phänomene sind"²⁸³⁾, daß Staat und Religionsgemeinschaften auf bestimmten Entwicklungsstufen der Gesellschaft entstanden, auch nicht von ewiger Dauer sind, daß sie "sich im Laufe der Zeit entwickelt, verändert" haben und wieder aus der Gesellschaft verschwinden werden, weil "die Gesellschaft einst ohne sie auskommen wird". Darum, so stellt Krüger fest, kann ein exaktes Bild vom mehr oder weniger unterschiedlichen Verhältnis zwischen Staat und Kirchen auf den verschiedenen Etappen der geschichtlichen Entwicklung, in denen diese Beziehungen unter der schillernden und abstrakten "Zauberformel der Theorie" von der "Trennung von Staat und Kirche" stand, nur gewonnen werden, wenn man "von den in der Gesellschaft wirkenden Kräften und Gesetzmäßigkeiten, von der Gesellschaftswissenschaft, also vom Marxismus-Leninismus", ausgeht²⁸⁴⁾.

281) Einen Überblick über die Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche in Deutschland geben Scheuner, Artikel "Kirche und Staat", in: RGG Bd. III, Sp. 1327ff, Abschnitt 2 (Sp. 1328-1331); Reicke, Artikel "Staat und Kirche", in: Evangelisches Kirchenlexikon, Bd. III, Sp. 1113ff, Abschnitt B und C (Sp. 1114ff und 1117ff); Rahner und Conrad, Artikel "Kirche und Staat", in: Staatslexikon, IV. Bd., Sp. 991ff, Abschnitt II (Sp. 992-1005). Vgl. auch die Zusammenfassungen von Grundmann, Das Verhältnis von Kirche und Staat im zweigeteilten Deutschland, bei Heckel, Kirche und Staat, S. 31ff und von Smend, Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, in: ZevKir 1 (1951), S. 4ff; ferner Schrey, Die Generation der Entscheidung, S. 11ff.

282) U. Krüger, Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in Deutschland, in: Festschrift für Erwin Jacobi, S. 260ff.

283) So auch Meinecke, Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung, S. 11ff.

Krüger schreibt dann²⁸⁵⁾: "Die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche entstammt ursprünglich dem Liberalismus, also der Gedankenwelt der jungen Bourgeoisie. Gleichgültig nun, in wessen Kopf die Idee, Staat und Kirche zu trennen, zuerst aufblitzte, gleichgültig auch, wie diese Forderung motiviert wurde und was ihre Verfechter subjektiv und individuell mit ihr erreichen wollten - damals, als die Bourgeoisie noch vor der Lösung ihrer historischen Aufgabe stand, die überlebte Gesellschafts- und Staatsordnung des Feudalismus zu beseitigen und die heute zwar ebenfalls überlebte, aber damals noch einen Fortschritt der Gesellschaft bedeutende kapitalistische Produktionsweise durchzusetzen, begünstigte die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche die Entwicklung des Kapitalismus und die Eroberung der politischen Macht durch die Bourgeoisie". Diese Trennungsforderung war in marxistisch-leninistischer Sicht in mehrfachem Hinblick eine fortschrittliche Tat. So betont Krüger zunächst einmal den - auch die revolutionärem Denken wichtigen Folgen mitumgreifenden - allgemeinen Gesichtspunkte, daß "dort, wo die bürgerlich-demokratische Revolution die Trennung durchführte ..., damit den restaurativen Kräften der Feudalität der Weg über die Kirche zur konterrevolutionären Einflußnahme auf die Staatsleitung abgeschnitten" war^{286, 287)}.

284) Krüger, a.a.O., S.260/61.

285) a.a.O., S.261.

286) a.a.O., S.262.

287) Lenin schrieb im Jahre 1909: "Verteidigung der feudalen Privilegien der Kirche, offenes Eintreten für die mittelalterlichen Zustände - das ist das Wesen der von der Mehrheit der Geistlichen in der III. Duma betriebenen Politik." Lenin nannte die Geistlichkeit "Verfechter der Fronherrschaft im Priestergewande". (Lenin, Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche, in: Über die Religion, S.33ff, S.35 und 36.)

Außerdem trug die Trennungsforderung auch den objektiv historischen Gegebenheiten und Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Zeit Rechnung und entsprach der Notwendigkeit des Augenblickes, wenn sie sich "objektiv auch gegen solche konfessionell eingekleideten Hindernisse der ökonomischen und politischen Machtentfaltung der Bourgeoisie" richtete, wie Krüger die Trennungsforderung in der "die Verflechtung von Staat und Kirche in der feudalen Gesellschaftsordnung" beweisenden Abhängigkeit politischer Rechte von der Konfessionszugehörigkeit sieht²⁸⁸⁾. Schließlich sollte durch die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat die für den Fortschritt hemmende Einengung geistigen Schaffens durch "religiöse Dogmen" überwunden und die freie Konkurrenz auf dem Gebiet des Wissens garantiert werden²⁸⁹⁾.

Krüger hebt sodann hervor, daß die Bourgeoisie sogar auch schon den Weg der ideologischen Auseinandersetzung mit den Religionen betreten habe, jedoch die Religion nicht habe überwinden können und die Macht des Klerus nicht habe "in sich zusammenfallen lassen" können, weil zur wirklichen Verdrängung der zwar in ihrer wissenschaftlichen Unhaltbarkeit bereits aufgedeckten religiösen Anschauung aus den Köpfen der Menschen denn doch noch nicht die sozialökonomischen, politischen und bildungsmäßigen Voraussetzungen vorgelegen hätten. "Es war die Bourgeoisie am völligen und ersatzlosen Fortfall der religiösen Anschauungen und der entsprechenden Organisationen auch gar nicht interessiert, weil sie diese - nach gewisser Umformung - zur Zementierung ihrer eigenen Herrschaft brauchte. Die Bourgeoisie hat in ihren führenden Kreisen nie die Überzeugung

288) Krüger, a.a.O.

289) a.a.O., S.263.

verloren, daß die Religion aus Gründen der Staatsräson für die Masse der Bevölkerung notwendig sei. Die Religion galt ihr seit ihrer Machterlangung als Stütze ihrer eigenen, der bürgerlichen Ordnung; die Kirchen (Religionsgemeinschaften) wurden in den ausgebreiteten Mechanismus der bürgerlichen Klassenherrschaft ... eingeordnet."²⁹⁰⁾

Zu den verschiedenen Formen der Einfügung der Kirchen in den bürgerlichen Herrschaftsmechanismus gibt Krüger an, die Skala reiche "von enger, auch juristisch fixierter Verbindung von Staat und Kirche bis zur völligen organisatorischen, finanziellen und juristischen Trennung. Auch im letzteren Falle existieren die tausend Fäden zwischen herrschender Oberschicht und Kirche, nur laufen die Fäden nicht über den Staatsapparat."²⁹¹⁾

Krüger meint, daß das Klasseninteresse der Bourgeoisie den beschränkten, bürgerlichen Begriff von der Trennung von Staat und Kirche begründet, der "die Herauslösung der Kirchen aus dem System, dem Mechanismus der Klassenherrschaft der Bourgeoisie überhaupt" nicht bedeute"²⁹²⁾.

290) a.a.O., S.263/264. Marx nannte die Kirche die Zwillingschwester der Oligarchie (vgl. den Zeitungsartikel in: Über Religion, S.102). Engels sah in der calvinischen Reformation "das ideologische Kostüm zum zweiten Akt der bürgerlichen Revolution, der in England vor sich ging. Hier bewährte sich der Calvinismus als die echte religiöse Verkleidung der Interessen des damaligen Bürgertums ..." In Frankreich war für Engels nach der Revolution des Bürgertums das Christentum "mehr und mehr Alleinbesitz der herrschenden Klassen (geworden), und diese wenden es an als bloßes Regierungsmittel, womit die unteren Klassen in Schranken gehalten werden" (siehe Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: Über Religion, S.171ff, S.213). Zu dieser Sicht einer Verbindung von emporstrebenden oder herrschenden Schichten mit bestimmten Bekenntnissen vgl. auch die Einleitung zur englischen Ausgabe von Engels' Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Über Religion, S.231ff (241ff)!

291) Krüger, a.a.O., S.265.

292) a.a.O., S.265/266. Vgl. hierzu aber auch über "das Ende des konstantinischen Zeitalters" Jacob, Der

Als Beispiele führt er das bis zum Jahre 1918 verbliebene landesherrliche Kirchenregiment, die monarchische Kirchenverwaltung und die Anerkennung der Kirchen als staatlichen Zwecken dienende Körperschaften öffentlichen Rechts an²⁹³⁾.

"Der Einbau der Kirchen in den Herrschaftsmechanismus der Bourgeoisie bewirkte, daß die Arbeiterklasse die Trennungsforderung aufgriff. Mit der neuen sozialen Kraft, die jetzt die Trennung forderte, änderte sich diese Forderung in ihrem Klassencharakter und Inhalt. Für die Arbeiterklasse ging und geht es darum, den Zusammenhang zwischen den Ausbeuterklassen und den Kirchen als Organisationen der religiösen Propaganda zu zerstören. Das ist der Inhalt ihrer Trennungsforderung."²⁹⁴⁾

Damit ist nun deutlich: Die marxistisch-leninistische Lehre begreift das Verhältnis zwischen Staat und Kirche als Teilfrage des Klassenkampfes jeder Epoche, durch den endlich eine Trennung von Staat und Kirche erreicht werden soll, die es der einmal herrschenden Arbeiterklasse schließlich ermöglicht, die Kirche von Staats wegen zu bekämpfen und - in Erfüllung eines als Naturnotwendigkeit gegebenen Gesetzes - aus der Gesellschaft zu verdrängen, letztlich ganz zu vernichten. Somit ist die Trennung von Staat und Kirche eine Hauptvoraussetzung für die kirchenpolitisch mit dem Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit konzipierte ideologische Auseinandersetzung zwischen der proletarischen Macht und der Kirche. Einzelne Aspekte des Verhältnisses

Raum für das Evangelium in Ost und West, in: Kirchliches Jahrbuch 1956, S.9ff! Dazu siehe einen marxistisch-leninistischen Beitrag zur Klärung des Begriffes "konstantinisches Zeitalter" bei Meinecke, Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung, S.82ff.

293) Krüger, a.a.O., S.267.

294) Krüger, a.a.O., S.269.

zwischen Staatsgewalt und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone kann darum erst die durch die "Entwicklung zum Sozialismus" bestimmte Bedeutung des - in diesem Gebiet Deutschlands selbstverständlich geltenden - Prinzips der Trennung von Staat und Kirche erkennbar werden lassen.

II. Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche

1. Frühere Begründungen der Trennung von Staat und Kirche

Der Gedanke, Kirche und Staat zu trennen, ist im Laufe der letzten Jahrhunderte in mannigfaltigen Abwandlungen aus verschiedensten Gründen und in Verfolgung mancherlei Zwecke vertreten und in vielen Ländern in einer den konkreten Bedingungen angepaßten Weise durchgesetzt worden. Rothenbücher, der die Geschichte dieser Idee dargestellt hat²⁹⁵⁾, nennt Thomas Morus den ersten Vertreter der Trennung von Staat und Kirche²⁹⁶⁾. Morus' utopisches Bild eines Staates ging davon aus, daß die Bürger verschiedene Religionen haben, sich jedoch im Staatskult, der gleichartigen Verehrung eines höchsten Wesens, einig seien. Wegen ihrer gemeinsamen Grundlage sollten dann auch die verschiedenen Bekenntnisse nebeneinander geduldet werden. Damit waren nun staatliche und religiöse Organisation als getrennte Größen konzipiert; eine Staatskirche war von hier aus nicht mehr zu denken. Zu den Anfängen der Theorie, Kirche und Staat voneinander zu trennen, zählt Rothenbücher weiterhin die Bestrebungen des Täufertums um eine separatistische Freikirche²⁹⁷⁾. Die freiwillig gebildete und ohne weltlichen Zwang sich selbst ordnende Gemeinde von wahren (wiedergetauften) Christen verwarf den Zusammenhang der Kirchengemeinden mit der weltlichen Gewalt, weil sie sich von allem Bösen und Sündhaften, das sie in allem Weltlichen erblickten, sondern wollten²⁹⁸⁾. Die Gegnerschaft der Täufer gegen das weltliche und staatskirchliche Regiment enthielt

295) Rothenbücher, Die Trennung von Staat und Kirche.

296) a.a.O., S.21ff.

297) a.a.O., S.23ff.

298) Das Schicksal der Täufer, ihre Unterdrückung, hat sie in dieser Ansicht bestätigt.

jedoch auch Ansätze zur Schaffung eines rein theokratisch beherrschten Gemeinwesens: Vereinzelt vermochte eine Täufergemeinschaft die weltliche Ordnung vollends in einem strengen täuferischen Gottesstaat aufzuheben²⁹⁹). Zur grundsätzlichen Forderung sieht Rothenbücher die Trennung von Staat und Kirche zuerst durch das kirchenpolitische Programm Robert Brownes, des Begründers des Kongregationalismus, erhoben³⁰⁰). Browne ging es dabei vor allem um die Beseitigung der Eingriffe weltlicher Obrigkeit in das christliche Lehramt, weil die englischen Kongregationalistengemeinden, welche sich als Gesellschaften von wahren Christen verstanden, die sich durch einen Vertrag unter sich und mit Gott zur Kirche verbunden haben und völlig autonom lediglich unter Gottes und Christi Regiment stehen, in ihrem Separatismus sich von der Einheit von Staat und Kirche in England besonders bedroht fühlten. In den von den Kongregationalisten gegründeten neu-englischen Kolonien jedoch wurde in der Überzeugung, die absolute Wahrheit zu besitzen, ein strenges Staatskirchentum verwirklicht, das Exkommunizierten keinen Platz im Staate bot. Der deshalb aus Massachusetts vertriebene Roger Williams verwirklichte erstmals die Trennung von Staat und Kirche in Rhode Island, seiner Staatsgründung³⁰¹). Für Williams war die Kirche ein Privatverein, mit welchem Wesen, Wohlfahrt und Friede des als weltliches Unternehmen, als Handelsgesellschaft aufgefaßten Staates nichts gemein hat; für sein Seelenheil sollte jeder Bürger selbst und allein verantwortlich sein. Diese Ansichten beeinflussten die Verfassung von Rhode Island und die religiösen Parteien Englands, so daß der Gedanke der Trennung von Staat und Kirche bis zur Gründung des nordamerikanischen Bundesstaates lebendig blieb und von

299) vgl. Rothenbücher, a.a.O., S.27f.

300) a.a.O., S.29ff.

301) Rothenbücher, a.a.O., S.32ff.

da an auf Europa einwirkte³⁰²⁾ und hier Eingang in die Verfassungen der modernen Staaten fand. Wie in ihren Anfängen entsprang dabei die Aufnahme der Trennungsforderung den verschiedensten Motiven, die Begründung dieses Prinzips ist nicht einheitlich gefaßt worden; die Skala reicht von der allgemeinen Anerkennung göttlicher Ordnung in Glaubensfragen bis zur einseitigen Betonung weltlicher Anschauungen, die sich gegen die kirchliche Lehre durchsetzen sollen können.

2. Die ambivalente Bedeutung der Trennung von Staat und Kirche

Der gemeinsame Gedanke aller im Lauf der Geschichte der Trennungsforderung zugrunde gelegten Zweckideen ist dahingehend umschrieben worden: Die den Kirchen eigentümlichen Aufgaben sollen keine Angelegenheiten im öffentlichen Interesse des staatlich organisierten Gemeinschaftslebens mehr darstellen³⁰³⁾. Demzufolge

302) a.a.O., S.35. Die Geschichte des Trennungsgedankens, die Rothenbücher in den Forderungen des religiösen Individualismus des 17. Jahrhunderts in England und Amerika, in der Philosophie und Staatslehre, in den im Namen der Religion und Kirche und den vom Liberalismus erhobenen Forderungen und in denen aus den Anfängen des Sozialismus verfolgt und nachgezeichnet hat, faßt er mit folgendem zusammen: "Über Roger Williams hinaus, der die von den Täufern eröffnete Gedankenreihe schließt, haben die späteren Jahrhunderte nichts wesentlich neues mehr beigebracht. Seit jener Zeit tritt die Idee immer wieder auf, oft bei Philosophen und Staatstheoretikern, die sonst in ganz getrennte Lager und Schulen zu verweisen sind. Zuweilen ergeben sich längere zusammenhängende Reihen von einem Führer beeinflusster Anhänger, vielfach aber wird der Gedanke durchaus unbeeinflusst von dem einzelnen neu entwickelt." (A.a.O., S.112.)

303) Giacometti, Quellen zur Geschichte der Trennung von Staat und Kirche, Einleitung, S.XIX. Giacometti zeigt a.a.O. vier im wesentlichen der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche zugrunde liegende Zweckideen: Die Befreiung der Kirche vom Staate,

rechnet Giacometti das negative Merkmal, daß unter dem System der Trennung von Staat und Kirche die Kirche nicht mehr öffentlich-rechtlich organisiert ist, unter die "essentialia" des Trennungsbegriffes³⁰⁴⁾, die Gewährleistung voller Religionsfreiheit unter die "naturalia"³⁰⁵⁾ und die häufige Nichtberücksichtigung der Religion im öffentlichen Leben zu den "accidentalia" des Trennungsbegriffes³⁰⁶⁾. Die Bedeutung der Trennung von Staat und Kirche sieht Giacometti³⁰⁷⁾ in der rechtlichen Gleichstellung der Kirche mit privatrechtlichen Vereinen, also in der Schaffung einer Verhältnisordnung zwischen Staat und Kirche, gemäß der die Kirche nach allgemeinem Recht lebt, ihre Organisation dem freien Willen der Bekenntniszugehörigen überlassen bleibt und die Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Kirche auf ein Mindestmaß beschränkt sind. Dieses System wird allgemein als Voraussetzung und als Folge der Religionsfreiheit angesehen³⁰⁸⁾. Doch hat Bates mit Recht hervorgehoben, daß die Trennung von Staat und Kirche nicht immer notwendigerweise Freiheit bedeuten oder Freiheit zur Folge haben muß³⁰⁹⁾. Die Trennung mag ein Akt des feindseligen Staates sein und könnte sehr wohl das Ende der Religionsfreiheit bedeuten³¹⁰⁾. Zutreffend weist Bates daraufhin, daß private Gesellschaften verboten werden können oder in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt werden können, daß das allgemeine Gesetz beispielsweise nicht hinreichende Entfaltungsmöglichkeit oder ausreichenden

die Befreiung des Staates und des Individuums vom Drucke der Kirche, die Gleichstellung aller Kulte im Staat und die Bekämpfung von Religion und Kirche. Vgl. hierzu auch Bates, Glaubensfreiheit, S.560!

304) Giacometti, a.a.O., S.XIX.

305) a.a.O., S.XXI.

306) a.a.O., S.XXII.

307) a.a.O., S.XVII.

308) Giacometti, a.a.O., S.XXI; Bates, a.a.O.

309) Bates, a.a.O., S.468. Die russisch-orthodoxe Kirche sah sich durch das Sowjetdekret über die Trennung von Staat und Kirche vom 23. Januar 1918 in ihrer Existenz bedroht. (Vgl. Schrey, a.a.O., S.21ff.)

310) a.a.O., S.561.

Schutz für die (Kirche als) private Gesellschaft zu gewähren braucht; schließlich könne das Mindestmaß der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gerade in staatlichen Schikanen bestehen³¹¹⁾.

3. Die kirchenfeindliche Trennung

Damit rückt die Möglichkeit, die Trennung von Staat und Kirche solle zur Bekämpfung von Kirche und Religion dienen, in den Blick. Ein solches Modell der "Exklusivität", wo der Staat die Kirchen direkt oder indirekt bekämpft, ist der Geschichte der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht fremd³¹²⁾. Rothenbücher hat gezeigt, wie die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche zum Kampfmittel der Anhänger des Materialismus und radikalen Antiklerikalismus wurde³¹³⁾. Die Parteigänger des dialektischen Materialismus, die unbedingt atheistisch und jeder Religion entschieden und schonungslos feind sind³¹⁴⁾, hatten von Anfang an der Religion den Kampf angesagt³¹⁵⁾. Ihre Taktik ging jedoch

311) a.a.O., S.468. Beispiele, wie das kirchliche Leben auf administrativem Wege zum Erliegen gebracht werden kann, werden in der Sowjetunion gegeben. Die jetzt starr angewendeten Dekrete der Sowjetregierung aus dem Jahre 1929 kennen nur "Kultgemeinschaften", die - auch finanziell - von einander isoliert dem Staat gegenüber stehen. Die Zentralorgane der Kirche dürfen keinen Finanzausgleich vornehmen. Den einzelnen "Kultgemeinschaften" sind die Lasten für Unterhalt oder Wiederherstellung der kirchlichen Gebäude aufgebürdet. Die Gemeinden haben ihr Geld bei der Staatsbank zu hinterlegen und am Jahresende für die "Friedensbewegung" zu spenden. (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.213 vom 14. September 1963, S.3).

312) siehe Erik Wolf, Ordnung der Kirche, S.136/137.

313) Rothenbücher, a.a.O., S.111.

314) Lenin, Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, in: Über die Religion, S.19 und 21.

315) Lenin, a.a.O., S.23.

dahin, sich vom bürgerlichen Antiklerikalismus zu sondern, sich durch ihn nicht von ihrem Gesamtprogramm des revolutionären Kampfes ablenken zu lassen, vielmehr den Kampf gegen die Religion dem Kampf für den Sozialismus unterzuordnen³¹⁶⁾. So traten sie vor ihrer Machtausübung öffentlich nur, um die Verwirklichung der Religionsfreiheit (im bürgerlichen Sinne) zu erreichen, für die Trennung von Staat und Kirche als unerläßlichen Bestandteil der politischen Freiheit ein und erklärten, die Religion müsse dem Staat gegenüber Privatsache sein. Intern blieb für die marxistische Partei aber der ideologische Kampf gegen Religion und Kirche eine unaufgebbare Grundthese. Lenin schrieb dazu 1905:

"Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten. Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muß es vollkommen frei stehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d.h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfession der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muß unbedingt ausgemerzt werden. Es darf keine Zuwendungen an eine Staatskirche, keine Zuwendungen von Staatsmitteln an kirchliche und religiöse Gemeinschaften geben, die völlig freie, von der Staatsmacht unabhängige Vereinigungen gleichgesinnter Bürger werden müssen. Nur die restlose Erfüllung dieser Forderungen kann Schluß machen mit jener schmachvollen und verfluchten Vergangenheit, da die Kirche in leibeligener Abhängigkeit vom Staat war ..., da mittelalterliche, inquisitorische Gesetze bestanden und angewendet wurden, die Glauben und Unglauben verfolgten, das Gewissen der Menschen vergewaltigten ... Vollständige Trennung der Kirche vom Staat - das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und an die heutige Kirche stellt." 317)

316) Lenin, a.a.O., S.30.

317) Lenin, Sozialismus und Religion, in: Über die Religion, S.6ff (S.7/8.)

Nach der Machtergreifung sollte dann die Feindschaft politisch spürbar werden: "Das revolutionäre Proletariat wird durchsetzen, daß die Religion für den Staat wirklich zur Privatsache wird. Und unter diesem, vom mittelalterlichen Moder gesäuberten politischen Regime wird das Proletariat einen breiten und offenen Kampf führen, um die ökonomische Sklaverei, diese wahre Quelle der religiösen Verdummung der Menschheit zu beseitigen." Dann werden die "Hirngespinnste" "irgendwelcher 'Christen'" "... rasch jede politische Bedeutung verlieren und durch den ganzen Gang der ökonomischen Entwicklung bald in die Rumpelkammer geworfen werden."³¹⁸⁾

Damit ist der Zugang zur Bedeutung der in der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone von der etablierten Arbeiter-und-Bauern-Macht für die Periode der "Entwicklung zum Sozialismus" ausgesprochenen Trennung von Staat und Kirche gegeben. Die für die Bedeutung der Verfassungsartikel relevante marxistisch-leninistische Theorie sei im folgenden zusammengefaßt.

³¹⁸⁾ Lenin, a.a.O., S.11.

An anderer Stelle lobt Lenin den Ausruf eines Sozialdemokraten in einer Dumadebatte, "Religion ist das Opium des Volkes", "keinen Groschen Volksgeld für diese blutbefleckten Feinde des Volkes, die das Volksbewußtsein umnebeln" als einen "aufrechten, mutigen, offenen Kampfruf eines Sozialisten", als "eine Herausforderung", die "Widerhall (fand) bei Millionen von Proletariern, die ihn unter den Massen verbreiten werden und, wenn die Zeit gekommen ist, es auch verstehen werden, ihn in revolutionäre Aktion umzusetzen". (Vgl. Lenin, Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche, in: Über die Religion, S.33ff, S.43!)

III. Das marxistisch-leninistische Verständnis der Trennung von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone

1. Der ideologische Ansatz

Schon bei der Frage nach der Bedeutung des Satzes von der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist der Zusammenhang von Bürgerstatus und Kirchenpolitik berührt worden. Es wurde versucht, zu zeigen, daß die Staatsgewalt die Bedingungen für die Mitwirkung des einzelnen Staatsbürgers beim Aufbau der sozialistischen und atheistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen hat, und daß hierfür die entsprechende Kirchenpolitik vom jeweiligen Stand der gesamten staatlichen ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung abhängig ist.

Mit dem Prinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit als einem den sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staat in Fragen der Religion verfassenden Grundsatz sind aber außer dem staatskirchenrechtlichen Programm der Anpassung der gegenseitigen Beziehungen von Staat und Kirche an die einzelnen Phasen der "Entwicklung zum Sozialismus" als staatskirchenrechtliches Axiom das Ziel und das Instrument marxistisch-leninistischer Kirchenpolitik festgelegt: die Verdrängung der Kirche aus dem Öffentlichkeitsbereich des Gemeinwesens durch eine von der Arbeiter-und-Bauern-Macht als Kampf geführte ideologische Auseinandersetzung³¹⁹⁾.

Daraus ergibt sich für den sozialistischen oder den den Sozialismus durchsetzenden Staat des zur Macht gekommenen Proletariats als historische Notwendigkeit

319) vgl. auch die Thesen von Beckmann über die Grundzüge marxistisch-leninistischer Kirchenpolitik in Kirchliches Jahrbuch 1958, S.199.

diese grundsätzliche Folgerung für die Ordnung seiner Kirchenpolitik: Grundprinzip ist eine ideologisch und weltanschaulich exklusiv vollzogene und feindlich gegen die Kirche gerichtete Trennung von Staat und Kirche.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone ist also nur von daher zu begreifen, daß der marxistisch-leninistische Staat die Kirche ablehnt und bekämpft. Ja, er muß sie bekämpfen, denn die Religions- und Kirchenfeindlichkeit des Staates ist die wirksamste Garantie für die Mitwirkung des einzelnen im Sinne des Sozialismus und darum für die Arbeiter-und-Bauern-Macht die einzig denkbare Konsequenz aus dem jedem einzelnen Staatsbürger mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit zugeordneten Mitwirkungsstatus in der "Entwicklung zum Sozialismus". Das marxistisch-leninistische Verständnis der Geschichte der Beziehungen zwischen Staat und Kirche zeigt, daß eben nur das kirchenfeindliche Trennungsprinzip und seine kämpferische Durchsetzung die Grundbedingungen dafür sein können, im kirchenpolitischen Sektor den Sozialismus mit den durch die Dialektik des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gewiesenen Mitteln der ideologischen Auseinandersetzung zu verwirklichen: Dem historischen Materialismus zufolge hat sich die Kirche als konservative und restaurative, ja konterrevolutionäre und als eine dem mit der revolutionären Machtergreifung überwundenen Feind des Proletariats verbundene Kraft erwiesen; ihre Lehre steht auch im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus, der für die Arbeiter-und-Bauern-Macht die allein verbindliche Erkenntnisquelle und Anleitung für die das Geschichtsziel erfüllende staatliche Leitungstätigkeit ist. Die "Entwicklung zum Sozialismus" ist aber nur zu vollziehen durch das einheitliche und ausschließliche Enga-

gement aller Glieder der Gesellschaft für den Marxismus-Leninismus und durch das entsprechende (sozialistische) gesellschaftliche Verhalten jedes einzelnen. Darum ist für die Staatsgewalt Rücksicht auf religiöse Bindungen einzelner Bürger, die gleich den schon bewußt die sozialistische Entwicklung mitgestaltenden Werktätigen unter der Führung und Anleitung der Partei des Proletariats die freie politische Aktion der Massen zu vollziehen haben, prinzipiell ausgeschlossen. Damit aber ist auch der Staatsmacht jegliche den Fortschritt aufhaltende Verbindung mit der Kirche grundsätzlich verboten³²⁰⁾. Mehr noch: Die Staatsgewalt muß sich gegen die Kirche richten, wenn durch das Wirken der Kirche die freie politische Aktion der Massen oder die auf den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtete Bewußtseinsentfaltung des einzelnen Bürgers gehemmt oder behindert werden. Das Prinzip der Feindschaft sichert der Staatsgewalt auch den von ihr erstrebten Vorsprung in der ideologischen Auseinandersetzung; denn gegen dieses Prinzip richtet sich ja gerade die Lehre der Kirche³²¹⁾. Mit der kirchenfeindlichen Trennung von Staat und Kirche leistet die proletarische Staatsgewalt überdies den historisch notwendigen Beitrag zur Erfüllung der naturgesetzmäßig verlaufenden Entwicklung, welche für die Staatslehre

320) Hierüber Krüger, a.a.O., S.280f.

321) Für die evangelische Kirche ist grundsätzlich Staatsfeindlichkeit ausgeschlossen (vgl. die Theologische Erklärung der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands in Berlin, 27. bis 29. Juni 1956, in: Kirchliches Jahrbuch 1956, S.17,18), wenn auch die Exegese des "untertan der Obrigkeit" (Röm.13,1) und die Anerkennung der atheistischen Diktatur oder aller ihrer Maßnahmen umstritten ist (vgl. zu diesem Streit neuestens Kirchliches Jahrbuch 1959, S.123ff; Kirchliches Jahrbuch 1960, S.65ff; Martin Fischer, Obrigkeit; Dokumente zur Frage der Obrigkeit; Meinhold, Römer 13; Dibelius, Obrigkeit).

der Sowjetischen Besatzungszone die Kirche aus dem öffentlichen Leben und die Religion aus dem Bewußtsein des einzelnen in den Bereich der historischen Erscheinungen verweist. Unter dem Aspekt der historischen Notwendigkeit ist die ideologische Auseinandersetzung auch nicht nur Polemik und Agitation. Sie rechtfertigt jede Maßnahme der Arbeiter-und-Bauern-Macht, die zur notwendigen Bekämpfung einer der staatlichen atheistischen Weltanschauung entgegenstehenden und darum als feindliche Ideologie angesehen Glaubenshaltung geeignet erscheinen. Jedes zur Förderung der "Entwicklung zum Sozialismus" jeweils in den einzelnen Entwicklungsphasen gebotene und von der Partei der Arbeiterklasse erkannte und dann angewandte Kampfmittel gegen die Kirche erscheint daher im Arbeiter-und-Bauern-Staat der Sowjetischen Besatzungszone durch das Prinzip der feindlichen Trennung von Staat und Kirche legitim³²²⁾.

322) So kann es so weit kommen, wie in der Sowjetunion, daß wegen der Trennung von staatlicher Schule und Kirche ein Gotteshaus nicht in der Nähe eines Schulgebäudes stehen darf, und daß verlangt wird, allen Kindern und Jugendlichen das Betreten der Kirchen und die Teilnahme an der Abendmahlsfeier zu verbieten; daß eine Kathedrale geschlossen werden muß, weil sie ein historisches Denkmal ist; daß eine anregende Predigt schon den Vorwurf der - verbotenen - "religiösen Propaganda" nach sich ziehen kann mit der Folge, daß ein Predigtverbot ausgesprochen wird. (Vgl. den Bericht, Ein Sowjetplan zur Liquidierung der russischen Kirche, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr.213 vom 14. September 1963, S.3.)

2. Grundzüge der kirchenfeindlichen Trennung von Staat und Kirche in der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone

Die marxistisch-leninistische Dialektik gestattet es der Staatslehre der Sowjetischen Besatzungszone, die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung im Wortlaut größtenteils fast unverändert zu übernehmen, ohne etwa das kirchenfeindliche Trennungsprinzip zugunsten des kirchenpolitischen Systems der Weimarer Republik aufzugeben oder gar eine Entwicklung des Staatskirchenrechts anzubahnen, wie sie sich aus dem Verhältnis von Staat und Kirchen im Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes ergeben hat³²³⁾.

a) Zur Auslegung

Die Position der Staatsgewalt bei der ideologischen Auseinandersetzung, welche in der "Entwicklung zum Sozialismus" für die Sowjetische Besatzungszone aus dem Satz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit folgt, ist im ersten Teil dieser Arbeit durch den taktischen

323) vgl. über das "hinkende Trennungssystem" der Weimarer Republik und das "Vertragsskirchenrecht" unter der Auslegung des "für alle geltenden Gesetzes" durch BGHZ 22, 383 (387) die in Note 281) angegebene Literatur und Hesse, a.a.O., JöR, NF 10, S.3ff.

Vorsprung zu kennzeichnen versucht worden, der sich aus dem neben der fortschreitenden sozialistischen Entwicklung einhergehenden Prozeß der Verknüpfung von marxistisch-leninistischer Ideologie und Norm ergibt. Dafür sind in den Verfassungsbestimmungen des V. Abschnitts (Religionsgemeinschaften) Wegmarken sozialistischer Rechtsentwicklung gegeben. Man muß den Akzent auf den Sätzen sehen, welche das marxistisch-leninistische Verständnis der Glaubens- und Gewissensfreiheit und das sich daraus ergebende kirchenfeindliche System einer Trennung von Staat und Kirche verdeutlichen, und die damit zugleich als Leitsätze einer die "Entwicklung zum Sozialismus" widerspiegelnden Interpretation aller staatskirchenrechtlichen Bestimmungen erscheinen³²⁴⁾. Die Betrachtung der einzelnen Kirchenartikel kann also nicht losgelöst von der Dialektik geschehen.

324) Die Ausrichtung auf den Sozialismus ist auch für Jacobi (Staat und Kirche nach der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, in: ZevKiR 1 (1951), S.113ff (125)) und für U.Krüger (Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche, in: Festschrift für Erwin Jacobi, S.260ff (278/279)) Anlaß und Grund, auf die veränderte Bedeutung der übernommenen Weimarer Bestimmungen hinzuweisen, bzw. Konzeption und Auslegung der Weimarer Verfassung nicht auf die Bestimmungen der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone zu übertragen. Die Darlegungen dieser Autoren sind ein Teil des Prozesses der sozialistischen Interpretation. Sie gehen aber nicht vom Wesen des sozialistischen Rechts aus, wie das Meinecke (Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, S.74) mit einigen Andeutungen und Hinweisen wenigstens versucht. Meinecke sieht die Grundlage des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone in der staatlichen Anerkennung und Respektierung der Wesensverschiedenheit von Kirche und auf dem Marxismus-Leninismus gründender Staatsordnung (a.a.O., S.110); deshalb "erhalten alle die (Verfassungs-)Normen besonderes Gewicht, durch die eine Verbindung oder Vermischung beider Größen abgewehrt werden soll". (A.a.O., S.77). Siehe auch Meinecke, a.a.O., S.96ff.

b) Das Prinzip der Kirchenfeindlichkeit in Art.41 Abs.2

An den Ausspruch der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art.41 Abs.1) ist im Absatz 2 des Art.41 die richtungsweisende Konkretisierung der vorangegangenen kirchenpolitischen Aussage angeschlossen: "Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen und der Religionsunterricht dürfen nicht für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke mißbraucht werden. Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten." Damit steht das Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Kirche während der "Entwicklung zum Sozialismus" selbstverständlich unter dem Diktat des Proletariats, "daß Kirchen und kirchliche Einrichtungen nicht zu Instrumenten entmachteter, aber nach Restauration ihrer Positionen strebender Klassenkräfte werden dürfen"³²⁵).

So ist schon gegenüber dem Staat die Pflicht der Kirche begründet, alle ihre Handlungen und Lebensäußerungen daraufhin zu prüfen, "ob sie objektiv oder in ihren Auswirkungen als gegen die Interessen des Staates und seiner Ziele verstanden oder auch mißverstanden werden (können)"³²⁶), weil die Kirche leicht "Unruhe in die Bevölkerung hineinragen und die Menschen in ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit am sozialistischen Aufbau beeinträchtigen (kann). Jede solche Beeinträchtigung aber dient in der gegenwärtigen Situation des

³²⁵) Krüger, a.a.O., S.280.

³²⁶) Auch "das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen", ist unter dem Aspekt des Mißtrauens zu sehen, also als sozialistisches Recht, durch Beiträge zur "Entwicklung zum Sozialismus" die vorgegebene Mißtrauensschranke abzubauen, aufzufassen.

des Klassenkampfes den Gegnern"³²⁷⁾. Der Gegner des Klassenkampfes aber, und wer ihm dient, ist Feind der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Aus der marxistisch-leninistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit folgt also die Verfassung als das Grundgesetz der "Entwicklung zum Sozialismus" entsprechend dem theoretischen Ansatz in Art.41 Abs.2 die allgemeine, prinzipielle Begrenzung des Wirkens der Kirche aus Feindschaft von Staats wegen. Die Kirche bleibt angewiesen, ihr Verhältnis zum Staat durch positive Beiträge zur "Entwicklung zum Sozialismus" zu verbessern; nur diese Möglichkeit, einen Öffentlichkeitsauftrag von der Arbeiter-und-Bauern-Macht bestätigt oder anerkannt zu bekommen, ist ihr gegeben.

c) Weitere Verfassungssätze der feindlichen Trennung von Staat und Kirche

Unter den marxistisch-leninistischen Aspekten des Art.41 Abs.1 und Abs.2 ist nun mit den Bestimmungen der Art.42, 43 und 44 in jeder Hinsicht auf das Übergangsstadium der "Entwicklung zum Sozialismus" abgestellt, in dem die Mitwirkung und Mitgestaltung am Staatsziel allen Bürgern Pflicht ist. Deswegen muß die Religion Privatsache sein (Art.42)³²⁸⁾, darum darf

327) Meinecke, a.a.O.

Es ist entgegen Jacobi (a.a.O., S.119) davon auszugehen, daß der Arbeiter-und-Bauern-Staat nach seinem Selbstverständnis die Kirche auch - von seiner Verfassung gedeckt - zur inneren Toleranz zwingen kann.

328) vgl. Meinecke, a.a.O., S.78/79 und Krüger, a.a.O., S.280.

sie aber dennoch nicht die moralisch-politische Einheit des Volkes gefährden³²⁹⁾. Kirche und Religion sind nicht in den Herrschaftsapparat und Mechanismus der Machtausübung der Arbeiterklasse einbezogen (Art.43 Abs.1 Satz 1: "Es besteht keine Staatskirche"). Die zugelassenen Religionsgemeinschaften³³⁰⁾ "gehören deswegen folgerichtig nicht zu den politischen Massenorganisationen, die der Erziehung und Heranführung möglichst aller Bürger zur bewußten Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus dienen."³³¹⁾ So ist schließlich als äußerste Konsequenz der Konzeption einer ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche auch die Schule völlig von Religion und Kirche getrennt (Art.36,37,40 und 44)³³²⁾. Zu dem Wirken in den "res mixtae" können die Kirchen und Religionsgemeinschaften nur unter Vorbehalt zugelassen werden (Art.46).

329) Siehe hierzu die Hinweise auf die sozialistischen Verpflichtungen der Staatsfunktionäre nach der Disziplinarordnung, dem Gerichtsverfassungsgesetz und dem Schulgesetz der Sowjetischen Besatzungszone bei Mampel, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone, Erl.2 zu Art.42!

330) Eine Aufzählung und Übersicht gibt Mampel, a.a.O., Erl.1 und 2 zu Art.43.
Daß jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbständig, vor allem aber "nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze" ordnet und verwaltet (Art.43 Abs.2), ist ganz im Sinne des Mißtrauens und als Vervollkommnung dieser Beschränkung zu verstehen. Auch dieser Verfassungssatz ist dem Marxismus-Leninismus Ausgangspunkt der sozialistischen Entwicklung, die durch Parteibeschlüsse, staatliche Maßnahmen und Gesetze in Verfassung gebracht wird.

331) Meinecke, Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik, in Evangelisches Pfarrerrblatt, Sonderheft über den evangelischen Pfarrertag 1962, S.10; ähnlich in: Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung, S.81.

332) Die Bestimmung des Art.44 über die Erteilung des Religionsunterrichts als Recht der Kirche ist, wie der Aufbau des Verfassungsgesetzes zeigt und wie es Art.40 verdeutlicht, dem umfassenden Mitwirkungsstatus des sozialistischen Rechts auf Bildung (Art.35ff) untergeordnet. Dieses "Recht der Kirche"

d) Zusammenfassung

Auf dem Hintergrund des Marxismus-Leninismus, insbesondere der dieser Lehre selbstverständlichen Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und dem daraus folgenden Verständnis der feindlichen Trennung von volksdemokratischem Staat und Kirche, wird an entscheidenden Stellen des Verfassungstextes transparent, daß als Ausgangsbasis für die "Entwicklung zum Sozialismus" und als Ansatzpunkte für eine diesem staatlichen und gesellschaftlichen Aufbau angemessene Kirchenpolitik alle wesentlichen Prinzipien und Grundsätze für ein marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik entsprechendes Verhältnis zwischen Staat und Kirche in das Grundgesetz des dem "demokratischen Fortschritt" dienenden Staates aufgenommen worden sind.

Als konstitutives Moment der Kirchenfeindlichkeit des in der Sowjetischen Besatzungszone geltenden staatskirchenrechtlichen Trennungsprinzips erweist sich das Mißtrauen der revolutionären Arbeiter-und-Bauern-Macht gegenüber der Kirche. Die feindliche Ausgrenzung der Kirche aus der neuen Gesellschaft soll sicherstellen, "daß die Kirchen, ihr Wirken und ihre Einrichtungen weder direkt noch indirekt gegen den Bestand, den sozialistischen Aufbau ... die wachsende moralische und politische Einheit der Bürger wirksam werden können"³³³⁾.

wird in seiner Bedeutung während der "Entwicklung zum Sozialismus" als Teil der Glaubens- und Gewissensfreiheit wie dieser Bürgerstatus selbst als Ausfluß des sozialistischen Rechts auf Bildung gesehen und von dem sozialistischen Inhalt dieses sozialistischen Hauptgrundrechts mitbestimmt (vgl. oben, Note 231). Außerdem steht der Religionsunterricht unter den allgemeinen Staatsgesetzen (Art.43 Abs.2) und dem Grundsatz des Art.41 Abs.2 (vgl. Jacobi, a.a.O., S.134).

333) Meinecke, a.a.O., S.96.

Jede kirchenpolitische und praktische Konsequenz, die die Staatsgewalt - in welcher Form auch immer - aus diesem vorgegebenen Mißtrauen als Element ihres Verhältnisses zur Kirche entwickelt und für die "Entwicklung zum Sozialismus" für notwendig erachtet, ist damit nach dem marxistisch-leninistischen Verständnis der Verfassung rechthens. Der Argwohn, die Kirche könne durch ihren Einfluß die wahre Entfaltung der Glaubens- und Gewissensfreiheit hindern und damit den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens verzögern, bringt die Feindschaft hervor und erhebt sie und den ideologischen Kampf zum Gesetz: Der Mißtrauensgrundsatz erhellt den für die "Entwicklung zum Sozialismus" bedeutsamen Inhalt der einzelnen Kirchenartikel der Verfassung und macht die Notwendigkeit deutlich, aus ihnen in der praktischen Kirchenpolitik sozialistisches Recht zu entfalten. Die Durchsetzung des sozialistischen Rechts im Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Kirche ist vom Mißtrauensgrundsatz her für die Staatsgewalt selbstverständlich, die Staatsgewalt erscheint hierzu auch legitimiert: Die evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone nehmen ihren Verkündigungsauftrag sehr wohl nach ihrem eigenen Selbstverständnis wahr³³⁴⁾, aber ihre Vertreter haben der sozialistischen Entwicklung gegenüber die Haltung "freundlicher Sachlichkeit" gezeigt und die sozialistische Rechtsordnung der Sowjetischen Besatzungszone anerkannt, indem sie gegenüber der dortigen Regierung am 21. Juli 1958 erklärten, die Christen respektierten die Entwicklung zum Sozialismus³³⁵⁾. Die Staatsgewalt kann nun das Verhältnis der Kirche zum sozialistischen Staat immer vom Mißtrauensgrundsatz her auf den ihr erforderlich erscheinenden Loyalitätsgehalt dieser Erklärung hin überprüfen.

334) vgl. die Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche, abgedruckt in: Kirche in der Zeit 1963, S.230ff.

335) vgl. das Kommuniqué vom 21. Juli 1958, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1958, S.105f, und vgl. dazu Lotz, Die Bedeutung des Kommunique vom 21. Juli 1958, in: Mitzenheim-Festschrift, S.304ff (348).

IV. Die staatliche Praxis der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Sowjetischen Besatzungszone

Alle Maßnahmen der Staatsgewalt in der Sowjetischen Besatzungszone, die in ihrer Stoßrichtung auf die Existenz und das Wirken der evangelischen Landeskirchen in der Sowjetischen Besatzungszone, auf die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland oder auf das praktisch-christliche Verhalten der Kirchgemeindeglieder gezielt sind, lassen sich auf das grundsätzliche Mißtrauen des Arbeiter-und-Bauern-Staates gegenüber dem christlichen Glauben und der Kirche und auf das Prinzip der kirchenfeindlichen Trennung von Staat und Kirche zurückführen. Solche staatlichen Akte sind politisch stets Teil des Programmes der ideologischen Auseinandersetzung, ob es sich im Zuge der volksdemokratischen Entwicklung um den (für den marxistisch-leninistischen Staat selbstverständlichen) "Fortfall alter Privilegien" der Kirche handelt oder (wegen einer gewissen Elastizität des Verdrängungsprozesses) nur ein Taktieren der Staatsgewalt zwischen harter Bedrängung der Kirche und zeitweiligem Zurückstellen der kirchenpolitischen Hauptzielsetzung sichtbar wird. Alle in dieser Weise prinzipiell fundierten kirchenpolitischen Maßnahmen der Arbeiter-und-Bauern-Macht bedeuten deswegen zugleich eine erhebliche Beeinflussung der Staatsbürger und Kirchgemeindeglieder: Sie geben ihnen die Grundlagen und Anschauung für die Entfaltung ihres Bürgerstatus der Glaubens- und Gewissensfreiheit zur Mitwirkung bei der "Entwicklung zum Sozialismus" - oder einen Ansatzpunkt zur Isolierung von dem nach dem "Naturgesetz" der fortschrittlichen Gesellschaftsentwicklung sozialistisch und atheistisch gelenkten Gemeinwesen.

1. Abschnitt:

Beispiele zur Entwicklung der allgemeinen Lage der evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone³³⁶⁾

A. Maßnahmen zur Verdrängung der Kirche aus dem Öffentlichkeitsbereich

Die erste Welle heftiger Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche gipfelte in den Jahren 1952/53 in einem offen geführten Kirchenkampf um die Arbeit der "Jungen Gemeinde", die zu den schon im Jahre 1947 listenmäßig erfaßten "Lebensäußerungen"³³⁷⁾ der evangelischen Kirchen gehörte. Das Innenministerium stellte sich hinter die vom Zentralorgan der Staatsjugendorganisation vorgebrachten Anklagen, die "Hetze" und "systematische Spionage" der Jungen Gemeinde vorwarfen, und erklärte sie

336) Die Entwicklung und Situation der evangelischen Gliedkirchen in der Sowjetischen Besatzungszone ist in Umrissen dargestellt bzw. anhand von besonderen für die Lage beispielhaften Vorkommnissen dokumentarisch belegt in den Abschnitten über die evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone in den Kirchlichen Jahrbüchern von 1949 (76. Jahrgang und folgende) an. Ferner sind die Darstellungen bei Solberg, Kirche in der Anfechtung, Schrey, Die Generation der Entscheidung, S.290ff, Maser, Genossen beten nicht, S.82ff, schließlich die Schrift Die evangelische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland, und die Erläuterungen zu Art.41ff der Verfassung bei Mampel, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hervorzuheben. Zusammenfassende Betrachtungen zu einzelnen Zeitabschnitten geben: Cantor, Die Kirchenpolitik der SED, in: SBZ-Archiv 1956, S.110ff; derselbe, Kirche, Staat und SED, in: SBZ-Archiv 1957, S.356ff; Skriver, Die Evangelische Kirche und der SED-Staat, in: SBZ-Archiv 1960, S.210ff; Baukloh, Ulbricht bekommt keine Staatskirche, in: SBZ-Archiv 1961, S.364ff; derselbe, Die Kirche besteht auf Entscheidungsfreiheit, in: SBZ-Archiv 1962, S.177ff und derselbe, Die Kirche in der Zone stellt sich um, in: SBZ-Archiv 1963, S.7ff.

337) Schrey, a.a.O., S.290.

zur nichterlaubten Organisation³³⁸⁾, obgleich es sich bei den Zusammenkünften der Jungen Gemeinde lediglich um die kirchliche Arbeit an jugendlichen Kirchengemeingliedern handelt³³⁹⁾.

Die Denkschrift der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vom 11. Dezember 1950³⁴⁰⁾ und die Tatsachenfeststellungen in dem vom Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche auf der Synode vom 9. und 10. August 1952 gegebenen Lagebericht³⁴¹⁾ kennzeichnen die Spannungen im Verhältnis von Staat und Kirche, die die Staatsgewalt in der Periode des Klassenkampfes vor dem auf der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei im Juli 1952 beschlossenen "Aufbau des Sozialismus" erzeugte. Mit der Einführung des "Neuen Kurses" der Sozialistischen Einheitspartei wurde am 10. Juni 1953 in "Verhandlungen von Regierungsvertretern und Vertretern der Kirchenleitungen" für "die Wiederherstellung eines normalen Zustandes zwischen Staat und Kirche weitgehende Übereinstimmung er-

338) Siehe Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.110.

339) vgl. die namens des Konsistoriums von Berlin-Brandenburg dem Generalstaatsanwalt der Sowjetischen Besatzungszone gegenüber abgegebene Stellungnahme in: Kirchliches Jahrbuch 1953, S.143.

340) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1950, S.131ff, 139ff.

341) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1952, S.216ff!
Hervorgehoben wurden die bisherigen Angriffe auf die Kirche durch den Ministerpräsidenten und den Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei auf Parteitagen, ferner die Reisebeschränkungen für kirchliche Mitarbeiter, Unterbindung eines Austausches des kirchlichen Nachwuchses zwischen Ost- und Westdeutschland und die Auflösung von Bibelrüstzeiten der evangelischen Jugend, sowie Anzeichen dafür, daß die gesamte kirchliche Wohlfahrtsarbeit auf den Staat übergehen sollte.

zielt"³⁴²⁾. Das "kirchliche Eigenleben" sollte "nach den Bestimmungen der Verfassung" gewährleistet werden, weil die Vertreter der Kirche erklärt hatten, "auf verfassungswidrige Eingriffe und Einwirkungen in das wirtschaftliche und politische Leben des Volkes zu verzichten". Die marxistisch-leninistische Staatsgewalt konnte diese "verfassungswidrigen Eingriffe und Einwirkungen" nur in der kirchlichen Gegenwehr und in den kirchlichen Protesten sehen, die gegen die in dem Kommuniqué erwähnten Maßnahmen erhoben waren. Es ging um die Behinderung der Jungen Gemeinde und im Zusammenhang damit um Relegationen von Studenten und Oberschülern, Entlassungen von Lehrern, Verhinderung des Religionsunterrichts in Schulgebäuden, ferner um die Beschlagnahme von kirchlichen Anstalten und Heimen³⁴³⁾, um den Anmeldezwang für kirchliche Veranstaltungen³⁴⁴⁾ und das Zurückhalten von staatlichen Zuschüssen an die Kirche³⁴⁵⁾. Die nach den Verhandlungen gegebenen

342) Über die Verhandlungen vgl. Solberg, a.a.O., S.150f; das Kommuniqué über die Verhandlungen ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1953, S.178f. Ein Überblick über den umfassenden staatlichen Angriff auf die Kirche in der ersten Hälfte des Jahres 1953 ist in Kirchliches Jahrbuch 1953, S.131ff dargestellt. Als Beispiele der Zurückdrängung der kirchlichen Arbeit werden dort aufgezählt: Behinderungen und Diffamierungen der Jugendarbeit, Bespitzelungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern wegen Boykottetetze; ferner Beschlagnahmen von Anstalten, Aussperrungen von Diakonissen und Schwestern des Evangelischen Diakonievereins aus staatlichen und städtischen Krankenhäusern und Schließung ihrer Schwesternschulen, Behinderung des Evangelischen Hilfswerks durch Einfuhrbeschränkungen.

343) vgl. die bei Solberg, a.a.O., S.142f geschilderten Beispiele.

344) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1953, S.146ff.

345) Zu den Angriffen auf die wirtschaftlichen Grundlagen der evangelischen Kirchen durch Schmälierung der Staatszuschüsse, Verbot oder Nichtgenehmigung von Sammlungen und durch die auch die kirchlichen Ein-

Zugeständnisse der Staatsmacht erleichterten auch die in der Öffentlichkeit wirkende Arbeit der Kirche; sie blieben aber nur über den Zeitraum ihrer taktischen Notwendigkeit wirksam³⁴⁶⁾. Säkularisierungen, Verhaftungen von kirchlichen Mitarbeitern^{347,348)} bedrohten erneut das kirchliche Leben, eine Kirchenaustrittsbewegung³⁴⁹⁾ wurde propagiert; seit Herbst 1954 wurde intensiv zur Teilnahme an der atheistisch ausgerichteten Jugendweihe aufgefordert³⁵⁰⁾. Der Staat gewährte keine Amtshilfe mehr zur Einziehung der Kirchensteuern³⁵¹⁾. Abgesehen von Zuschüssen zu denkmalpflegerischen Arbeiten³⁵²⁾ brachten staatliche Maßnahmen die kirchliche Bautätigkeit völlig zum Ruhen³⁵³⁾.

nahmen aus Landverpachtungen verringernde Landwirtschaftspolitik, sowie über die gezielten Maßnahmen und Anordnungen gegen ein geregeltes Kirchensteueraufkommen vgl. Kirchliches Jahrbuch 1953, S.157, 158 und Kirchliches Jahrbuch 1954, S.117f, sowie Kirchliches Jahrbuch 1953, S.187 und Kirchliches Jahrbuch 1956, S.191 f.

- 346) Das zeigen die Berichte über die Lage der Kirche in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 in: Kirchliches Jahrbuch 1953, S.183ff und die Berichte in: Kirchliches Jahrbuch 1954, S.115ff und Kirchliches Jahrbuch 1955, S.166ff. Vgl. auch Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.111.
- 347) besonders der Evangelischen Bahnhofsmmission im Januar 1956 (vgl. hierzu Kirchliches Jahrbuch 1956, S.144ff) und des Evangelischen Hilfswerks im Juli 1957 (vgl. darüber Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.112 und SBZ-Archiv 1957, S.359).
- 348) Nähere Angaben über Verhaftungen, Verfahren und Verurteilungen siehe in Kirchliches Jahrbuch 1953, S.149 und S.188, Kirchliches Jahrbuch 1954, S.118 und Kirchliches Jahrbuch 1957, S.164ff.
- 349) Die vereinfachte Regelung des Kirchenaustritts schildert Mampel, a.a.O., Erl. 1 zu Art.47, vgl. auch daselbst Erl.2 zu Art.47.
- 350) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1954, S.141ff.
- 351) vgl. Mampel, a.a.O., Erl.3 zu Art.43, Kirchliches Jahrbuch 1953, S.157,158 und Kirchliches Jahrbuch 1954, S.117f.
- 352) Restaurierbare Kirchen mußten aber auch sozialistischer Stadtplanung weichen; vgl. über die Sprengungen der Ulrichskirche in Magdeburg und der Marienkirche in Wismar, Kirchliches Jahrbuch 1956, S.188 und Kirchliches Jahrbuch 1960, S.147ff.

Im März 1956 wurde dem Ministerium des Innern der Sowjetischen Besatzungszone als Antwort auf dessen im Februar 1956 bekanntgegebene Anklageschrift gegen die Kirche³⁵⁴⁾ eine Stellungnahme zu den Behinderungen kirchlichen Lebens übergeben³⁵⁵⁾. Mit dem gleichen Gegenstand befaßt sich auch der von der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Juni 1956 entgegengenommene Bericht zur Lage der Evangelischen Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone³⁵⁶⁾. Die Angaben dieser beiden Dokumente mögen die Reihe der allgemeinen Beispiele über die Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Leben zu einem für die Erläuterung dieses Grundzuges kirchenpolitischer Praxis der Arbeiter-und-Bauern-Macht hinlänglichen Bild abrunden.

An erster Stelle beklagt die Kirche die Duldung, Förderung und Mitwirkung staatlicher Stellen bei der Verächtlichmachung des christlichen Glaubens³⁵⁷⁾. Damit hängen eng zusammen die Behinderungen in der Erteilung des kirchlichen Unterrichts und der Ausbau der Schule zur Bekenntnisschule des atheistischen Materialismus³⁵⁸⁾: Die Jugendlichen sind nicht geschützt vor inneren Nöten, die sich bei dem den dialektischen Materialismus lehrenden Unterrichtsaufbau der Schule ergeben; die Christenlehre-Unterweisung in

353) vgl. hierzu Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.111/112 und derselbe, a.a.O., SBZ-Archiv 1957, S.357ff; vgl. auch Kirchliches Jahrbuch 1954, S.141.

354) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1956, S.149ff.

355) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1956, S.154ff, S.159ff.

356) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1956, S.23ff.

357) Dazu siehe Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1957, S.358 und die Erklärung der Synode der Kirchenprovinz Sachsen in: Kirchliches Jahrbuch 1956, S.176ff; ferner die dort (S.188) berichtete Gotteslästerung.

358) vgl. Mampel, a.a.O., Erl. zu Art.44. Beispiele aus dem Bereich der Trennung von Kirche und Schule werden unten noch besonders erörtert.

Schulräumen wird verhindert, das Jugendweihe-Gelöbniß wird gefordert; man findet Drohungen gegen die Junge Gemeinde und die Studentengemeinde. Christlichen Schülern oder Kindern kirchlicher Mitarbeiter wird der Besuch der Oberschule oder der Universität oft verweigert. Durch Umbesetzung der Lehrstühle und Schließung von Proseminaren ist die Heranbildung kirchlichen Nachwuchses behindert.

Weiter, so heißt es in den Dokumenten, beengt die Arbeit der Kirche, daß Gottesdienste, Seelsorge und kirchlicher Dienst in Straf- und Haftanstalten, Kliniken und Krankenhäusern, staatlichen Alters- und Siechenheimen unterbunden werden³⁵⁹⁾, daß missionarisches Wirken der Kirche durch die Anmeldepflicht und Genehmigungsbedürftigkeit außerhalb kircheneigener Gebäude vorgesehener kirchlicher Veranstaltungen³⁶⁰⁾ behindert wird, daß das kirchliche Pressewesen eingeschränkt ist³⁶¹⁾ und kirchliche Zeitschriften verboten worden

359) vgl. Mampel, a.a.O., Erl.3 zu Art.45 und Erl. zu Art.46; Kirchliches Jahrbuch 1954, S.115 und Kirchliches Jahrbuch 1960, S.152.

360) Siehe die Verordnung vom 29. März 1951, GB1. DDR I, S.231. In der Praxis wird die Anmeldepflicht in Genehmigungspflicht umgedeutet, übergemeindliche Veranstaltungen werden nicht genehmigt. Vgl. darüber Kirchliches Jahrbuch 1953, S.146ff, Kirchliches Jahrbuch 1954, S.115! Siehe auch den Prozeß gegen einen mecklenburgischen Pastor in Kirchliches Jahrbuch 1958, S.155ff.

361) Über die Lizenzbeschränkungen in den ersten Jahren nach dem Kriege vgl. Kirchliches Jahrbuch 1949, S.449ff; über Beschlagnahmen und das Verbot von Sammelabonnements kirchlicher Blätter durch die Pfarrhäuser vgl. Kirchliches Jahrbuch 1955, S.167 und Kirchliches Jahrbuch 1956, S.165. Nur "Mitteilungsblätter" (scil. über den kirchlichen Veranstaltungskalender) erhalten Lizenzen. Weiter siehe hierzu Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.111 und SBZ-Archiv 1957, S.359! Vgl. auch die Verordnung über den Vertrieb von Presseerzeugnissen vom 9. Juni 1955, GB1. DDR I, S.433, wonach allein die Postzeitungsliste für die Zulässigkeit des Verkaufs oder Vertriebs maßgebend ist.

sind, daß öffentliche Sammlungen und Einziehung eines Christenlehre-Beitrages erschwert werden³⁶²⁾ und die Kirchensteuer einer Naturalobligation gleichgesetzt wird³⁶³⁾. Die Kirche hat in den Berichten außerdem Beschwerde zu führen über die Mißachtung der Sonn- und Feiertage, die Aufhebung und den Entzug von Stiftungen³⁶⁴⁾, über die Verweigerung von Zuzugsgenehmigungen für Amtsträger und Reisegenehmigungen für Dienstreisen aus der Sowjetischen Besatzungszone sowie über Schikanen gegen die kirchliche Arbeit in den Sperrgebieten an der Zonengrenze³⁶⁵⁾. Schließlich ist diesen Lageberichten zufolge das kirchliche Bauwesen stillgelegt³⁶⁶⁾ durch die Versagung von Geld und Material, sowie durch die Ausschaltung kirchlicher Dienststellen bei der staatlichen Zuteilung von Kontrollziffern für kirchliche Bauvorhaben und infolge der Versagung staatlicher Genehmigungen für den Erwerb von Grundstücken für den kirchlichen Dienstgebrauch³⁶⁷⁾. Endlich werden Fälle von Nötigung kirchlicher Amtsträger zur Berichterstattung an die Organe des Staatsicherheitsdienstes genannt.

362) durch das Gesetz vom 22. März 1950, GBl. DDR I, S.288. Danach sind öffentliche Sammlungen genehmigungspflichtig. Vgl. auch Kirchliches Jahrbuch 1953, S.187.

363) Rundverfügung und Durchführungsanweisung des Ministers der Justiz, abgedruckt in Kirchliches Jahrbuch 1956, S.191f; vgl. Mampel, a.a.O., Erl.3 zu Art.43; siehe auch Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.111 und SBZ-Archiv 1957, S.358.

364) Beispiele siehe Kirchliches Jahrbuch 1956, S.169.

365) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1952, S.184ff. Im Gegensatz zu Gottesdiensten werden Tanz- und Kinoveranstaltungen vom Versammlungsverbot im Sperrgebiet ausgenommen; vgl. Kirchliches Jahrbuch 1953, S.185ff.

366) vgl. hierzu Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1957, S.357 und S.359.

367) Auch wurden beim Übergang von Liegenschaften in "Volkseigentum" kirchliche Grundpfandrechte entschädigungslos zur Löschung gebracht, ebenso durch Anwendung der Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17. Juni 1952, GBl. DDR I, S.615; vgl. Kirchliches Jahrbuch 1956, S.166.

Die durch diese Dokumentationen aus dem Jahre 1956 gekennzeichnete Lage der Kirche verschärfte sich noch durch die Kampagnen der Sozialistischen Einheitspartei für die ideologische Auseinandersetzung, die im Zusammenhang mit Angriffen auf den von der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenenen Militärseelsorgevertrag³⁶⁸⁾ und im Zusammenhang mit der Verkündung des neuen Lebensstiles nach den Grundsätzen der sozialistischen Moral auf dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei geführt wurden³⁶⁹⁾.

Mit diesem auf allen Gebieten geführten Kampf gegen die Kirche wurde der Boden dafür bereitet, die ideologische Auseinandersetzung zwischen dem atheistischen Gewaltapparat und der Kirche rechtlich enger mit der "Entwicklung zum Sozialismus" zu verknüpfen. In jener Zeit nämlich, im Juli 1958, kam nach Besprechungen zwischen Regierungs- und Kirchenvertretern das Protokoll zustande, in dem die kirchlichen Verhandlungsteilnehmer die Respektierung der "Entwicklung zum Sozialismus" aussprachen und die Regierung darauf volle Glaubens- und Gewissensfreiheit zusicherte³⁷⁰⁾. Wie es die Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1960³⁷¹⁾ zeigte, greift die Staatsgewalt zur Begründung ihrer Kirchenpolitik immer wieder auf dieses Kommuniqué zurück als

368) Hierzu siehe Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1957, S.359 und Skriver, a.a.O., SBZ-Archiv 1960, S.211f.

369) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1958, S.169ff und S.175f.

370) Zur Vorgeschichte dieser gemeinsamen Erklärung vgl. Solberg, a.a.O., S.246ff und Skriver, a.a.O., SBZ-Archiv 1960, S.211/212. Eine authentische Auslegung des Kommuniqués durch einen Vertreter der Kirchen, der an den Besprechungen teilgenommen hatte, die dem Abschlußprotokoll vorausgegangen waren, ist in Kirchliches Jahrbuch 1958, S.145/146 wiedergegeben; eine andere Auslegung findet sich bei Lotz, a.a.O., in: Mitzenheim-Festschrift, S.430ff; dazu mit Recht kritisch Heidtmann, in: Kirche in der Zeit 1961, S.382ff.

371) dazu der Vorsitzende der Ostkonferenz der Bischöfe der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: Kirchliches Jahrbuch 1960, S.133f und Beckmann, daselbst, S.132.

Grundlage einer "Normalisierung" der Beziehungen zwischen Staat und Kirche³⁷²⁾. Sie sieht in diesem Protokoll ihre Praxis bestätigt, die darauf abzielte, nach umfassenden und entschieden durchgeführten Aktionen gegen die Kirche durch scheinbare Zugeständnisse³⁷³⁾ den Prozeß der Eindämmung kirchlichen Wirkens in ein neues Ausgangsstadium zu treiben: Die Verwirklichung einer sozialistischen Entwicklung der Beziehungen zwischen dem kommunistischen Machtapparat und der Kirche erscheint näher gerückt. Denn mit der Respektierung der "Entwicklung zum Sozialismus" mag die Kirche eine Anerkennung der staatlichen Zielsetzung "Sozialismus" vermieden haben³⁷⁴⁾, sie hat jedenfalls erklärt, die vom Staat zugesicherte Glaubens- und Gewissensfreiheit als Status und Programmsatz der "Entwicklung zum Sozialismus" in Rechnung zu stellen³⁷⁵⁾. In den ersten Besprechungen mit den Regierungsvertretern hatte die Kirche wegen der dargestellten kirchenfeindlichen Aktionen der Regierung noch Verfassungsbruch vorgeworfen. In der Abschlusserklärung wird dann davon zwar berichtet, zugleich aber erklärt, daß dieser Vorwurf nicht aufrecht erhalten werde.

Die Grundlage dafür, die kirchenpolitische Praxis der Machthaber in der Sowjetischen Besatzungszone als verfassungswidrig zu kennzeichnen, konnte aber nur dann entfallen

372) vgl. den Auszug aus der Staatsratserklärung, in: Kirche in der Zeit 1960, S.394.

373) Die nach dem Kommuniqué stattgehabten Verhandlungen über Fragen und Probleme der christlichen Unterweisung der Schuljugend blieben unbefriedigend für die Kirche; siehe Kirchliches Jahrbuch 1958, S.166.

374) So Beckmann in einer Wertung des Verhandlungsergebnisses vom 21. Juli 1958, in: Kirchliches Jahrbuch 1958, S.147.

375) Beunruhigung und Erschrecken eines Teiles der Pastorenschaft über das Kommuniqué drückt der Brief eines sächsischen Pastoren an seine Synode in Kirchliches Jahrbuch 1958, S.185, aus.

sein, wenn die Kirche mit der "Respektierung der Entwicklung zum Sozialismus" zugestand und anerkannte, daß die einschlägigen Verfassungssätze Leitnormen der "Entwicklung zum Sozialismus" darstellen. Daraus ergibt sich dann allerdings auch, daß diese Verfassungssätze einzig nach Maßgabe der "Entwicklung zum Sozialismus" auszuulegen sind, d.h. im Sinne einer Beförderung des Umwälzungsprozesses und entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Phase der revolutionären Entwicklung. Hiernach kann es nicht anders erscheinen, als daß die Kirche mit der Kompromißformel des Kommuniques vom 21. Juli 1958 auf das Selbstverständnis der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone eingegangen ist und auch der sozialistischen Auffassung von der - in dem Kommunique gerade erneut zugesicherten - Glaubens- und Gewissensfreiheit als Grundrecht eines sozialistischen status activus in dieser Phase der ideologischen Auseinandersetzung nicht mehr widersprochen hat. Damit aber hat die Kirche auch selbst an der Beschränkung ihres Wirkungskreises auf den im Rahmen der "Entwicklung zum Sozialismus" verbleibenden Raum mitgewirkt. Sie hat mit ihrer Verpflichtung zur Respektierung des sozialistischen Rechts ihrerseits auch zur "Entwicklung zum Sozialismus" selbst beigetragen. Die Lage, in der sich die Evangelische Kirche in Deutschland in dem im Sommer 1958 erreichten Abschnitt des Kirchenkampfes befand, war somit für den marxistisch-leninistischen Machtapparat in der Sowjetischen Besatzungszone zu einer gesicherten praktisch-politischen Ausgangslage der weiteren "Entwicklung zum Sozialismus" geworden³⁷⁶⁾.

376) Das zeigten schon bald darauf das "aus dem bedrängten Herzen vieler Christen" an den Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben der leitenden geistlichen Amtsträger der evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone vom 21. November 1958 (abgedruckt in Kirchliches Jahrbuch 1959, S.147f) und das Schreiben zweier kirchlicher Würdenträger, die Mitunterzeichner des Kommuniques waren, an den Staatssekretär für Kirchenfragen vom 9. Mai 1959, sowie das diesem Schreiben beigefügte Memorandum (beide abge-

B. Die Ausrichtung der kirchenpolitischen Praxis der Staatsgewalt auf die Spaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland

Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 ist auch im Zusammenhang mit der staatlichen Politik zu sehen, die Gliedkirchen in der Sowjetischen Besatzungszone von der Evangelischen Kirche in Deutschland zu trennen. Dem Mißtrauensgrundsatz folgend ist der Hauptangriffspunkt der von der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossene Militärseelsorgevertrag, der der marxistisch-leninistischen Staatsgewalt als ein Bündnis mit den Imperialisten erscheint, und dessen Lösung zur Voraussetzung normaler Beziehungen zwischen der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone und der Evangelischen Kirche in Deutschland gemacht wurde³⁷⁷⁾.

Das auf eine Vorlage des Ministerpräsidenten zurückgehende Kommuniqué enthält an erster Stelle die Bekräftigung der vom Rat der Evangelischen Kirche getroffenen (und später von der Synode gebilligten) Feststellung, daß der Militärseelsorgevertrag für die Gliedkirchen in der Sowjetischen Besatzungszone keine Wirkung hat³⁷⁸⁾. Die

druckt in Kirchliches Jahrbuch 1959, S.159ff). Die Dokumente geben die Enttäuschung aller Hoffnungen der Kirchenleitungen Ausdruck, die diese in die staatlicherseits abgegebenen Zusicherungen jenes Protokolls gesetzt hatten und lassen einen umfangreichen Vortrag aller wie in den vergangenen Jahren so auch nach dem Sommer 1958 weiterhin aufgetretenen staatlichen Behinderungen kirchlichen Lebens erkennen.

377) vgl. Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1957, S.359 und S.361; Skriver, a.a.O., SBZ-Archiv 1960, S.211/212; Baukloh, a.a.O., SBZ-Archiv 1961, S.206; Solberg, a.a.O., S.213ff; ferner siehe Krüger, Der Militärseelsorgevertrag und die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik.

378) Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Sowjetischen Besatzungszone (durch Gesetz vom 24. Januar 1962, GB1. DDR I, S.2) brachte für die östlichen Gliedkirchen neue seelsorgerliche Aufgaben, für die sie von der Staatsgewalt kein Verständnis

Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone machte also mit dem Komunique auch ihre Praxis der Ignoranz einer einheitlichen, gesamtdeutsch legitiimierten Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Grundlage ihres Verhältnisses zu den Gliedkirchen ihres Machtbereiches³⁷⁹⁾.

Diese Praxis zeigte sich unmittelbar darauf in der Weigerung von Einreiseerlaubnissen für westdeutsche Synodale zur 1957 in Halle vorgesehenen Tagung der (gesamtdeutschen) Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Auch wurde nach der Annahme des Militärseelsorgevertrages durch die dann in Berlin tagende Synode im Staatsapparat der Sowjetischen Besatzungszone die Abteilung für kirchliche Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten durch ein Staatssekretariat für Kirchenfragen ersetzt. Diese Behörde verhandelt seitdem nicht mehr mit Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland, die ihren Wohnsitz außerhalb der Sowjetischen Besatzungszone haben³⁸⁰⁾.

erwarten konnten. Insbesondere hat sich die Kirche bisher der Frage der selbstverständlich gesetzlich nicht vorgesehenen Wehrpflichtverweigerung aus Gewissensgründen angenommen, die durch die weltanschaulich gebundene und klassenkämpferische Formulierung des Fahneneides besonders brennend geworden ist (hierüber siehe Baukloh, Die Evangelische Kirche und die Wehrpflicht in der Zone, in SBZ-Archiv 1960, S.50ff und derselbe, Kein Eid auf den Kommunismus, in SBZ-Archiv 1960, S.102ff). Die Staatsgewalt läßt den Status der Glaubens- und Gewissensfreiheit auch für ihre Soldaten gelten, doch darf in das militärische Leben der Ausbildungszeit niemand von außen eingreifen, und die Freizeitgestaltung (!) ist Sache des einzelnen (!) Soldaten (vgl. den Bericht über Äußerungen des Staatssekretärs für Kirchenfragen zu diesem Komplex in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Mai 1962 und vom 26. Juli 1962).

379) In klassischer Kürze hat der Staatssekretär für Kirchenfragen die sich für die "Entwicklung zum Sozialismus" ergebende Kirchenpolitik gegenüber der konstitutionell bestehenden Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Formulierung umrissen, in der Sowjetischen Besatzungszone genossen die Bürger volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, deshalb sei es un-

Die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone betreibt ihre Spaltungspolitik gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland mit öffentlichen Diffamierungen³⁸¹⁾, Einreiseverweigerungen und Ausweisungen führender Kirchenmänner³⁸²⁾, mit Störversuchen und Verböten gegen gesamtdeutsche Synoden und Kirchentage³⁸³⁾.

Innerhalb ihres Machtbereiches sucht die Staatsgewalt mit ihrer Politik einen Keil zwischen die Kirchgemeinden und Kirchenleitungen zu treiben³⁸⁴⁾ und ihrer

möglich, daß jene Kräfte, die mit dem "westdeutschen Militarismus" verbündet seien, noch eine "gesamtdeutsche Kirche" repräsentieren wollten (vgl. das Zitat bei Baukloh, a.a.O., SBZ-Archiv 1962, S.178).

- 380) Siehe Maser, a.a.O., S.202f und das Interview mit dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, wiedergegeben bei Baukloh, a.a.O., SBZ-Archiv 1962, S.177 und die ebenda, S.178, abgedruckte neue Stellungnahme des Staatssekretärs für Kirchenfragen über das Verhältnis der Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone zum Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- 381) vgl. Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.112; Baukloh, Der Evangelische Kirchentag in Berlin, in SBZ-Archiv 1961, S.258ff, 260; Kirchliches Jahrbuch 1950, S.120ff, 145f, 146ff; Kirchliches Jahrbuch 1953, S.148.
- 382) vgl. Baukloh, Die evangelische Kirche bleibt gesamtdeutsch, in SBZ-Archiv 1961, S.206ff, 207 und derselbe, a.a.O., SBZ-Archiv 1961, S.366.
- 383) vgl. Baukloh, a.a.O., SBZ-Archiv 1961, S.206ff; derselbe, a.a.O., SBZ-Archiv 1961, S.258; Kirchliches Jahrbuch 1957, S.159ff. Siehe auch die Presseauschnitte in SBZ-Archiv 1961, S.52ff!
- 384) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1950, S.124, 129, 137, 148ff, 151, 152ff; Kirchliches Jahrbuch 1951, S.124f; Kirchliches Jahrbuch 1953, S.156; Kirchliches Jahrbuch 1957, S.145.

Ideologie nahestehende Pastorenkreise als Helfer ihrer Kirchenpolitik wirksam werden zu lassen³⁸⁵⁾.

- 385) Nur allmählich konnten staatliche Stellen die oft geforderte "Einreihung der Kirche in die nationale Kampffront" (vgl. Kirchliches Jahrbuch 1950, S.111ff, 113, 125ff, 145f; Kirchliches Jahrbuch 1952, S.217, 218; Kirchliches Jahrbuch 1953, S.154ff; Kirchliches Jahrbuch 1957, S.145) bei einem kleinen Teil der Pastorenschaft erreichen. Über die Gründung des Bundes evangelischer Pfarrer siehe Kirchliches Jahrbuch 1958, S.172ff und Skriver, a.a.O., SBZ-Archiv 1960, S.210. Zu einem Spaltungsvorschlag des Pfarrerbundes vgl. Baukloh, a.a.O., SBZ-Archiv 1962, S.52/53. Ein Gespräch des Staatsratsvorsitzenden mit "christlichen Bürgern" am 9. Februar 1961 sollte den dialektischen Zusammenhang zwischen den Beziehungen zwischen der Staatsgewalt und der evangelischen Kirche einerseits und der "Aktivität christlicher Bürger bei der Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung" im gesellschaftlichen Leben andererseits sichtbar machen. Die Aussagen dieses Gespräches werden als "Magna Charta der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen Christen und Nichtchristen auf der Grundlage ihrer gemeinsamen humanistischen Anliegen" bezeichnet (vgl. "Neue Zeit" Nr.154 vom 6. Juli 1963, S.4). - Zu den Aussagen des Gespräches gehörten folgende Sätze des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Einheitspartei: "Die friedliche Koexistenz ist ... nicht auf alle Bereiche des menschlichen Lebens anwendbar". Sie ist keine "Versicherungspolice gegen historischen und gesellschaftlichen Fortschritt ...". "Das Ringen der gesellschaftlichen Kräfte, der Kampf des Neuen, dem die Zukunft gehört, gegen das Alte, absterbende, das der Vergangenheit angehört, wird weiter gehen ...". "Es gibt natürlich einen Gegensatz zwischen dem historischen Materialismus, unserer Weltanschauung, und dem philosophischen Idealismus, in dem das Christentum, wie jede Religion wurzelt. Über diese Frage gibt es Meinungsstreit." "Bitte praktizieren Sie Ihren Glauben im Sinne ... des sozialen Fortschritts". (Vergleiche die Auszüge aus "Neues Deutschland" vom 10. und vom 11. Februar 1961, in: SBZ-Archiv 1961, S.71f und S.206; vgl. dazu auch den Briefwechsel zwischen dem Wortführer der Delegation und dem Vorsitzenden der Ostkonferenz der evangelischen Bischöfe, in: Kirche in der Zeit 1961, S.140f und S.212f!)

Alledem gegenüber hält die neue Geschäftsordnung der Konferenz der evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone an der Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland fest³⁸⁶⁾.

C. Die Richtlinien der Kirchenpolitik für die "Entwicklung zum Sozialismus"

Die Geschlossenheit des gesamten marxistisch-leninistischen kirchenpolitischen Systems in der Sowjetischen Besatzungszone, wie sich die Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der "Entwicklung zum Sozialismus" durch das marxistisch-leninistische Dogma der Einheit von Theorie und Praxis als faktische, praktizierte kirchenpolitische Verfassung und als einzig gegebener und begrenzter Rahmen der auf den Sozialismus gerichteten Entfaltung des Einzelnen in dieser Ordnung der Revolution darstellt, mögen noch zwei Zitate verdeutlichen, in denen sich die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone ihre Kirchenpolitik sowohl im theoretischen Ansatz als auch vor allem in der Bewertung der praktischen Durchführung selbstgerecht bestätigt.

386) In der Präambel der neuen Geschäftsordnung heißt es: "Die evangelischen Kirchen in der DDR, die zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehören, arbeiten, unbeschadet ihrer bekenntnisbedingten und rechtlichen Selbständigkeit, seit Jahren in der 'Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR' und in der 'Konferenz der evangelischen Bischöfe in der DDR' zusammen und sind dabei geleitet von dem Ziel, Anliegen, die alle Kirchen gleichermaßen betreffen, brüderlich zu beraten und in möglichst weitgehender Übereinstimmung gemeinsam zu handeln." (Zitiert nach Baukloh, Regeres kirchliches Leben in der Zone, in: SBZ-Archiv 1962, S.252.)

Am 4. Oktober 1960 erklärte der Staatsratsvorsitzende der Sowjetischen Besatzungszone in einigen "Bemerkungen über unser Verhältnis zu den Religionsgemeinschaften":

"Die Angehörigen der evangelischen Kirche ... haben in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit, in der Kirche ... ihre religiösen Anliegen zu pflegen. Zwischen den führenden Persönlichkeiten der evangelischen Kirche in der DDR und der Regierung ist ... ein Protokoll vereinbart worden, dessen Durchführung normale Beziehungen von Kirche und Staat ermöglicht. Wir können jedoch nicht daran vorbeisehen, daß sich infolge der Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptaufmarschbasis der aggressiven NATO, infolge der vertraglich festgelegten Verfilzung kirchlicher Stellen mit Militarismus und NATO-Politik und infolge der Propaganda führender westdeutscher Kirchenleute für die Atomkriegspolitik des Bonner Staates die früher einmal möglich gewesene Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und einer westdeutschen sogenannten deutschen Kirchenleitung unmöglich geworden ist. Mit unserer Einstellung zur Kirche hat das jedoch nichts zu tun (387).

Ich freue mich, heute feststellen zu können, daß bei einer zunehmenden Zahl maßgeblicher Amtsträger der evangelischen Kirche der DDR das Verständnis für unsere Einstellung zu den westdeutschen NATO-Politikern im geistlichen Gewand und den von ihnen vertretenen Institutionen wächst. Die kirchlichen Amtsträger in der DDR überzeugen sich mehr und mehr von der Richtigkeit der von der Friedensliebe und den Prinzipien wahrer Menschlichkeit geleiteten Politik unserer Regierung. Im Ver-

387) Hierüber sagte der Staatsratsvorsitzende an anderer Stelle: "In Westdeutschland haben die imperialistischen und alten militaristischen Kräfte die Macht in der Hand und setzen sie ein, um die Kirche auszunutzen. Deswegen ist es nicht richtig, von einer Spaltung der Kirche zu sprechen. Wir stehen nicht im Gegensatz zu den ... Christen in Westdeutschland ... Wir haben aber einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Vertretern der Kirchenführung in Westdeutschland ... Unsere Differenzen bestehen nicht mit der Kirche und ihren Mitgliedern, sondern mit den reaktionären Kirchenführern. Mit denen haben wir in der Tat grundsätzliche Differenzen. Sie beziehen sich nicht auf die Weltanschauung, sondern in erster Linie auf die Fragen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus ..." (Zitiert nach SBZ-Archiv 1961, S.71).

laufe dieses Jahres haben an vielen Orten Pfarrer und Gemeindegemeinderäte, Theologen und andere kirchliche Amtsträger aus christlicher Verantwortung heraus dazu beigetragen, christlichen Bauern die Entscheidung für den guten Weg in die sozialistische Zukunft zu erleichtern ... Wir sehen darin ein Zeichen des in der evangelischen Kirche in der DDR wachsenden Verständnisses für die Ziele und Aufgaben unserer sozialistischen Gemeinschaft. Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze." 388)

Noch stärker betont den dialektischen Zusammenhang von kirchenpolitischer Praxis der Sozialistischen Einheitspartei (als Staatsgewalt) und Mitwirkung der Bürger an der "Entwicklung zum Sozialismus" der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei an den VI. Parteitag, wo es über die Politik der Partei gegenüber den Religionsgemeinschaften heißt:

"Unsere Partei leistete eine wirkungsvolle Arbeit bei der Einbeziehung christlicher Bürger der DDR in den sozialistischen Aufbau und der Gewinnung von Theologen und kirchlichen Amtsträgern für die Friedenspolitik der Regierung ... Gleichzeitig wurden die antihumanistischen und friedensfeindlichen Bestrebungen der westdeutschen Militärkirchenvertreter entlarvt und ihre Möglichkeiten, religiöse Anschauungen der Bürger und Institutionen der Kirche für die Ziele des Imperialismus und Militarismus zu mißbrauchen, weiter eingeengt ... Die Partei (entwickelte) eine richtige Politik gegenüber den Religionsgemeinschaften und ihren Anhängern, ohne die Erziehung der Massen im Geiste der Weltanschauung des dialektischen Materialismus zu vernachlässigen; denn die Gemeinsamkeit der politischen Interessen und des politischen Kampfes kann niemals Verzicht auf die Verbreitung unserer Weltanschauung bedeuten ... Die grundlegende theoretische Klärung des Wesens des politischen Klerikalismus und der Linie des Kampfes gegen ihn hatte große Bedeutung für eine richtige Politik der klassenmäßigen Differenzierung ... (So) entstand ... eine umfangreiche und vielseitige marxistische Literatur gegen die Ideologie des politischen Klerikalismus ...

388) Zitiert nach Kirche in der Zeit 1960, S.394 und Jahrbuch der DDR 1961, S.32.

Große Bedeutung für die Festigung der Einheit der Bürger der DDR hatte die in der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates enthaltene Feststellung, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind. Diese Erklärung fand ein breites zustimmendes Echo unter der christlichen Bevölkerung. Die Praxis hat die Richtigkeit der Politik von Partei und Staat gegenüber Christentum und Kirche bestätigt. Die westdeutschen Militaristen und Imperialisten setzten in der Vergangenheit große Hoffnungen darauf, die christlichen Schichten unserer Bevölkerung in Gegensatz zur Arbeiter- und Bauern-Macht zu bringen und sie zu konterrevolutionären Aktionen aufzuwiegeln. Diese Absichten haben sich ganz und gar als Illusion erwiesen. Dem politischen Klerikalismus ist in der DDR ein für allemal der Boden für sein menschenfeindliches Wirken entzogen." 389)

Hiernach ist nun noch auf die Maßnahmen der Staatsgewalt einzugehen, die speziell auf die Entfaltung der Mitwirkung des einzelnen Bürgers bei der "Entwicklung zum Sozialismus", auf die sozialistische Ausrichtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit gezielt sind.

389) Zitiert nach Kirche in der Zeit 1963, S.171.
(Der Abschnitt über die Politik gegenüber den Religionsgemeinschaften ist in den in "Neues Deutschland" Nr.280 vom 11. Oktober 1962 veröffentlichten Auszügen aus dem Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei nicht enthalten!)

2. Abschnitt:

Beispiele für die kulturell-erzieherische Leitungstätigkeit der Staatsgewalt

Die kulturell-erzieherische Funktion des sozialistischen Staates besteht in dem umfassenden Einsatz der staatlichen Machtmittel zur Erziehung der Bürger zu Menschen mit sozialistischem Bewußtsein. Diese Staatsaufgabe erweist, daß der sozialistische Staat ein totalitärer Staat ist^{389a)}. Das zeigt sich auch daran, wie durch staatliche Anleitung der Bürgerstatus der Glaubens- und Gewissensfreiheit zur Mitwirkungstat bei der "Entwicklung zum Sozialismus" entfaltet werden soll.

A. Beispiele für die Anleitung zur intellektuellen Mitwirkung

1. Versuche, christliche Bürger für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen.

Die Aufgabe, christliche Bürger für den weltanschaulich einseitig und atheistisch ausgerichteten Weg der Entwicklung des gesamten öffentlichen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone zu gewinnen, hat dort die im Zuge der Blockpolitik gleichgeschaltete Organisation der Christlich-Demokratischen Union übernommen. Eine Pfarrerkonferenz dieser für das Staatsziel des Sozialismus eintretenden Organisation legte im September 1950 eine EntschlieÙung vor, die es erleichtert, die Entwicklung der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Sinne des Marxismus-Leninismus zu erfassen³⁹⁰⁾. "Die Pfarrer und die kirchlichen Angestellten und darüber hinaus alle bewußten Christen" sollten sich zu "verantwortungsvoller Mitarbeit", zum Einsatz für die politischen Nahziele der kommunistischen Politik zur Verfügung stellen. Es sei unverständlich, "wenn Kirchenleitungen direkt oder indirekt die Pfarrer, die kirchlichen Angestellten

389a) Vgl. Mampel, Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland, S.23 und Mampel, Erl.3 zu Art.3 der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone.

390) Der Text der EntschlieÙung der Pfarrerkonferenz der Ost-CDU vom 14. September 1950 ist abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S.123ff.

und die Gemeindeglieder negativ beeinflussen". Es wurde verlangt, "daß die Kirchenleitungen den Geistlichen, den kirchlichen Angestellten und Gemeindegliedern das Gewissen frei geben für ihre aktive Mitarbeit ..." Im Dezember 1950 wurde eine weitere Hilfe für den Umdenkungsprozeß in Fragen der Glaubens- und Gewissensfreiheit an die Öffentlichkeit gegeben³⁹¹⁾. Es werde von den Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Sowjetischen Besatzungszone erwartet, so hieß es in dieser Verlautbarung³⁹²⁾ der Organisation, "daß sie die Verfassung ... als Grundlage für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche anerkennen. Dazu gehört die innere und äußere Anerkennung der staatlichen Gesetze und der gesamten politischen und gesellschaftlichen Ordnung." Die Trennung von Staat und Kirche bedeute nicht, daß die Kirche ein Sonderdasein führen und Anziehungspunkt feindlicher Absichten werden könne. Es werde von den Kirchen erwartet, heißt es weiter, "daß sie gemäß der christlichen Lehre die Gläubigen in verantwortungsbewußter Mitarbeit an alle öffentlichen Aufgaben rufen und ihre Amtsträger nicht an der Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten hindern". Wo das geschehe, sei Schutz und Hilfe des Staates zu Lasten der Kirchenleitungen zu gewähren³⁹³⁾. In den Meißener

391) Wort der CDU (Ost) zum Verhältnis Staat und Kirche, in Dokumente der CDU, S.91ff.

392) a.a.O., S.92.

393) Den Kirchenleitungen, die ihren Pastoren und Gemeindegliedern nicht zur Beteiligung an der Freund-Feind-Politik raten konnten, mit der die Staatsgewalt alle Lebensbereiche ihrer Bürger in den Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung hineinzuziehen sich bemühte, wurde von seiten des Staates mehrfach vorgeworfen, verfassungswidrigen Gewissenszwang auszuüben (vgl. Kirchliches Jahrbuch 1950, S.129, 144, 153 und Kirchliches Jahrbuch 1951, S.125).

"Thesen des christlichen Realismus" wurde dann im Jahre 1961 der Versuch gemacht, theologisches Denken von den ideologischen Voraussetzungen und Bindungen des Marxismus-Leninismus her darzustellen³⁹⁴⁾ und die sozialistische Erneuerung der Gesellschaft nach dem Beispiel der von Karl Marx ausgehenden Bewegung als Aufgabe christlicher Verantwortung hinzustellen³⁹⁵⁾. Die Annahme und innere Aufnahme einer solchen Wegweisung muß als Beginn eines modifizierten Umschulungs- und Überzeugungsprozesses gesehen werden, an dessen Ende aber doch das Ziel des neuen, sozialistischen Menschen steht, der, wenn er nicht gleich ein Atheist geworden ist, sich dennoch mit einer von der Staatsgewalt gelehrten neuen (pseudo)christlichen Gewißheit und Bindung ganz in den Dienst der "Entwicklung zum Sozialismus" stellt. So ist die EntschlieÙung "christlicher Demokraten" vom 15. September 1956 zu verstehen, in der festgestellt wird, "daß der Sozialismus für die Erfüllung vieler christlicher Anliegen weit bessere Möglichkeiten bietet, als frühere Wirtschaftssysteme ... Die christlichen Demokraten arbeiten unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse am Aufbau des Sozialismus ... mit der Überzeugung, daß dieses Handeln den christlichen Grundsätzen entspricht ..." ³⁹⁶⁾ Der Generalsekretär der Christlichen Demokraten in der Sowjetischen Besatzungszone hat in seinem Schlußwort auf der XIV. Tagung des Hauptvorstandes dieser Organisation die Forderung nach Mitarbeit und Anerkennung der gesellschaftlichen Wandelungen des sozialistischen Staates als Mahnung, die Staatsbürger-

394) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1951, S.139ff.

395) vgl. These 19, a.a.O., S.146.

396) vgl. die EntschlieÙung des 8. Parteitages, in Dokumente der CDU, Band II, S.84ff, 92; vgl. auch Kirchliches Jahrbuch 1956, S.174f.

pflichten zu erfüllen, an alle christlichen Bürger der Sowjetischen Besatzungszone gerichtet³⁹⁷). Er sieht in der Übereinstimmung des Friedenswillens des einzelnen mit der Regierung und Gesellschaft, in der "Einheit von sonntäglichem Friedensgebet und politischer Wirklichkeit", die "Fundamente der Freiheit" für die durch "Geschenk des Sozialismus" aus der "konstantinischen Gefangenschaft von Thron und Altar" befreiten Christen in der Sowjetischen Besatzungszone³⁹⁸).

Die von der Organisation Christlicher Demokraten übernommene "Aufgabe, für die christlichen Bürger (der Sowjetischen Besatzungszone) den Weg in den Sozialismus zu ebnen"³⁹⁹), wird vor allem mit einer umfassenden Beeinflussung durch Veröffentlichung positiver Beispiele vollzogen⁴⁰⁰). So heißt es in einem "Ratschlag aus

397) vgl. "Neue Zeit" Nr.154 vom 6. Juli 1963, S.3 und 4! Diese Forderung wurde wiederholt anlässlich einer Gastvorlesung an der Martin Luther-Universität Halle (vgl. "Neue Zeit" Nr.237 vom 11. Oktober 1963, S.1 und 2).

398) vgl. "Neue Zeit" Nr.164 vom 18. Juli 1963, S.3.

399) So neuerlich der Vorsitzende dieser Organisation in "Neue Zeit" Nr.233 vom 6. Oktober 1963, S.3.

400) vgl. "Der Demokrat" Nr.208 vom 7./8. September 1963; "Neue Zeit" Nr.206 vom 5. September 1963, S.3; "Neue Zeit" Nr.208 vom 7. September 1963; "Neue Zeit" Nr.234 vom 7. Oktober 1963, S.9! Als Beispiel für diese für die Mobilisierung der Volksmassen typischen Veröffentlichungen aus der Propagandakampagne des Herbstes 1963 soll insbesondere auch das folgende Zitat aus einem Artikel des Generalsekretärs der christlich-demokratischen Organisation angeführt sein: "In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in unserer Deutschen Demokratischen Republik beweisen Christen täglich durch ihre Taten, daß sie ihre Kraft und ihre Fähigkeiten für die Festigung und Stärkung unserer Republik ... einsetzen, indem sie an der Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne mitarbeiten und so helfen, daß das große Programm des Sozialismus mit Leben erfüllt wird. Ihre Zahl, ihre Aktivität und ihre Bewußtheit wachsen ständig. An Hand der vielfältigen Erfahrungen, die sie in der eigenen praktischen Arbeit beim Aufbau des Sozialismus gewinnen, lernen sie immer besser auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkennen ... Das Leben (gibt) selbst Zeugnis dafür, daß die Existenz

Leipzig", der Entschlieung einer von den Blockparteien gelenkten Theologenkonferenz: "Die Grundlagen des Sozialismus sind von Christen mit errichtet worden. Sein umfassender Aufbau soll und wird ebenfalls mit uns Christen geschehen."⁴⁰¹⁾ Eine solche spezielle Anrede der christlichen Bürger hat die Bedeutung, christlich-ethische Pflichten mit den Anforderungen des sozialistischen Staates an den einzelnen zu verflechten⁴⁰²⁾ und auf solcher Grundlage jede nun einmal dem sozialistischen Gemeinwesen dienende berufliche Tätigkeit als Vorstufe einer intellektuellen und materiellen Mitwirkung, der Entfaltung vollkommen sozialistischer Bewußtheit von Glaubens- und Gewissensfreiheit, wirken zu lassen. Denn neben solcher Bemühung, christliche Bürger für den Marxismus-Leninismus zu gewinnen, geht die ideologische Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche einher.

im Sozialismus für Hunderttausende christlicher Bürger eine Sache rechter Bezeugung und Bewährung ihres Glaubens im Dienst am Nächsten und am Frieden ist. In diesem Sinne arbeiten in unserer Republik christliche Werk-tätige in den Brigaden sozialistischer Arbeit mit, ... erziehen christliche Lehrer Kinder im Geiste des sozialistischen Humanismus, gestalten christliche Künstler mit am Bild des neuen, befreiten Menschen ... So verstehen auch diejenigen christlichen Bürger ihre Aufgabe, die verantwortliche Funktionen im Staat und in gesellschaftlichen Organisationen übernommen haben Sie bewähren ihr Christsein in der neuen Gesellschaftsordnung, im Sozialismus". (Vgl. "Der Demokrat" Nr. 241 vom 17. Oktober 1963).

401) vgl. "Neues Deutschland" Nr.263 vom 25. September 1963, S.2.

402) Die Forderung christlicher Nächstenliebe soll zunächst die Legitimation für das Verlangen nach jedweder Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus sein. Dies gilt jedoch nur als Ausgangspunkt weiterer Beteiligung an der "Entwicklung zum Sozialismus": Der Vorsitzende des Bundes Evangelischer Pfarrer bezeichnete als "Gretchenfrage unserer Zeit: Wie hlst du es mit der politischen Diakonie?" (vgl. "Neues Deutschland" Nr.268 vom 30. September 1963, S.2).

Alle Kirchenleitungen in der Sowjetischen Besatzungszone hatten nämlich schon sehr früh Anlaß, der Staatsgewalt die aus den Anfängen der sozialistischen Entwicklung und infolge der mit Schärfe geführten ideologischen Auseinandersetzung den einzelnen Kirchengemeindegliedern erwachsenen Bedrängnisse und Gewissensnöte vorzutragen⁴⁰³⁾. Träger der staatsbürgerlichen Mitwirkung, vor allem der intellektuellen Aufgeklärtheit eines Sozialisten, soll offenbar insbesondere die Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone werden. Von ihr erwartet die Staatsgewalt einen direkt erreichbaren Tatbeitrag materieller Aufklärung und Mitwirkung in dem Prozeß der ideologischen Auseinandersetzung. Darum sollen die Lehren des Sozialismus die Schulen und die Ausbildungszeit der Jugendlichen durchdringen und kirchlicher Einfluß und christlicher Glaube die junge Generation nicht mehr oder nur noch vereinzelt erreichen. Infolgedessen ist in der kirchlichen Jugendarbeit notwendigerweise das Hauptfeld der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche zu sehen. Dies gilt es im folgenden zu betrachten.

2. Die weltanschauliche Ausrichtung der Schule

a) Sozialistische Schulpolitik

Der sozialistische Staat verwirklicht nach marxistisch-leninistischer Anschauung die kulturell-erzieherische Staatsfunktion insbesondere im Schulwesen.

403) vgl. den Brief des Bischofs von Berlin-Brandenburg an den Ministerpräsidenten, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S.114ff und das Schreiben der provinziälsächsischen Kirchenleitung an den Ministerpräsidenten, in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S.131ff.

Die Schule ist für den sozialistischen Staat der Ort, durch umfassende Volksbildung, also marxistisch-leninistische Aufklärungsarbeit, im Volke das sozialistische Bewußtsein heranzubilden und alle dieser Erziehungsarbeit entgegengesetzte Einflüsse auf die Jugend auszuschalten⁴⁰⁴⁾. Die Schulreform der Nachkriegszeit errichtete in der Sowjetischen Besatzungszone die "antifaschistisch-demokratische Einheitschule"; im Jahre 1959 begann die Umwandlung zur "sozialistischen Schule"⁴⁰⁵⁾. Zur Vorbereitung und Begründung der völlig marxistisch-leninistischen Prägung des Schulwesens hielt der Ministerpräsident der Sowjetischen Besatzungszone im März 1959 eine Rede⁴⁰⁶⁾, die die Schulpolitik als wesentlichen Teil der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der Staatsgewalt und der Kirche hervortreten ließ. Nach den Darlegungen, daß der Sozialismus den neuen Menschen erfordere, der sorgfältig heranzubilden und mit Beharrlichkeit zu formen und zu erziehen sei, folgt in dieser Rede die Feststellung, der jungen, heranwachsenden Generation müsse bei der Prägung des sozialistischen Bewußtseins das stärkste und intensivste Bemühen gehören. "Ihr muß vor allem im Interesse der Beherrschung der Praxis des sozialistischen Aufbaues die sozialistische Theorie,

404) vgl. Mampel, Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone, Erl. zu Art. 37ff und Erl. 3 zu Art. 3.

405) Siehe die Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen - Schulordnung - vom 12. November 1959, GBl. DDR I, S. 823 und das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens vom 2. Dezember 1959, GBl. DDR I, S. 859. Über das Schul- und Erziehungswesen in der Sowjetischen Besatzungszone vgl. auch Mampel, a.a.O., Erl. zu Art. 37ff und die dort aufgeführte Literatur. (Vgl. auch Skrivers, Die Evangelische Kirche und der SED-Staat, in SBZ-Archiv 1960, S. 210f.)

406) vgl. Auszüge in Kirchliches Jahrbuch 1959, S. 149ff.

die marxistisch-leninistische Wissenschaft überzeugend erläutert werden. Die Methode zur Verbreitung der dialektisch-materialistischen Weltanschauung ist die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen ...", sie "schließt auch den Kampf gegen alle Arten von Furcht, Vorurteilen, Wunder- und Aberglauben ein, die eine falsche Vorstellung von der Welt vermitteln." Nur der wissenschaftlich (- also auf den dialektischen Materialismus gegründet⁴⁰⁷) - denkende Mensch, heißt es in dieser Rede weiter, kann den Erfordernissen der höheren Entwicklung im Sozialismus voll gerecht werden. Die damit unvermeidlich zusammenhängenden Wandelungen im Bewußtsein der Menschen müßten gelenkt und gefördert werden.

Von dieser Grundlinie aus sind die Einführung des polytechnischen Unterrichts, das Streben nach der Ganztagschule und die sozialistischen Feriengestaltungen in diesem staatlichen Schulwesen zu verstehen⁴⁰⁸). Das gesamte Erziehungswesen ist staatliche Aufklärungsarbeit und Anleitung zur Mitwirkung am Aufbau des Sozialismus⁴⁰⁹). Der polytechnische Unterricht stellt die

407) Die EntschlieÙung der Pädagogischen Konferenz (einer Veranstaltung des Ministeriums für Volksbildung) vom 18. Oktober 1953 definiert: "Die wissenschaftliche Grundlage der gesamten Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der deutschen demokratischen Schule ist der dialektische Materialismus, die höchste Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens, dessen Prinzipien in einer kämpferischen Auseinandersetzung gegen alle reaktionären Auffassungen durchgesetzt werden müssen". (Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1954, S.139; Kirchliches Jahrbuch 1955, S.282).

408) vgl. darüber Mampel, a.a.O.; ferner SBZ-Archiv 1963, S.258f.

409) Jeder Lehrer ist Funktionär der Arbeiter-und-Bauern-Macht; vgl. die Verordnungen vom 4. März 1954, GBl. DDR I, S.271 (§ 1 Abs.2) und die Durchführungsverordnung vom 8. April 1954, GBl. DDR I, S.417.

Verbindung zur Praxis dar, die im Zuge der Entfaltung des Rechtes auf Bildung als sozialistisches Grundrecht der Staatsgewalt notwendig erscheint. Das Gesetz über die sozialistische Schule ist nur die Konsequenz der bisherigen Entwicklung des Bildungswesens: Denn bereits die "antifaschistisch-demokratische Schule" war völlig auf die Erziehung im Geiste des weltanschaulichen Bekenntnisses zum dialektischen Materialismus ausgerichtet⁴¹⁰). Das bezeugen auch die Ausführungen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei auf dem IV. Parteitag seiner Partei im Frühjahr 1954. Damals sagte er⁴¹¹), in der Sowjetischen Besatzungszone "wurde durch die Schulreform eine wirklich demokratische Schule geschaffen ..., in der die Jugend als Kämpfer ... für (den) Sozialismus ... erzogen wird. In diesen Schulen erhalten die Kinder der Werktätigen zum erstenmal eine wissenschaftlich fundierte⁴¹²) Ausbildung". Und dann wird festgestellt:

410) So auch Mampel, a.a.O., Erl.1b zu Art.37. Im Jahre 1953 änderte die Staatsgewalt nur für kurze Zeit ihre Methoden, die Lehrkräfte auf die Vermittlung des dialektischen Materialismus zu verpflichten; man wollte die Lehrer für den Marxismus-Leninismus "gewinnen". (Vgl. die Zugeständnisse des Ministerpräsidenten in seiner Rede am "Tag des Lehrers", abgedruckt in Kirchliches Jahrbuch 1953, S.180).- Die Synode der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg hatte im Jahre 1951 "mit ernster Besorgnis die immer deutlicher hervortretende Entwicklung der staatlichen Schule zu einer reinen Bekenntnisschule der materialistischen Weltanschauung verfolgt". In der Entschließung des Öffentlichkeitsausschusses der Synode wurde im Jahre 1954 festgestellt: "Diese Befürchtung ist nun Wirklichkeit geworden: Die staatliche Schule ... ist heute eine Bekenntnisschule der materialistischen Weltanschauung und damit zugleich ein Instrument des politischen Kampfes". (Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1954, S.119 und zum Ganzen: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.283ff.)

411) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1954, S.138f.

412) vgl. oben Anm. 407!

"Wir haben jetzt im Schulwesen einen Stand der Entwicklung erreicht, wo die ganze Aufmerksamkeit auf die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichtes ... konzentriert werden muß". Das bedeutet, daß spätestens ab 1954 der dialektische Materialismus zur ausschließlich verbindlichen Grundlage aller pädagogischen Arbeit erhoben war, und daß von da an jede andere und damit "unwissenschaftliche" Lehrmeinung im "kämpferischen wissenschaftlichen Meinungsstreit" verdrängt wurde. Deswegen erhoben die am 3. Dezember 1954 zur kirchlichen Ostkonferenz versammelten Vertreter der evangelischen Kirchen in der Sowjetischen Besatzungszone unter Berufung auf schon früher vorgelegte Eingaben nunmehr gemeinsam offiziellen Einspruch gegen die "von der zunehmenden Politisierung der Schule ..., die immer mehr den Charakter einer Zwangsbekennnisschule der materialistischen Weltanschauung annimmt," geprägte Schulpolitik der Staatsgewalt⁴¹³⁾. Auch auf Erinnerungen im Frühjahr und Sommer 1955 hin erteilte das Volksbildungsministerium jedoch weder eine Empfangsbestätigung noch eine Beantwortung dieser Eingabe. So versuchte die Kirche, die Gemeinden und christlichen Eltern darüber zu unterrichten, welchen Lehren ihre Kinder ausgesetzt sind, und bemühte sich, ihnen Hilfen und Rat zu geben⁴¹⁴⁾.

413) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1954, S.140f.

414) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1955, S.147.

- b) Die weltanschauliche Durchdringung der Schule als Teil der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche

Wie stark die sozialistische Entwicklung des Schulwesens zu einem Faktor der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche gemacht wurde, zeigt die bereits angeführte Rede des Ministerpräsidenten, in der es dazu heißt: 415)

"In allen ... wichtigen Erziehungsfragen werden durch einige Kirchenführer Schwierigkeiten konstruiert, die sich nicht nur hemmend auf die fortschrittliche Entwicklung unserer Jugend auswirken können, sondern die vor allem bei großen Teilen der fortschrittlichen christlichen Bevölkerung unserer Republik zu Konflikten führen müssen. Diese Kirchenführer erheben völlig ungerechtfertigt Vorwürfe gegenüber unserem Staat und tun so, als ob die in unserer Verfassung für alle Bürger garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit allein für die Kirche gelten würde, als ob die Kirche eine Monopolstellung in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat einzunehmen berechtigt wäre. Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt jedoch, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder die Namensgebung eines Kindes begehren will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt. Jede Einschränkung dieser Rechte und jeder Versuch einer Monopolisierung durch die Kirchenführer bedeutet Gesinnungszwang und erzeugt künstliche Spannungen. Wir können solche Versuche, unsere Verfassung zu verstümmeln, nicht dulden. Wer die Stabilisierung alter Rechte von vorgestern fordert, fordert nicht Rechte, sondern Vorrechte für die Kirche." (416)

-
- 415) vgl. den Auszug in Kirchliches Jahrbuch 1959, S.149f.
 416) In diesem Zusammenhang ging der Ministerpräsident auch auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 ein: "Es wäre wünschenswert, daß sich alle Kirchenleitungen den Geist und den Inhalt dieses Kommunique in vollem Maße zu eigen machen. Das entspricht auch dem Wunsche und den Interessen der christlichen Bevölkerung, die am Aufbau des Sozialismus ... teilnimmt. Dieses Kommuniqué ist eine geeignete Grundlage für die sachliche Klärung aller Probleme, wie sie in der täglichen Praxis zwischen Staat und Kirche auftreten können.- Die Kirche hat sich schon öfter darüber beschwert, daß sie von mir so wenig Antworten erhält. Hier ist eine Antwort! Eine Antwort, die aus unserer grundsätzlichen Einstellung geboren ist, die

Die mit der sozialistischen Gestaltung des Schulwesens verbundenen Maßnahmen der Staatsgewalt sind als kirchenpolitische Akte anzusehen. Sie sind zunächst zu bewerten als die vom Staat ausgehende Entfaltung des Rechtes auf Bildung nach der allgemeinen marxistisch-leninistischen Verhaltensmaxime: Jeder Bürger soll mit seinem Denken und Handeln der "Entwicklung zum Sozialismus" dienen. Das bedeutet dann, der für den Sozialismus lernende junge Mensch soll die Fähigkeit erlangen, Wissenschaft und Technik zu beherrschen, also die Entwicklungsgesetze des dialektischen Materialismus zu kennen, zu glauben und praktisch anzuwenden. Damit liegt in aller staatlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit die Anleitung zur intellektuellen Mitwirkung an der "Entwicklung zum Sozialismus". Als Hemmnis dieser von der Staatsgewalt der Jugend vorgeschriebenen inneren und geistigen Entfaltung erscheinen sodann vor allem der christliche Glaube, die der Jugend von der Kirche gegebene Unterweisung und Wegweisung. Solche Lehre hindert die Aufnahme und volle innere Annahme des dialektischen Materialismus. Mit dem Auftrag, "sozialistisch" zu leben und zu arbeiten, d.h. den Marxismus-Leninismus zu praktizieren, ist christliche Einstellung nicht vereinbar. So stehen für die sozialistische Staatsgewalt der christliche Glaube und die die christliche Lehre verkündende Kirche der sozialistischen Bildung der Jugend, ihrer sozialistischen Entfaltung und schließlich dem Gesamtprozeß sozialistischer Bewußtseinsbildung im Volke entgegen. Deshalb bedarf es der inhaltlichen Entfaltung der Glaubens- und Gewissensfreiheit von der "Entwicklung zum Sozialismus" her und auch der Bewußtmachung aller darin liegender Pflichten. Für das Wirken der Kirche hat die

frei ist von Kleinigkeiten und Gehässigkeiten und die - wie das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 - die Möglichkeit zur Verständigung bietet." (a.a.O.)

sozialistische Staatsgewalt insbesondere in bezug auf die Jugend und in der Schulfrage nicht etwa in dem Verfassungssatz von der Glaubens- und Gewissensfreiheit einen Rechtstitel zur Erhaltung einer nichtsozialistischen Ideologie im Volke zugestanden. Denn die Glaubens- und Gewissensfreiheit bezeichnet in der "Entwicklung zum Sozialismus" den Mitwirkungsstatus der Entfaltungsmöglichkeit zum sozialistischen Menschen und damit die Verpflichtung, sich auf das Staatsziel des Sozialismus hin auszurichten.

Eine solche von der Staatsgewalt angestrebte Entfaltung und Entwicklung der Schuljugend wird mitgetragen, gestaltet und gefördert von der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche. Die Kirche tritt in diese ideologische Auseinandersetzung mit ein, wenn sie ihren Gemeindegliedern gegenüber zur Schulpolitik der Staatsgewalt kritisch und ablehnend Stellung nimmt. Der Staatsgewalt sind jedoch alle Mittel vorbehalten, die Jugend zu einem - in Ausübung sozialistischer Glaubens- und Gewissensfreiheit abgelegten - Bekenntnis zur materialistischen Weltanschauung in der Schule anzuleiten: Die Schule ist von der Kirche getrennt; der Einfluß der Kirche kann legitim aus der Schule verdrängt werden und zwar ausschließlich zugunsten der von der Staatsgewalt verkündeten Lehren des Marxismus-Leninismus. In diesem Rahmen, in dieser Richtung wird von der Staatsgewalt die Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der Schule gewährleistet: Die Schuljugend genießt die Freiheit zur Annahme des dialektischen Materialismus; die ungestörte Bildung des sozialistischen Bewußtseins ist ihr garantiert als Freiheit vom Einfluß von Religion und Kirche. Denn auf die Respektierung der "Entwicklung zum Sozialismus" durch die evangelischen Kirchen kann die

Staatsgewalt zweifach hinweisen: einmal innerhalb der ideologischen Auseinandersetzung mit der Kirche gegenüber deren Vertretern und zum anderen gegenüber der Jugend bei der Anleitung der Schulkinder zur geforderten intellektuellen Mitwirkung. So liegt in der Bedeutung des Satzes von der Glaubens- und Gewissensfreiheit für die Erziehung der Jugend zu sozialistischen Menschen auch der Ausgangspunkt für die staatliche Einstellung zur christlichen Unterweisung und für den Kampf der Staatsgewalt gegen die kirchliche Jugendarbeit in der Jungen Gemeinde.

3. Christliche Unterweisung und Junge Gemeinde während der kämpferischen Werbung des Staates um die Jugend

a) Die Behinderungen des Christenlehre-Unterrichtes

Für den kirchlichen Dienst der Christenlehre haben alle evangelischen Gliedkirchen in der Sowjetischen Besatzungszone den katechetischen Dienst ins Leben gerufen⁴¹⁷⁾. Die Katecheten werden von den Landeskirchen ausgebildet und angestellt⁴¹⁸⁾. Es ist Amtspflicht der Pastoren und Kirchgemeinderäte, in ihren Gemeinden für die Einrichtung und regelmäßige Abhaltung des Christenlehre-Unterrichtes zu sorgen⁴¹⁹⁾. Die evangelische Unterweisung der getauften Schulkinder war jedoch alsbald durch den Prozeß der Verdrängung kirchlicher Arbeit aus

417) siehe hierzu Kirchliches Jahrbuch 1955, S.290ff.

418) vgl. die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen; Beispiele in: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.293ff.

419) vgl. die amtliche Erläuterung des Kirchengesetzes über die Ordnung des katechetischen Dienstes in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, in: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.296.

dem öffentlichen Leben, insbesondere aus der Schule, bedroht, und sie litt vornehmlich dort, wo für den Religionsunterricht Schulräume verweigert wurden und kircheneigene Unterrichtsräume nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung standen⁴²⁰⁾. Wie das der Kirche in Art.44 der Verfassung zugestandene "Recht auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schule" in der "Entwicklung zum Sozialismus" zu verstehen ist, bestimmten die am 31. Oktober 1953 "unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen" "zur Durchführung des Art.44 der Verfassung ... und in Verwirklichung des Rechts der Kirchen auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schulen" erlassenen Richtlinien des Ministeriums für Volksbildung⁴²¹⁾. Darin wurden die Schulleiter verpflichtet, "auf Ansuchen Räume zur Erteilung des Religionsunterrichtes kostenlos zur Verfügung zu stellen". Jedoch durfte "keine Beeinträchtigung des planmäßigen Unterrichts eintreten"⁴²²⁾. Wegen der in Art.42 und Art.44 der Verfassung bestimmten Freiwilligkeit der Teilnahme an der christlichen Unterweisung untersagten die Richtlinien, in der Schule oder ihren Einrichtungen für die Christenlehre zu werben, ebenso, sich gegen die Teilnahme am Religionsunterricht auszusprechen.

Diese Richtlinien sind als praktische Anweisung aufzufassen, die ideologischen Grundsätze der marxistisch-

420) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1955, S.298.

421) abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.298f.

422) Vor acht Uhr und in Springstunden durfte kein Religionsunterricht stattfinden, Änderungen des Stundenplanes waren vorrangig; durch die zusätzlichen Christenlehrestunden durften "die Schüler nicht über Gebühr belastet werden".

leninistischen Auffassung von der Glaubens- und Gewissensfreiheit, von der feindlichen Trennung von Staat und Kirche und der Kirche von der Schule in der alltäglichen Praxis der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche gegenüber den Verfassungssätzen, die dem Entwicklungsstand des sozialistischen Aufbaues nicht mehr entsprechen und daher überholt sind, mit dem Ziel zur Geltung zu bringen, sozialistische Rechtszustände zu schaffen. Oberschulen wurden nämlich nicht zu den "allgemeinbildenden Schulen" gerechnet, auf die die Richtlinien sich bezogen, und daher von der Gestattung des Christenlehre-Unterrichts ausgenommen; Katecheten erhielten Hausverbote in den Schulen, wenn sie auf dem Schulkorridor Kinder zum Gottesdienst eingeladen oder auf den Termin der nächsten Christenlehrestunde aufmerksam gemacht hatten⁴²³). Als "religiöse Propaganda" wurde den Katecheten verweigert, Fragezettel einzusammeln, auf denen Eltern von neuingeschulten Kindern mitteilten, ob ihr Kind am Christenlehre-Unterricht teilnehmen solle oder nicht⁴²⁴).

Noch deutlicher wird das Ziel der feindlichen Trennung von Kirche und staatlicher Schule als praktisch von Staats wegen betriebene Unterbindung einer christlichen Unterweisung überhaupt durch eine Anweisung des Magistrats von Berlin-Ost⁴²⁵). Dieser Erlaß richtete sich, indem er von der Beseitigung "übermäßiger außerschulischer Beanspruchung der Schüler" handelte, allein

423) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1955, S.299.

424) Kirchliches Jahrbuch 1955, S.299.

425) Anweisung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der demokratischen Schule vom 15. Februar 1956, abgedruckt in Kirchliches Jahrbuch 1955, S.301f.

gegen den Christenlehre-Unterricht. Der Anordnung zufolge dürfen alle "außerunterrichtlichen Veranstaltungen" erst nach einer "Pause von mindestens zwei Stunden nach Beendigung des lehrplanmäßigen Unterrichts" stattfinden. "Alle Personen, die Schüler außerschulisch oder sonst außerhalb des Schulunterrichts unterweisen oder erziehen, ... müssen in ihrem Verhalten positiv zum Staat der Arbeiter und Bauern stehen. Über die Zulassung dieser Personen entscheidet der Direktor der Schule." Ein Zulassungsausweis wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs für ein Vierteljahr ausgeben, seit diese Anweisung besteht. Unter dem Volksbildungsminister Lange traten diese Richtlinien zur Beseitigung und Verhinderung des Christenlehre-Unterrichts im Frühjahr 1958 für die gesamte Sowjetische Besatzungszone in Kraft und wurden als sogenannter "Lange-Erlaß" berüchtigt⁴²⁶⁾. Die Vorschrift über die Zwei-Stunden-Pause⁴²⁷⁾ hat dann auch vor allem in den Landgemeinden, wo die Schulkinder einen weiten Schulweg zu den Zentralschulen haben, unüberwindliche Schwierigkeiten zum Nachteil des Christenlehre-Unterrichts gebracht. Der Ausweisungszwang für die Katecheten stellt einen die Aufsicht der Staatsgewalt konstituierenden Einbruch des Staates in den kirchlichen Unterricht und die evangelische Unterweisung dar⁴²⁸⁾. Einzelne konkrete

426) Diese Anordnung zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozeß der allgemeinbildenden Schulen vom 12. Februar 1958 (GBI. DDR I, S.236) ist fast inhaltsgleich mit dem Erlaß des ostberliner Magistrats vom 15. Februar 1956.

427) Sie ist auch von der Schulordnung vom 12. November 1959 (GBI. DDR I, S.823) in § 6 übernommen und zwar noch über den "Lange-Erlaß" hinausgehend direkt gegen die christliche Unterweisung gerichtet, weil für die Tätigkeit der staatlichen Jugendorganisation ausdrücklich eine Sonderregelung vorgesehen ist.

428) Der katechetische Unterricht außerhalb der Schulräume und der Konfirmandenunterricht der Pastoren sind nicht etwa von der Vorschrift ausgenommen!

Beispiele für die Auswirkungen aller dieser staatlichen Maßnahmen auf den Christenlehre-Unterricht sind aus den Anlagen eines im Namen aller evangelischen Bischöfe an den Staatssekretär für Kirchenfragen gerichteten Schreibens zu ersehen⁴²⁹⁾: Der Umbau des Stundenplanes in Vor- und Nachmittagunterricht, die Überwachung der Pausenregel durch Staatssicherheitsorgane, auch Zurückhalten von Hortkindern vom Christenlehre-Unterricht und Einrichtung zusätzlicher Bastelstunden oder Filmbesuche brachten vielerorts die evangelische Unterweisung der Schulkinder zum Erliegen. Währenddessen kommt die Einflußnahme der Staatsgewalt auf Erziehung und Bildung der jungen Menschen zu "neuen sozialistischen Menschen" durch die Medien der Weltanschauungsschule und der staatlichen Jugendorganisation einer totalen Inanspruchnahme gleich.

b) Der Kampf gegen die kirchliche Arbeit an der Jungen Gemeinde

Die kirchgemeindliche Zusammenfassung der evangelischen Jugendlichen in der Jungen Gemeinde war bis zum Sommer 1952 gleich anderem kirchlichem Wirken vom Staate geduldete kirchliche Jugendarbeit. Diese vollzog sich weder in Vereinen oder Bünden, noch sonst in der Form einer Organisation. Mit Beginn des Aufbaus des Sozialismus, im Juni 1952, wurden plötzlich in vielen Kirchensprengeln Jugendsonntage durch Polizeigewalt verboten oder aufgelöst⁴³⁰⁾. Bibelrüstzeiten wurden ver-

429) Wiedergegeben in: Kirchliches Jahrbuch 1960, S.159ff.

430) vgl. die Berichte in: Kirchliches Jahrbuch 1952, S.197ff.

boten⁴³¹⁾ und die Junge Gemeinde als "illegale Organisation" bezeichnet. Der einzigen Monatszeitschrift der evangelischen Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Lizenz "wegen Papiermangels" entzogen, und das Zentralorgan der Staatsjugend begann gegen die Junge Gemeinde eine Pressekampagne, die mit Unterstellungen, Drohungen, Beschimpfungen und Verleumdungen der kirchlichen Jugendarbeit bis zum Frühjahr 1953 andauerte⁴³²⁾. Im Zuge solcher "Aufklärungsarbeit" durch Staatsorgane wurden Schüler zu der Entscheidung gedrängt, ob sie der "illegalen Organisation" weiter angehören wollten. Eine "Hilfe" auf den einzig gewünschten Weg der Bewußtseinsentwicklung gaben die Träger dieser neuen Phase staatlicher Kirchenpolitik mit Drohungen, "Prozessen" gegen die Junge Gemeinde in Schülerversammlungen und durch tausendfache Relegationen von Schülern und Studenten. In der Jugendarbeit tätige kirchliche Mitarbeiter wurden verhaftet. An allen Aus-

-
- 431) In der Regel wurden die Verbote unter Hinweis auf die 3. Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung vom 12. April 1951, GBl. DDR I, S.281, begründet (vgl. Kirchliches Jahrbuch 1952, S.208). Jugendrüstzeiten unterlagen auch in späteren Jahren einschneidenden Beschränkungen. Nach einem Bericht des Leiters der Kirchlichen Jugendkammer-Ost begründeten örtliche Stellen der Staatsgewalt im Sommer 1958 die Verbote von Jugendrüstzeiten unter Hinweis auf die Anordnung über die Gestaltung "froher Ferientage für alle Kinder im Jahre 1958" vom 14. August 1958, GBl. DDR I, S.401, auf den sogenannten "Lange-Erlaß", auf die Anordnung über die Einrichtung und Benutzung von Zeltplätzen und Behelfsunterkünften vom 7. Mai 1957, GBl. DDR I, S.295, und auf die Anordnung zur Regelung des Urlaubsverkehrs vom 7. Februar 1957, GBl. DDR I, S.181. (Vgl. hierzu Kirchliches Jahrbuch 1958, S.157ff.)
- 432) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1953, S.132ff. Die Staatsgewalt stellte sich hinter diese Anklagen; vgl. Cantor, a.a.O., SBZ-Archiv 1956, S.110.

bildungsstätten wurde mit diesen Druckmitteln auf die Abgabe einer "Austrittserklärung" aus der Jungen Gemeinde gedrängt⁴³³⁾. Die Jugendlichen, die sich bewußt als Glieder der evangelischen Kirche fühlten, waren in dieser feindlichen und besonders aggressiven Phase der staatlichen Kirchenpolitik in schwere Konflikte gekommen: Weder die Kirche noch Eltern vermochten zuzuraten, die Ausbildung, die in vielen Fällen unter den Bedingungen des Klassenkampfes (Bevorzugung von Arbeiterkindern) erstrittene Berechtigung zum Besuch einer Oberschule oder Universität⁴³⁴⁾ aufs Spiel zu setzen oder aufzugeben. Vielerorts ruhte infolgedessen die Jugendarbeit in den Kirchgemeinden; überall erklärten Jugendliche formal ihren "Austritt aus der Jungen Gemeinde".

Die Staatsgewalt hatte damit diese Jugendlichen noch nicht zu bewußten Marxisten-Leninisten, zu sozialistischen Menschen geformt, dennoch aber in ihrer um die Gewinnung der Jugendlichen kreisenden Kirchenpolitik einen Teilerfolg der ideologischen Auseinandersetzung mit der Kirche erzwungen: Die Absicht, das Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit als Mitwirkungsstatus im Aufklärungsprozeß und in der gerade im Jahre 1952 beschlossenen "Entwicklung zum Sozialismus" deutlich zu machen und auch praktisch in der Kirchenpolitik durchzusetzen, hatte sich als realisierbar erwiesen. Denn die Kampagne gegen die Junge Gemeinde war staatliche Aufklärungsarbeit, alle Kampfesmaßnahmen bedeuteten Akte der ideologischen Auseinandersetzung. Auf dieser Grundlage sind in marxistisch-leninistischer Sicht die Gewissenskonflikte der jungen Kirchgemeindeglieder und

433) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1953, S.138.

434) vgl. z.B. über die Handhabung der Richtlinien für die Aufnahme der Schüler in die Mittel- und Oberschule vom 12. Dezember 1955, in: Kirchliches Jahrbuch 1956, S.160.

und ihrer Eltern anzusehen als der von der staatlichen Aufklärungstätigkeit abhängige und beförderte Prozeß der Heranbildung des sozialistischen Bewußtseins. Die bekundete Einsicht in das Notwendige, der intellektuelle persönliche Beitrag zu diesem Aufklärungsprozeß, ein erster Akt der Mitwirkung an der neuen Entwicklung war dann hiernach in der Abgabe der "Austrittserklärung" zu erblicken.

Eine ebensolche Verbindung kirchenpolitischer Maßnahmen mit der Entfaltung des sozialistischen Status der Glaubens- und Gewissensfreiheit für den einzelnen Bürger zeigt auch die zwischen Staatsgewalt und Kirche um die Jugendweihe geführte Auseinandersetzung, wobei in dieser weiteren Phase des Kampfes um die Jugend der sozialistische Staat nun auf einen materiellen Aufklärungserfolg, auf das Bekenntnis der Jugendlichen zu sozialistischer Treue und Tat zielte.

F. Der Kampf um die Jugendweihe

1. Die ideologische Auseinandersetzung

a) Ursprung, Anlaß der Wiederbelebung und neue Begründung der Jugendweihe

In Deutschland haben Jugendweihen als kultische Veranstaltungen freireligiöser Gemeinschaften und freidenkerischer Verbände Tradition. Jugendliche, die solchen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen nahestanden, wurden am Ende ihrer Schulzeit in einer Feierstunde zum "Eintritt in das Leben" auf die geistigen Ziele dieser Bewegungen verpflichtet. Stets war damit die Konfirmation

des evangelischen Bekenntnisses nicht nur von diesen Jugendlichen nicht gewünscht, sondern auch kirchlicherseits ausgeschlossen⁴³⁵⁾.

Obgleich die alte Sozialistische Arbeiterpartei und proletarische Freidenkerverbände bis zum Jahre 1933 Träger von Jugendweiheveranstaltungen waren, wurden die Jugendweihen im Arbeiter-und-Bauern-Staat der Sowjetischen Besatzungszone erst im Jahre 1955 wieder aufgenommen. Zu ihrer Vorbereitung trat im November 1954 ein "Zentraler Ausschuß für Jugendweihen in der DDR" mit einem Aufruf zur Teilnahme hervor⁴³⁶⁾.

Den Anstoß hierzu hatte offensichtlich ein Artikel in der "Prawda", dem Organ der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, gegeben, der am 24. Juli 1954 erschien⁴³⁷⁾. In diesem Artikel wurde auf das mit dem Siege des Sozialismus wachsende Bewußtsein der Menschen als Erfolg der Erziehungsarbeit der Partei hingewiesen und zum "unermüdlichen und intensiven Kampf" gegen die nicht sterbenden Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen aufgerufen. Als lebensfähigstes und schädlichstes Überbleibsel des Kapitalismus wurden "die Religion - die religiösen Vorurteile" genannt; darin sei das Haupthindernis für die Menschen zu sehen, aktiv am Aufbau des Kommunismus teilzunehmen. Zur Überwindung solcher Überbleibsel der bürgerlichen Ideologie seien in der Erziehungsarbeit der Partei "die Propaganda der materialistischen Weltanschauung, die Verbreitung der naturwissenschaftlichen Kenntnisse, der Kampf gegen

435) vgl. Jeremias, Die Jugendweihe in der Sowjetzone, S.8; Solberg, Kirche in der Anfechtung, S.183.

436) Siehe Jeremias, a.a.O., S.9 und den Text des Aufrufs, ebenda, S.32.

437) Jeremias, a.a.O., S.6. Der "Prawda"-Artikel "Breitere Entfaltung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda" ist abgedruckt bei Jeremias, a.a.O., S.25ff.

jegliche Art von Vorurteilen und Aberglauben" vordringlich. Solche erzieherische Arbeit habe sich an der Gewissensfreiheit zu orientieren, welche aber nicht nur in der Freiheit zur Verbreitung religiöser Ansichten bestehe, sondern für die gesellschaftlichen Organisationen die Pflicht zum Inhalt habe, die Massen aufzuklären durch Entfaltung wissenschaftlich-atheistischer Propaganda. Die Direktive, durch "Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" aufklärerisch zu wirken, entsprach der Erkenntnis der Partei, daß "administrative Maßnahmen jeglicher Art und beleidigende Ausfälle gegen die Gläubigen und die Diener der Kirche nur Schaden bringen und zur Befestigung und sogar zur Verstärkung ihrer religiösen Vorurteile führen"⁴³⁸⁾. Den gläubigen Menschen gegenüber sollte ein "besonderes feinfühliges und aufmerksames Verhalten geübt" werden. Eine "tiefgehende, geduldige, sachkundig durchgeführte wissenschaftlich-atheistische Propaganda" werde den Gläubigen "letzten Endes helfen, sich von den religiösen Verirrungen zu befreien", verfügte das Sowjetische Zentralkomitee⁴³⁹⁾ und hob nochmals als Ansatz der Aufklärungsarbeit hervor, daß die Religion eine Ideologie sei, "die nichts Gemeinsames mit der Wissenschaft hat"⁴⁴⁰⁾.

Die Jugendweihe in der Sowjetischen Besatzungszone entspricht diesen Richtlinien. Die Vorbereitungsstunden dienen der parteiamtlichen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Jugendweihe soll auch als

438) "Beleidigendes Verhalten der Kirche gegenüber nicht mit der Linie der Partei und des Staates zu vereinbaren" - Verfügung des Zentralkomitees der KPdSU, veröffentlicht in der "Prawda" vom 11. November 1954, abgedruckt bei Jeremias, a.a.O., S.28ff.

439) a.a.O., S.29.

440) a.a.O., S.30.

"allgemeine gesellschaftliche Einrichtung" sich "nicht gegen die religiösen Gefühle gläubiger Menschen (reichen) und vom Geiste der Toleranz getragen" sein⁴⁴¹). Daß aber weit mehr geplant ist, nämlich, daß "die feierliche Aufnahme in das aktive gesellschaftliche Leben" ein Teil der kulturell-erzieherischen Arbeit der Staatsgewalt sein soll und auch speziell auf die Gewinnung der Jugend für die materialistische Weltanschauung ausgerichtet ist, das zeigen der Gang der ideologischen Auseinandersetzung, die mit den Jugendweihe-Vorbereitungen zusammenhängt, sowie die Themen der Jugendstunden und das bei der Weihe geforderte Treuegelöbnis. Auch schon die Begründung für die Einführung der Jugendweihe machte dies deutlich: Die Jugendweihen, so hieß es⁴⁴²), brächten im Gegensatz zu ihrem früheren oppositionellen Charakter nunmehr im Arbeiter-und-Bauern-Staat den ins Leben tretenden Jugendlichen die Perspektive ihrer glücklichen Zukunft als Glieder des neuen Staates bei dem gemeinsamen und einenden Erlebnis der Weihe und der Verpflichtung zur Mitarbeit zum Bewußtsein. Es könnten und sollten an der Jugendweihe im Gegensatz zu früher "alle Jugendlichen, die aus der Schule entlassen werden, ungeachtet ihrer Weltanschauung und ihrer religiösen Einstellung, teilnehmen ..., da sie lebensnotwendige Kenntnisse vermittelt" und ein "Kraftquell für den weiteren Lebensweg" ist. Damit geht es also bei der Jugendweihe um "besondere, feinfühligere" Aufklärungsarbeit, nämlich neben der Verbreitung "wissenschaftlicher Erkenntnisse" des Marxismus-Leninismus

441) "Ein offenes Wort zur Jugendweihe!" - Aus "Neues Deutschland" Nr.6 vom 8. Januar 1955, abgedruckt bei Jeremias, a.a.O., S.34ff.

442) vgl. die offiziellen Kommentare bei Jeremias, a.a.O., S.34ff und S.36f, sowie die Thesen, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1954, S.142.

in den Vorbereitungsstunden⁴⁴³⁾ vor allem um die innere Beteiligung der Jugendlichen an der "Entwicklung zum Sozialismus". Die Jugendweihe soll von der Erkenntnis zum Bekenntnis führen, zur materiellen Aufgeklärtheit, die an Stelle des verdrängten christlichen Glaubens (der unwissenschaftlichen Ideologie einer überwundenen Epoche) das sozialistische Bewußtsein setzt, welches durch das Gelöbnis der Weihehandlung zum Gewissen des neuen sozialistischen Menschen wird.

b) Das Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung

Die Themen der zur Vorbereitung auf die Jugendweihe abgehaltenen Jugendstunden behandeln vereinfacht und betont atheistisch ausgerichtet die Grundzüge marxistisch-leninistischer Lehre und Unterweisung⁴⁴⁴⁾. Den Jugendlichen werden die materialistischen Lehren über das Weltall, über die Entstehung der Erde und des Lebens, über die Entwicklung der Gesellschaft dargestellt. Ihnen werden Grundthesen über den Sozialismus und Kommunismus, über die sozialistische Moral und das Leben in der Zukunftsgesellschaft vermittelt. Sie erhalten das betont atheistische Buch "Weltall-Erde-Mensch" geschenkt. Das nach solcher Belehrung und Aufklärung abverlangte und

443) Das auf dem IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei verkündete Erziehungsprogramm sah für den Schulunterricht nicht weniger ideologische Ausrichtung vor.

444) vgl. hierüber Jeremias, a.a.O., S.11ff und daselbst auf S.40 den vollständigen Themenplan für zehn Jugendstunden; vgl. ferner die Beispiele für die weltanschauliche Ausrichtung der Jugendweihe bei Solberg, a.a.O., S.186, 203, 226ff, 230 und bei Maser, a.a.O., S.109f.

abgelegte Gelöbnis⁴⁴⁵⁾ der Jugendlichen, "als treue Söhne und Töchter (des) Arbeiter-und-Bauern-Staates ... zu arbeiten und zu kämpfen", die "ganze Kraft für die große und edle Sache des Sozialismus einzusetzen", hat dann den Charakter eines weltanschaulichen Bekenntnisses⁴⁴⁶⁾. Dieses Bekenntnis ist auf dem Hintergrund der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche und im Zusammenhang mit der durch diese ideologische Auseinandersetzung bedingten Entfaltung der sozialistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sehen.

c) Die Taktik der ideologischen Auseinandersetzung um die Jugendweihe

Im Jahre 1950 lehnte die Sozialistische Einheitspartei die Jugendweihe als Mittel der ideologischen Auseinandersetzung mit der Kirche ab. Das Trennende zwischen dem christlichen Glauben und der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus sollte wegen der Bemühungen, die Kirche für die kommunistische Befriedungspolitik zu gewinnen, nicht in den Vordergrund gerückt werden⁴⁴⁷⁾. Mit der im Sommer 1954 eingeleiteten neuen Phase der "wissenschaftlich-atheistischen Propaganda" war durch das nunmehr als vordringlich erkannte und bestimmte Ziel, die Kirche aus der Öffentlichkeit und den christ-

445) Sein atheistischer Charakter als Akt sozialistischer Bewußtseinsbildung ist in der Dokumentation der Kirchenkanzlei in Kirchliches Jahrbuch 1959, S.203ff, herausgestellt. Vgl. den vollen Wortlaut des Gelöbnisses bei Maser, a.a.O., S.107, Solberg, a.a.O., S.231 und in: Kirchliches Jahrbuch 1957, S.151.

446) Das traf auch für den isoliert betrachtet nicht so stark weltanschaulich geprägt erscheinenden früheren Text des Gelöbnisses zu; siehe Solberg, a.a.O., S.185 und Kirchliches Jahrbuch 1955, S.137f.

447) vgl. den Auszug aus einem Zeitungsartikel bei Jere-mias, a.a.O., S.31f.

lichen Glauben aus dem Bewußtsein der Bürger zu verdrängen, auch eine neue Taktik geboten. Der grundsätzliche ideologische Gegensatz sollte sichtbar bleiben hinter behutsamer Überzeugungsarbeit durch "Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse"⁴⁴⁸⁾. Diese Linie hielt der Ausschuß für die Organisation der Jugendweihe in der Sowjetischen Besatzungszone ein. Er arbeitete nicht als unmittelbares Organ der Staatsgewalt, sondern gab sich als privater Zusammenschluß und betonte sowohl die Freiwilligkeit der Teilnahme an der Jugendweihe als auch die Offenheit für "Jugendliche aller Weltanschauungen". Von dem Ausschuß wurde auch die These verbreitet, die Konfirmation werde nicht durch die Jugendweihe berührt, es herrsche volle Glaubens- und Gewissensfreiheit⁴⁴⁹⁾. Das Organ der Sozialistischen Einheitspartei unterstrich dazu, daß der Ausschuß die Glaubens- und Gewissensfreiheit als "Freiheit der Propagierung wissenschaftlicher Erkenntnisse" in Anspruch nehme⁴⁵⁰⁾. Der Beginn der Werbung für die Jugendweihe zeigte also, wie das "bürgerliche" Recht der Weltanschauungsfreiheit von der Sozialistischen Einheitspartei durch eine vorgeschobene Gruppe marxistisch-leninistisch gesinnter und gleichsam nur private Anliegen vertretender Bürger an den Ausgangspunkt einer vorgeplanten ideologischen Auseinandersetzung gerückt wurde mit dem Ziel, nunmehr den entsprechenden sozialistischen Bürgerstatus zu entwickeln: Mit der Einführung der Jugendweihe sollte eine allgemeine Bewußtheit auch der sozialistischen Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit entfaltet werden.

448) vgl. den "Prawda"-Artikel und die Verfügung des Zentralkomitees der KPdSU bei Jeremias, a.a.O., S.25ff und S.28ff.

449) Siehe Jeremias, a.a.O., S.10.

450) vgl. den aus "Neues Deutschland" Nr.6 vom 8. Januar 1955 abgedruckten Auszug bei Jeremias, a.a.O., S.34ff (35).

Einerseits war die Jugendweihe als ein unpolitisches "allgemein gesellschaftliches Ereignis"⁴⁵¹⁾ umschrieben, andererseits aber sollte gerade ihre Wiederbelebung das im Laufe der bisherigen "Entwicklung zum Sozialismus" entstandene "allgemeine Bedürfnis"⁴⁵²⁾ nach der Jugendweihe und atheistischer Aufklärung beweisen. Dieses "allgemeine Bedürfnis" dokumentierte dann wiederum die Notwendigkeit, mit der das wachsende sozialistische Bewußtsein der Bürger in seinem Entfaltungsprozeß einer Förderung durch eine kämpferische ideologische Auseinandersetzung zwischen Marxismus-Leninismus und christlicher Glaubenslehre, zwischen Staatsgewalt und Kirche, bedurfte. Denn an der Haltung der Kirche wurde offenbar, daß sie diese gesellschaftliche Weiterentwicklung hemmen werde.

Die allgemeine Propagierung der Jugendweihe war für die evangelischen Gliedkirchen in der Sowjetischen Besatzungszone selbstverständlich eine Frage, die die kirchliche Lebensordnung berührte. Die Kirchen mußten auf klare Unterscheidung zwischen kirchlicher Konfirmation und weltlicher Jugendweihe dringen⁴⁵³⁾, auf den Aufschluß von der Konfirmation als Folge einer Teilnahme an der Jugendweihe⁴⁵⁴⁾ hinweisen⁴⁵⁵⁾ und gegen

451) vgl. "Ein offenes Wort zur Jugendweihe!" bei Jeremias, a.a.O., S.34 und Kirchliches Jahrbuch 1955, S.116ff (117).

452) vgl. die Thesen des Zentralen Ausschusses zur Durchführung der Jugendweihe, in: Kirchliches Jahrbuch 1954, S.142 (These 2 a.E.).

453) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1954, S.146f.

454) vgl. die Bestimmungen aus den Lebensordnungen der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen Deutschlands, in: Kirchliches Jahrbuch 1954, S.147. Grundsatz war auch die Folge kirchenzuchtlicher Maßnahmen gegenüber denjenigen, die sich nach der Konfirmation der Jugendweihe unterzogen. (Vgl. dazu Kirchliches Jahrbuch 1955, S.126/127 und S.127ff die kirchenzuchtlichen Durchführungsanweisungen der evangelisch-lutherischen Kirchen in Mecklenburg und Sachsen. Vgl. auch den Vorschlag der kirchlichen Ostkonferenz vom 27. August 1958, in: Kirchliches Jahrbuch 1958, S.191f.)

den Druck der Werbung, woran neben Parteistellen, Bürgermeister und Vertretern der Massenorganisationen auch die Schulen beteiligt waren, Stellung nehmen⁴⁵⁶⁾. Dagegen stellte sich dann die Staatsgewalt als Förderer und Beschützer der gesellschaftlichen Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone offen hinter die Bestrebungen für die Jugendweihe. Die ideologische Auseinandersetzung wurde nun offen von der Staatsgewalt betrieben zur Stützung und Beförderung des Zieles, eine sozialistische Glaubens- und Gewissensbefreiung auf "verbreiteter Massenbasis" zu entfalten. In der Jugendweihe wurde so zwangsläufig eine Staatsaktion erkennbar⁴⁵⁷⁾. Dazu trat die staatliche Propaganda für weitere sozialistische Kultfeiern wie "sozialistische Namensgebung", "sozialistische Eheschließung" und "sozialistisches Begräbnis"⁴⁵⁸⁾. Damit wurde der volle Umfang und der Kern der ideologischen Auseinandersetzung klar: In der ideologischen Auseinandersetzung der Staatsgewalt mit der Kirche geht es immer wieder um die Glaubens- und Gewissensbefreiung.

455) vgl. das Rundschreiben der Kanzlei der Evangelischen Kirche der Union, in: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.119 und vgl. die Kanzelerklärung der Evangelisch-lutherischen Kirche Sachsens, in: Kirchliches Jahrbuch 1955, S.141f.

456) vgl. Jeremias, a.a.O., S.15f und dazu Kirchliches Jahrbuch 1955, S.121ff, S.123f, S.124ff, S.142ff und S.288.

457) vgl. Jeremias, a.a.O., S.18ff; Solberg, a.a.O., S.188; Maser, a.a.O., S.113, 118. Deutlich wurde der Erste Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei in seiner Rede vom 29. September 1957, in der er die Organe der Staatsgewalt zur Unterstützung der Jugendweihe aufforderte. (Vgl. darüber Cantor, a.a.O., in SBZ-Archiv 1957, S.356f, sowie Kirchliches Jahrbuch 1957, S.182ff).

458) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1958, S.176ff.

Im Zuge der dem Selbstverständnis der Staatsgewalt entsprechenden Fortbildung der Glaubens- und Gewissensfreiheit wird in der "Entwicklung zum Sozialismus" die Beteiligung an der Jugendweihe zum staatsbürgerlichen Recht, zur Rechtspflicht des werdenden sozialistischen Menschen. Dementsprechend ist die ideologische Auseinandersetzung darauf gerichtet, daß die Teilnahme an der Konfirmation unter den Schutz der Staatsgewalt gestellte Religionsausübung (Art.41 Abs.1 Satz 2) bleibt, zugleich aber auch darauf, daß durch die Konfirmation das sozialistische Bürgerrecht auf Jugendweihe in keiner Weise beschnitten wird⁴⁵⁹⁾. Das ist die sozialistische Norm des Art.42 Abs.1 der Verfassung⁴⁶⁰⁾. Der grundsätzliche gegenseitige Ausschluß von Konfirmation und Jugendweihe, wie in den Lebensordnungen der Kirchen festgelegt, ist mithin für die Staatsgewalt ein legitim erscheinender Angriffspunkt in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Kirche. Der sich darauf konzentrierende Konflikt ist deswegen so scharf, weil die sozialistische Rechtspflicht, die die sozialistische Staatsgewalt entwickelt, nämlich die Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzig sozialistisch auszuüben als Ausdruck sozialistischer Bewußtheit, den Jugendlichen, für die das in concreto heißt, an der Jugendweihe teilzunehmen, gleichsam eine ebenso klare Glaubensentscheidung gebietet, wie sie auch die Konfirmation des evangelischen Bekenntnisses voraussetzt. Die religionsmündigen Jugendlichen (Art.48), die die Grundschule verlassen, stehen vor dieser Entscheidung im inneren Widerstreit von auferlegter sozialistischer

459) vgl. dazu Jeremias, a.a.O., S.19.

460) Art.42 Abs.1 lautet: "Private oder staatsbürgerliche Rechte und Pflichten werden durch die Religionsausübung weder bedingt noch beschränkt."

Bürgerpflicht und christlichem Gewissen. Von der sozialistischen Ordnung her kann die Kirche nun nicht zur Befolgung des Gewissens raten, ohne den Mißtrauensgrundsatz der Staatsgewalt zu bestätigen. Denn für die marxistisch-leninistische Staatsgewalt ist lediglich die sozialistische "Religionsausübung", die Option für den dialektischen Materialismus, die auf der intellektuellen Mitwirkung aufbauende materielle Mitwirkung, also, die dem Bürger zur Pflicht gemachte Haltung, welche die "Entwicklung zum Sozialismus" fördert. Und ferner ist solche Pflichterfüllung der Akt, der das Bewußtsein der sozialistischen Seinsbestimmung anpaßt und auf die kommunistische Zukunft ausrichtet. Infolgedessen muß die Gewissensberatung und das seelsorgerliche Mühen der Kirche um ihre Glieder⁴⁶¹⁾ als die Bewahrung der überholten und ideologisch bekämpften Geisteshaltung, als die Verwahrung der Jugend vor dem aufgeklärten Erwachen, vor der Weiterentwicklung ihres Bewußtseins zu dem sozialistischer Menschen erscheinen. Nach marxistisch-leninistischem Verständnis, dem das Gewissen die "habituell gewordene Forderung der Gesellschaftsklasse" ist⁴⁶²⁾, muß mithin in solchem Einfluß der Kirchen ein selbstverständlich sozialistischen Normen entgegenstehender Versuch gesehen werden, der Jugend des Arbeiter-und-Bauern-Staates noch während der "Entwicklung zum Sozialismus" den wesensfremden Klassengeist und die Ideologie des durch die Umwälzung überwundenen Bürgertums einzugeben. Die Haltung der

461) vgl. dazu statt vieler Beispiele die Erklärung der kirchlichen Ostkonferenz zu den sozialistischen Feiern vom 21. Oktober 1959, in: Kirchliches Jahrbuch 1959, S.216 bis 220.

462) Siehe Fetscher, Was verstehen wir unter Freiheit?, in: Beilage B 46/59 vom 11. November zu "Das Parlament", S.622.

Kirche offenbart somit der Staatsgewalt lediglich die Absicht, die Bewußtheitsentfaltung der zukünftigen Träger der sozialistischen Entwicklung zu hemmen und zu verhindern. Wie selbstverständlich gehen damit der Mißtrauensgrundsatz der marxistisch-leninistischen Kirchenpolitik und die Aufgabe der Staatsgewalt, die sozialistischen Grundrechte und mit diesen die sozialistische Glaubens- und Gewissensfreiheit zu entfalten, in die Anklagen ein, die die Staatsgewalt in der ideologischen Auseinandersetzung gegen die Kirche erhebt: In der Frage der Jugendweihe verhalte die Kirche sich unduldsam; sie üben Druck, Gesinnungsterror und Gewissenszwang aus; sie verstoße gegen die von der Verfassung gemeinte Glaubens- und Gewissensfreiheit überhaupt⁴⁶³). Unter diesen Aspekten gewähren in diesem Zusammenhang die sozialistischen Normen der sozialistischen Staatsgewalt nunmehr folgerichtig einen entscheidenden taktischen Vorsprung in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Kirche. Das macht eine Zusammenfassung des Kampfes um die Jugend deutlich, die ein Mitglied des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe gab⁴⁶⁴). Darin heißt es:

"... auch der religiös gesinnte Mensch, gerade wenn er es mit dem Gebot der Nächstenliebe ernst meint, (muß) mit aller Kraft für den Sozialismus, für eine friedliche Welt, für das Wohlergehen aller eintreten. Also darf auch dem religiös gesinnten Jugendlichen nichts im Wege stehen, wenn er sich dem Aufbau des Sozialismus verpflichten will.

Wenn die Kirche das alleinige Anrecht auf solche Zeremonien der Aufnahme der jungen Generation in die Scharen der vollverantwortlichen Gemeinschaftsglieder erhebt, so überschreitet sie ihre Kompetenzen. Das ist die eine Mög-

463) vgl. den Auszug aus einer Veröffentlichung des Zentralen Ausschusses für Jugendweihe bei Jeremias, a.a.O., S.65, desgleichen im Kirchliches Jahrbuch 1955, S.134 und vgl. den offenen Brief des Innenministers der Sowjetischen Besatzungszone an die Leitungen der evangelischen Landeskirchen vom 19. Oktober 1957, in: Kirchliches Jahrbuch 1957, S.155f.

464) Siehe Kirchliches Jahrbuch 1957, S.157.

lichkeit. Aber es gibt noch eine zweite Möglichkeit: Sie will die Mitarbeit der Jugend am Aufbau des Sozialismus, zu der die jungen Menschen durch die Jugendweihe vorbereitet und verpflichtet werden, verhindern oder verzögern. Beides aber können wir in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht zulassen, weil wir die Verantwortung für die sozialistische Zukunft tragen."

Die zur Entfaltung der intellektuellen Mitwirkung an der "Entwicklung zum Sozialismus" notwendige ideologische Auseinandersetzung ist also auch im Kampf um die Jugendweihe kirchenpolitisches Programm. Die Staatsgewalt bestimmt diesen Kampf und die Waffen mit ihrer Taktik. Sie schirmt auch den einzelnen, dessen Bewußtheitsentfaltung den Grad materieller Mitwirkung erreicht hat, gegen nichtsozialistische Einflüsse ab. So sind hinsichtlich der Glaubens- und Gewissensfreiheit alle Garantien für die "Entwicklung zum Sozialismus" gegeben: Die Kirche und der christliche Glaube sind von vornherein für die ideologische Auseinandersetzung nur als passiv Beteiligte und als Unterlegene konzipiert, weil sie der historischen und naturgesetzlich bestimmten Entwicklung weichen müssen. In diesem Sinne ist im Kampf um die Jugendweihe ein Beispiel für die sozialistische Umgestaltung der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sehen, damit auch ein Beispiel für ein Zentralproblem im Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone.

2. Der sozialistische Glaubensakt

Die Teilnahme an der Jugendweihe ist für die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone ein Erfüllungsakt der Jugend, der sich auf den Pflichtenkreis bezieht, welcher mit dem Bürgerstatus der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der "Entwicklung zum Sozialismus" dem jungen Staatsbürger zugewiesen ist. Der Teilnahme an den vorbereitenden Jugendstunden entspricht der von den Jugendlichen geschuldete Mitwirkungsbeitrag zu der ideologischen Aufklärung. Das ist ihre Beteiligung an der ideologischen Auseinandersetzung, die eine Bedingung für die Entfaltung des sozialistischen Bewußtseins ist. Der besonders für die Jugend des sozialistischen Staates als Teil ihres sozialistischen Rechtes auf Bildung statuierte Pflichtenkreis um die sozialistisch gedachte Glaubens- und Gewissensfreiheit umfaßt auch die aus den Erkenntnissen der ideologischen Auseinandersetzung folgende Entscheidung, ein neuer, sozialistischer Mensch sein zu wollen, der sich der Arbeit am sozialistischen Aufbau und der menschlichen Entfaltung im Sozialismus mit Hingabe widmet. Das feierliche Gelöbnis, tatkräftig an solchem neuen gesellschaftlichen Werden teilzunehmen, macht diese Pflicht bewußt und hebt das ihr in dialektischer Einheit verbundene Recht der Glaubens- und Gewissensfreiheit auf eine höhere Stufe seiner Entfaltung durch den einzelnen selbst: Das Gelöbnis enthält das einzige nach dem Marxismus-Leninismus freie Bekenntnis, nämlich die innere Bejahung der "Entwicklung zum Sozialismus", den persönlichen Vollendungsakt der Selbstbefreiung von den alten Fesseln des Bewußtseins. Eine solche gewissensmäßige Neuorientierung aber ist die sozialistische Ausübung der Glaubens- und Gewissensfreiheit; sie ist ein Anfang materieller

Mitwirkung an der "Entwicklung zum Sozialismus". Denn an die Stelle der Vorstellungen, inneren Halte- und Bewußtseinsformen, die in der ideologischen Auseinandersetzung um die Glaubens- und Gewissensfreiheit und durch die eigene intellektuelle Mitwirkung in dem Prozeß sozialistischer Menschwerdung immer bewußter verdrängt wurden, tritt nun durch das Jugendweihegelöb-
nis als neuer Lebensinhalt der Fortschrittsglaube des Marxismus-Leninismus, der Glaube an die "Entwicklung zum Sozialismus" und an den sozialistischen Menschen, der die kommunistische Zukunft selbst in sich trägt. Dieser im marxistisch-leninistischen Verständnis der Glaubens- und Gewissensfreiheit geforderte Akt materiel-
ler Mitwirkung ist mit anderen Worten ein Beitrag zu dem, was als "Aufbau der atheistischen Gegenkirche"⁴⁶⁵⁾ bezeichnet wird.

Das Jugendweihebekenntnis ist die Manifestation der neuen inneren Bindung, sich in der "Entwicklung zum Sozialismus" stets der Entfaltung und Verwirklichung kommunistischer Diesseitsgläubigkeit verpflichtet und bewußt zu sein. Dieser Zielpunkt und Sinn der Ausübung sozialistischer Glaubens- und Gewissensfreiheit und die dadurch beförderte atheistische Bewußtheit des sozialistischen Bürgers, den die Staatsgewalt heranzubilden will, garantieren dann auch der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Kirche das Ende der kirchenfeindlichen Trennung von Staat und Kirche, das als historisches Ziel der Beziehungen zwischen Staat und Kirche im marxistisch-leninistischen Staat der Kirche und der Religion vom historischen Materialismus zugeschrieben wird.

465) vgl. Kirchliches Jahrbuch 1958, S.175; Bourbeck, Kommunismus - Frage an die Christen, S.56ff, insbesondere S.59f.

Der Kampf um die Jugendweihe hat das Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone vollends in den Schatten der marxistisch-leninistischen Glaubens- und Gewissensfreiheit gerückt.

V. Zusammenfassung und Schlußbetrachtung

Die Beispiele, mit denen versucht wurde, einzelne Vorgänge und Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone als typische Merkmale des Verhältnisses zwischen Staatsgewalt und Kirche aufzuweisen und einzuordnen, zeigen die für diese Beziehung zentrale Bedeutung der Glaubens- und Gewissensfreiheit in marxistisch-leninistischer Sicht: Das Mitwirkungsrecht findet einzig in der Sammlung der Bürger unter den Lehren des Marxismus-Leninismus und vollends erst im Bekenntnis und Nachleben dieser Weltanschauung seine für die "Entwicklung zum Sozialismus" wertvolle Ausgestaltung; die Mitwirkungspflicht verlangt vom einzelnen, daß er sich in dieser vorgezeichneten Ausführung seines Bürgerrechtes engagiert und damit zur Erfüllung der objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit der "Entwicklung zum Sozialismus" sich einfügt in die solchermaßen befreite Gemeinschaft derjenigen, die zum absoluten Wert der klassenlosen Gesellschaft streben. Hiernach muß die Glaubens- und Gewissensfreiheit in praxi die prinzipielle Intoleranz der unter ihrem sozialistischen Leitbild Versammelten gegenüber denjenigen zur Folge haben, die Inhalt und Richtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht durch diesen ideologisch fixierten Rahmen begrenzt aufzufassen vermögen. Auch diese Bürger werden aber von der Staatsgewalt in die Arbeit an dem großen Ziel mit eingeplant. So gilt es, die noch außerhalb der als marxistisch-leninistische Weltanschauungsgemeinschaft gedachten Gesellschaft Stehenden aus den Fesseln ihres Individualismus zu befreien. Der Einfügung und Einordnung aller Staatsbürger in die von der Staatsgewalt vorgeschriebene und durch sozialistische Moral- und Rechts-

normen eingerichtete Lebensweise und Entfaltungsmöglichkeit gilt auch der ideologische Kampf gegen die innere Bindung der Bürger, die sich - statt zum Marxismus-Leninismus - zum christlichen Glauben bekennen. Dieser Kampf bedeutet Feindschaft der Staatsgewalt gegen die Kirche, die als Gemeinde der Gläubigen ihrem Herrn Jesus Christus zugehört und sich daher nicht in die von der Staatsgewalt zum irdischen Paradies geführte Gemeinschaft der Atheisten einordnen läßt. Der im Zeichen dieser Feindschaft in der Sowjetischen Besatzungszone agierende Weltanschauungsstaat lehrt, wie die gegebenen Beispiele erkennen lassen, wieviel staatsbürgerliche Unfreiheit den einzelnen beengt, wenn er zu seiner persönlichen Entfaltung von Staats wegen dadurch befreit werden soll, daß ihm nur im Rahmen einer ideologisch bestimmten Ordnung und Zielsetzung die "Freiheit" gewährt wird, ohne zu zweifeln sich einzuordnen und einzufügen in einen Entwicklungsprozeß des Gemeinwesens, dessen Weg und Ziel für ihn nicht diskutabel ist.

Die Wurzeln solcher Freiheitsbeschneidung für den einzelnen liegen in der Geschlossenheit und in dem Absolutheitsanspruch des Marxismus-Leninismus. Sie sind in jeglicher Verabsolutierung und in jedem Perfektionsstreben zu erkennen als Gefahrenquellen für die Individualfreiheit. Darum gebietet die Betrachtung einer staatsrechtlichen Frage aus dem Bereich eines marxistisch-leninistisch beherrschten Gemeinwesens am Ende auch, die Position des einzelnen Bürgers im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat immer wieder kritisch auf die Wahrung größtmöglicher Freiheitlichkeit zu überprüfen und in der Erkenntnis der Vielzahl möglicher Ansätze zur Auflösung der Freiheit des Individuums die für den demokratischen Rechtsstaat vorgetra-

genen Ansichten zur Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft neu zu überdenken. Dabei sollte es mit darauf ankommen, sich nicht mit dem Befund zu begnügen, es bestehe keine akute Gefahr für den Freiheitsspielraum des Individuums in einem rechtsstaatlich und freiheitlich verfaßten Gemeinwesen, sondern auch schon die nicht gewollten aber doch eben auch möglichen Konsequenzen einer allzu starken Betonung des "Gemeinschaftswertes" und der Gemeinschaftsverpflichtung aller Streben und Ziele, Rechte und Pflichten sind mit zu bedenken, insbesondere für den Testfall, daß eine fürs erste festgestellte und vielleicht beruhigende Harmonie der Leitbilder und Wertvorstellungen der Mehrheit in die Diktatur einer einzigen Tugend umschlägt.

In diesem Zusammenhang ist auf das Vordringen einer Lehre hinzuweisen, die ein institutionelles Verständnis der Grundrechte des demokratischen Bürgers vorschlägt. Häberle⁴⁶⁶⁾ sieht in der sozialen Funktion, dem Bezug der Grundrechte auf das soziale Ganze und in ihrer Einordnung in überindividualistische Zusammenhänge⁴⁶⁷⁾ eine Absage an das individualistische Grundrechtsverständnis⁴⁶⁸⁾ und die Überwindung des liberalen Freiheitsverständnisses⁴⁶⁹⁾. Er betont, daß die Grundrechte vor allem im Allgemeininteresse "eingerichtet"

466) Häberle, Die Wesensgehaltgarantie des Art.19 Abs.2 Grundgesetz; zugleich ein Beitrag zum institutionellen Verständnis der Grundrechte und zur Lehre vom Gesetzesvorbehalt.

467) vgl. a.a.O., S.11.

468) vgl. a.a.O., S.9.

469) vgl. a.a.O., S.19.

seien⁴⁷⁰⁾, Institute darstellten⁴⁷¹⁾, zu deren Daseinsweise Normenkomplexe (die Freiheit erfüllende Ausführungsgesetze, die den Wesensgehalt realisierenden Vorbehaltsgesetze⁴⁷²⁾) gehören, die die grundrechtlich geschützten Lebensbereiche als objektive Ordnungen ausweisen, in welche die Individuen eingebettet werden, in welchen sie stehen und wirken, und in denen der einzelne Bürger seinen Ort hat, von dem aus er der (vom Grundrecht ausgehenden) Berufung in seinem Lebenskreis antworten soll mit Dienst im Staate⁴⁷³⁾. Häberle sieht die Wirklichkeit der Grundrechte im sozialen Leben als harmonischen Vorgang⁴⁷⁴⁾: Die die Grundrechte anreichernden Normenkomplexe geben der individuellen Freiheit "Richtung und Maß, Sicherheit und Geborgenheit, Inhalt und Aufgabe"; die objektiven Ordnungen der verfaßten Lebensbereiche prägen die individuelle Freiheit und sind ihr Entfaltungsspielraum; der einzelne enga-

470) vgl. a.a.O., S.95.

471) Häberle weist a.a.O., S.19, 70/71, darauf hin, daß schon Hamel in: Die Bedeutung der Grundrechte im sozialen Rechtsstaat (S.11, 16,18, 20f), den Institutscharakter der Grundrechte hervorgehoben habe. Allerdings ist im Hinblick auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit gerade gegen Hamel einzuwenden, daß es nun nicht eine Frage der Freiheit ist, ob das freie Bekenntnis zu einer transzendenten Macht eine konstitutive Bedeutung für die Gemeinschaft habe (vgl. Hamel, Das Bekenntnis als Gestalt der Freiheit, in: ARSP XL, S.465ff (468)), sondern bereits ein Fragen und Argumentieren von der Freiheitsbeschränkung her. Hamels Institutsdenken zeigt in seiner Auslegung der Glaubens- und Gewissensfreiheit eine bedenkliche Konsequenz: Die Glaubens- und Gewissensfreiheit nach Art. 4 GG besteht für Hamel um das Bekenntnis willen (vgl. Hamel, Glaubens- und Gewissensfreiheit, in: Die Grundrechte, Band IV/1, S.37ff (52, 64)); eine Freiheit für alle Bekenntnisse ist nach Hamel unmöglich (vgl. a.a.O., S.79,80), vollen Schutz kann somit nach Hamel nur ein christliches Bekenntnis genießen, das Leugnen jeden Glaubens und Wissens soll nicht mit von Art.4 GG umfaßt sein (vgl. a.a.O., S.64 und Hamel, Das Bekenntnis als Gestalt der Politik, in ARSP XLII, S.479ff (501)).

472) vgl. Häberle, a.a.O., S.201, 205.

473) vgl. a.a.O., S.95 bis 98, auch S.19.

474) vgl. a.a.O., S.103.

giert sich in diesen Institutionen, sein "Eintritt" zieht der individuellen Freiheit die Grenze, bindet sie ein in jene objektiven Ordnungen; der Grundrechtsträger unterwirft sich der Eigengesetzlichkeit der objektiven Lebensverhältnisse⁴⁷⁵⁾. Diese Eigengesetzlichkeit der Lebensbereiche, die die Verfassung selbst schaffen kann, verpflichtet, ergreift das Individuum; sie erst wirke die Sinngestaltung der Freiheit und bewahre die Freiheit vor dem "Verfließen"⁴⁷⁶⁾. Häberle kommt es bei dieser einseitigen Hervorhebung der institutionellen Seite der Grundrechte und bei der Qualifizierung der Freiheit als Institut⁴⁷⁷⁾ darauf an, daß die Gemeinschaft und ihre Forderungen den einzelnen Menschen nicht "von außen" als Eingriff oder als Beschränkung seiner Individualsphäre treffen⁴⁷⁸⁾, sondern als Verwirklichung der Freiheit und Aktualisierung der Verfassung⁴⁷⁹⁾.

Die Beispiele zur Praktizierung der Glaubens- und Gewissensfreiheit durch die Staatsgewalt der Sowjetischen Besatzungszone zeigen den begrenzten Rahmen, in dem der einzelne diesen Verfassungssatz dort mit Leben

475) vgl. a.a.O., S.98 bis 100.

476) vgl. a.a.O., S.108.

477) vgl. a.a.O., S.99.

478) vgl. a.a.O., S.207.

479) vgl. a.a.O., S.201.

Die von Häberle vorgetragene Ansicht ist keine Einzelerrscheinung, sondern ein Symptom. Dies hellt schon Denninger (JZ 1963, S.424) auf mit seinem Hinweis auf die Nähe von Häberles verfassungstheoretischer Tendenz "zu soziologischen (H.Schelsky) und sozialtheoretischen (... J.Habermas ...) Tendenzen ähnlicher Art, denen die Überzeugung von der Wirk-Ohnmacht des Individuums und von der Allmacht der Gruppe bzw. der Institution gemeinsam ist". Zur Bedeutung dieser Strömungen für die Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen und für die Grundrechte des Individuums siehe aber insbesondere Peter Schneiders kritische Würdigung des Standes der Diskussion um Institutionen und Freiheitsgarantie in dem für das Verfassungsbeschwerdeverfahren -1 BvR 586/62 - erstatteten Rechtsgutachten zur Frage der Auslegung des Art.5 Abs.1 GG, insbesondere zur Stellung der Presse im Strafverfahren (Abschnitt III 1 des Teils A).

erfüllen darf, weil lediglich das Erreichen des Geschichtsziels des Marxismus-Leninismus und auf dem revolutionären Wege dorthin die Etappe der "Entwicklung zum Sozialismus" zum Höchstwert, dem jeder zum allgemeinen Besten zu dienen habe, erklärt ist. Eine einzige Entscheidung - sei es die einer (vielleicht sogar zufälligen) Mehrheit oder die siegender Revolutionäre oder die einer mächtigen Fremdherrschaftsgewalt - nämlich der Entschluß, dem Totalanspruch einer Ideologie, welche das Aufgehen des einzelnen im Kollektiv erreichen will, mit aller Staatsgewalt zu dienen, kann also hinreichen, um die "objektiven Ordnungen" aller Lebensbereiche durch rechtsstaats- und freiheitsfeindliche, beispielsweise marxistisch-leninistische "Normenkomplexe" zu "institutionalisieren". Dann heißt die grundrechtliche "Berufung" und Verpflichtung "Mitwirkung an der Entwicklung zum Sozialismus", und die Freiheitsentfaltung bedeutet nur noch die innere und aktive Teilhabe am staatlich betriebenen sozialistischen Entwicklungsprozeß des Gemeinwesens. Die "Wirklichkeit der Grundrechte" kann darin nur noch zum "Vorgang" sozialistischer Entwicklung werden: Die Einrichtung sozialistischer Grundrechte sammelt die Schöpferkräfte des einzelnen und konzentriert sie auf das Staatsziel, zwingt die Wertvorstellungen der Individuen unter das Dach der Ideologie der Gewalthaber und erreicht so von den Bürgern die fortschreitende Aktualisierung einer durch den sozialistischen Entwicklungsprozeß laufend überholten Verfassung in Anpassung an die parteiamtliche Deutung der augenblicklichen Entwicklungsphase. In solchem totalitären System ist theoretisch die Harmonie von individuellem und Gemeinschaft perfekt, praktisch ist aber gerade deshalb von einer Möglichkeit zu allseitig freier, eigenwilliger Entfaltung des Individuums nichts mehr gegeben: Die "soziale Bindung" ist in ausschließlich sozialistische Bindung umgeschlagen, die Freiheit ist

nur noch die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Wandlung, bloße Möglichkeit der Anerkennung von Staats wegen gesetzter Fakten; die Freiheitsschranke erscheint hier als Regel, nicht mehr als Ausnahme.

Es muß in Anbetracht solcher möglicher Konsequenzen eines Denkens, das mit der Betonung der Gemeinschaft zugleich die Möglichkeiten des Individuums, sich nicht von und in der Gemeinschaft aufheben zu lassen, verkürzt, gegenüber dem Institutsdenken im Bereich der Grundrechte der freiheitliche Sinn solcher Überlegungen hervorgehoben werden, die von einem Spannungsverhältnis zwischen individuellem und Gemeinschaft, Bürger und Staat, Freiheit und Recht ausgehen. Man darf in der Konzeption der Bürger-Staat-Beziehung einen Irrtum der *volonté générale* nicht ausschließen; der einzelne muß grundsätzlich die Freiheit haben, die Staatsgewalt zu korrigieren, nicht nur die Chance, vorgeschriebenen Werten nachzugehen⁴⁸⁰). Nur so bleibt ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates gegenüber jedem System totalitärer Machthaber denkbar und für die Praxis erhalten, nämlich der Zweifelsfall, in dem die Entscheidung "*pro libertate*"⁴⁸¹) lautet, nicht aber "*pro auctoritate communis*".

480) Denninger hat in seiner kritischen Rezension der Schrift Häberles (in: JZ 1963, S.424) die Formulierung gefunden, man vermisste in Häberles System "das Grundrecht auf das 'errare', das schon in der Weisheit der Alten 'humanum est', und jene hölderlinische Freiheit des Menschen, 'aufzubrechen, wohin er will'".

481) vgl. oben Anm. 24.

Schrifttumsverzeichnis

- Anschütz Georg Meyers Lehrbuch des Deutschen Staatsrechts, 7.Aufl., bearbeitet von G.Anschütz; München und Leipzig 1919
- Religionsfreiheit;
in: Handbuch des Deutschen Staatsrechts,
herausgegeben von Anschütz und Thoma;
II. Band, Tübingen 1932, S.675ff.
- Arlt Freiheit und Recht;
in: Staat und Recht 1961, S.795ff und
S.987ff.
- Arlt und Sozialistisches Recht und bürgerliche
Lungwitz Traditionen;
in: Staat und Recht 1963, S.800ff.
- Barion Hegel und die marxistische Staatslehre,
Bonn 1963
- Bartsch Der "neue Mensch" des Kommunismus;
in: Beilage B 24/63 zu "Das Parlament"
vom 12. Juni 1963
- Bates Glaubensfreiheit, eine Untersuchung
- deutsche Übersetzung von R.M.Honig -;
New York 1947
- Baukloh Der Evangelische Kirchentag in Berlin;
in: SBZ-Archiv 1961, S.258ff.
- Die evangelische Kirche bleibt gesamt-
deutsch;
in: SBZ-Archiv 1961, S.206ff.
- Die Evangelische Kirche und die Wehrpflicht
in der Zone;
in: SBZ-Archiv 1960, S.50ff.
- Die Kirche besteht auf Entscheidungsfrei-
heit;
in: SBZ-Archiv 1962, S.177ff.
- Die Kirche in der Zone stellt sich um;
in: SBZ-Archiv 1963, S.7ff.

- Baukloh Kein Eid auf den Kommunismus;
in: SBZ-Archiv 1960, S.102ff.
- Regeres kirchliches Leben in der Zone;
in: SBZ-Archiv 1962, S.252ff.
- Ulbricht bekommt keine Staatskirche;
in: SBZ-Archiv 1961, S.346ff.
- Benjamin Das Recht der sozialistischen Persön-
lichkeit;
in: "Neues Deutschland" Nr.215 vom 9.
September 1958, S.4
- Bilinsky Die Entwicklung des Rechtsbegriffs in
der Sowjetunion;
in: Jahrbuch für Ostrecht, herausgegeben
von Reinhart Maurach, München, und
Walter Rosenthal, Berlin, im Auftrag
des Instituts für Ostrecht, München,
Band III, 1. Halbjahrsheft, Herrenalb
1962, S.69ff.
- Bourbeck Kommunismus - Frage an die Christen.
Der angefochtene Mensch des technischen
Zeitalters in Ost und West; Nürnberg 1957
- Büchner-Uhder Die weitere Entfaltung der Grundrechte
und Poppe der Bürger im Kampf um die Sicherung des
Friedens durch die Stärkung der ökonomi-
schen Grundlagen der DDR;
in: Staat und Recht 1962, S.1045ff.
- Brunner Die Grundrechte im Sowjetsystem.- Abhand-
lungen des Bundesinstituts zur Erforschung
des Marxismus-Leninismus (Institut für
Sowjetologie) Band III, Köln 1963
- Cantor Die Kirchenpolitik der SED;
in: SBZ-Archiv 1956, S.110ff.
- Kirche, Staat und SED;
in: SBZ-Archiv 1957, S.356ff.
- Denninger Rezension zu Häberle, Die Wesensgehalt-
garantie des Art. 19 Abs. 2 Grundgesetz;
in: Juristenzeitung 1963, S.424.

- Deuerlein Die Einheit Deutschlands. Band I. Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949. Darstellung und Dokumente; 2.Auflage, Frankfurt am Main und Berlin 1961
- Dibelius Obrigkeit, Stuttgart/Berlin 1963
- Drath Die Grundlagen der kommunistischen Staatsauffassung und Revolutionslehre im Staatsrecht der Sowjetzone;
in: Fragen des Staatsrechts im Ostblock, Studien des Instituts für Ostrecht, München, Band 1, Berlin-Zehlendorf-West o.J., S.53ff.

Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Sowjetischen Besatzungszone. Untersuchungen über Legalität, Loyalität und Legitimität; herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen; 2.Aufl., Bonn 1954
- Fetscher Die Freiheit im Lichte des Marxismus - Leninismus;
in: Beilage B IIL/57 zu "Das Parlament", S.817ff - Sonderdruck für die Deutsche Studentenzeitung

Was verstehen wir unter Freiheit?
in: Beilage B 46/59 zu "Das Parlament" vom 11. November 1959, S.621ff.

Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten; Band I, Philosophie und Ideologie; München 1962
- Fischer, Martin Obrigkeit. (Gustav W. Heinemann zum 60. Geburtstag am 23. Juli 1959);
in: Unterwegs. Eine evangelische Zeitbuchreihe, herausgegeben von Otto Bleibtreu u.a., Nr.10, Berlin 1959
- Giacometti Quellen zur Geschichte der Trennung von Staat und Kirche, Tübingen 1926
- Geiger Glaubens- und Bekenntnisfreiheit;
in: Staatslexikon. Recht - Wirtschaft - Gesellschaft; herausgegeben von der Görresgesellschaft, 6.Aufl., III. Band, Freiburg 1959, Sp. 969ff.

- Gollwitzer Die marxistische Religionskritik und der christliche Glaube;
in: Marxismusstudien Vierte Folge,
herausgegeben von Iring Fetscher;
Schriften der Evangelischen Studien-
gemeinschaft 7, Tübingen 1962, S.1ff.
- Gewissen;
in: Evangelisches Soziallexikon; im Auf-
trag des Deutschen Evangelischen
Kirchentages herausgegeben von Fried-
rich Karrenberg; Stuttgart o.J., Sp.
445f.
- Grundmann Das Verhältnis von Kirche und Staat im
zweigeteilten Deutschland;
in: Heckel, Kirche und Staat. Vorträge,
gehalten auf der Tagung evangelischer
Juristen 1960; München 1960, S.31ff
- Häberle Die Wesensgehaltgarantie des Art.19 Abs.2
Grundgesetz. Zugleich ein Beitrag zum in-
stitutionellen Verständnis der Grundrechte
und der Lehre vom Gesetzesvorbehalt.
Freiburger Rechts- und Staatswissenschaft-
liche Abhandlungen, Band 21, herausgegeben
von der Rechts- und Staatswissenschaftli-
chen Fakultät der Universität Freiburg/Br.;
Karlsruhe 1962
- Hamann Grundgesetz. Kommentar; 2.Aufl., Berlin -
Neuwied - Darmstadt, 1961
- Hamel,
Walter Das Bekenntnis als Gestalt der Freiheit;
in: Archiv für Rechts- und Sozialphiloso-
phie, herausgegeben von R.Laun und
Th. Viehweg (zit. ARSP), Band XL,
S.465ff.
- Das Bekenntnis als Gestalt der Politik;
in: Archiv für Rechts- und Sozialphiloso-
phie, herausgegeben von R.Laun und
Th. Viehweg (zit. ARSP), Band XLII,
S.479ff.
- Glaubens- und Gewissensfreiheit;
in: Die Grundrechte. Handbuch der Theorie
und Praxis der Grundrechte, herausge-
geben von Karl August Bettermann,
Hans Carl Nipperdey, Ulrich Scheuner,
Vierter Band, 1.Halbband, Berlin 1960,
S.37ff.

- Haney Zum Inhalt des sozialistischen Rechtsbegriffs
in: Staat und Recht 1963, S.121ff.
- Das Recht der Bürger und die Entfaltung der Persönlichkeit;
in: Staat und Recht 1962, S.1063ff.
- Heidtmann Die Kirche, die Verfassung und das Kommuniké. Zu einem Aufsatz von Oberkirchenrat Gerhard Lotz;
in: Kirche in der Zeit 1961, S.382ff.
- Heller Entwicklung und Aufgaben der "Nationalen Front" in der Sowjetzone;
in: Jahrbuch für Ostrecht, herausgegeben von R.Maurach und W.Rosenthal im Auftrag des Instituts für Ostrecht, München, Band IV, 1.Halbjahresheft 1963, Herrenalb 1963, S.7ff.
- Hesse Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945;
in: Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge Band 10, herausgegeben von Gerhard Leibholz (zit.: JöR NF), Tübingen 1961, S.3ff.
- Jacob Raum für das Evangelium in Ost und West; Referat auf der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin 27. bis 29. Juni 1956;
in: Kirchliches Jahrbuch 1956, S.9ff.
- Jacobi Staat und Kirche nach der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik;
in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, herausgegeben von Chr.Mahrenholz, R.Smend, E.Wolf (zit.: ZevKiR), Band 1(1951), S.113ff.
- Jacobs Glaube;
in: Evangelisches Kirchenlexikon, Kirchlich-theologisches Handwörterbuch, herausgegeben von Heinz Brunotte und Otto Weber, Band I, Göttingen 1956, Sp. 1580ff.

- Jeremias Die Jugendweihe in der Sowjetzone; herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956
- Kerimow Staatslehre und Revisionismus. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Wesen des Staates und der moderne Revisionismus; deutsch: Berlin 1959
- Klärer Die zeitgenössische Lehre des dialektischen Materialismus in der UdSSR; in: Sowjetstudien, herausgegeben vom Institut zur Erforschung der UdSSR e.V., München, Nr.8, Februar 1960, S.42ff.
- Konstantinow u.a. Grundlagen der marxistischen Philosophie, Moskau 1959 (zit.: Grundlagen); deutsch: 3.Aufl., Berlin 1961
- Krüger, Ulrich Der Militärseelsorgevertrag und die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1958
- Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in Deutschland; in: Festschrift für Erwin Jacobi, Berlin 1957, S.260ff.
- Kuusinen u.a. Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch; Moskau 1960 (zit.: Lehrbuch) - deutsche Überarbeitung von Friedrich Günther und Ullrich Kuhirt, Berlin 1960
- Leißner Verwaltung und öffentlicher Dienst in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Eine kritische Würdigung aus gesamtdeutscher Sicht; Stuttgart und Köln 1961
- Lenin Ausgewählte Werke in zwei Bänden; Band I und II (zit.: AW I bzw. AW II), 5.Aufl., Berlin 1959
- Über die Religion. Eine Sammlung ausgewählter Aufsätze und Reden. Deutsch: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Berlin 1960

- Lenin Über den Staat. Vorlesung an der Swerdlow-Universität in Moskau am 11. Juli 1919 - deutsch: Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, 11.Aufl., Berlin 1959
- Liermann Das Recht der Religionsfreiheit;
in: Die Ordnung Gottes und die Unordnung der Welt. Deutsche Beiträge zum oekumenischen Gespräch, herausgegeben von W.Menn, Stuttgart 1948, S.187ff.
- Lotz Die Bedeutung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958;
in: Domine dirige me in verbo tuo, Herr leite mich nach Deinem Wort!, Festschrift zum 70. Geburtstag von Landesbischof D. Moritz Mitzenheim, herausgegeben von der Pressestelle der Ev.-Luth. Landeskirche in Thüringen im Auftrage des Landeskirchenrates (zit.: Mitzenheim-Festschrift), Berlin 1961, S.340ff.
- Lukas Zehn Jahre Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Mainz-Gonsenheim, Wiesbaden-Kastel, Düsseldorf 1955
- Mampel Die Auffassung des dialektischen und historischen Materialismus vom Recht;
in: Recht in Ost und West 1957, S.53ff.
- Über die Bedeutung der Staatslehre des Marxismus-Leninismus für die verfassungsrechtliche Entwicklung in Mitteleuropa;
in: Recht in Ost und West 1960, S.45ff.
- Vom Besatzungsregime zur verdeckten Fremdherrschaft;
in: Deutsche Fragen (Informationen und Berichte aus Mitteleuropa als Beitrag zur Wiedervereinigung; herausgegeben vom Untersuchungsausschuß freier Juristen, Berlin) 1963, S.181f und S.202ff.
- Dialektik und Recht. Zur Situation der Rechtstheorie in der SBZ;
in: Jahrbuch für Ostrecht, herausgegeben vom Institut für Ostrecht, München, Band I, 1.Halbjahrsheft, Herrenalb 1960, S.91ff.

- Mampel Die SED im materiellen Verfassungsrecht der SBZ;
in: Recht in Ost und West 1963, S.49ff.
- Die Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Text und Kommentar;
Frankfurt am Main, Berlin 1962
- Die volksdemokratische Ordnung in Mitteldeutschland. Texte zur verfassungsrechtlichen Situation mit einer Einleitung;
Frankfurt am Main, Berlin 1963
- von Mangoldt Das Bonner Grundgesetz, Berlin und Frankfurt/M. 1953
- von Mangoldt-Klein Das Bonner Grundgesetz, 2.Aufl., Band I, Berlin und Frankfurt/M. 1957
- Marti Glaubens- und Kultusfreiheit;
Sonderdruck aus der Schweizerischen juristischen Kartothek, Genf 1951
- Marx/Engels Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band I und II (zit.: AS I, bzw. AS II), 9.Aufl., Berlin 1959
- Über Religion.
Sammelband des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1958
- Maser Genossen beten nicht. Kirchenkampf des Kommunismus; Köln 1963
- Maunz Deutsches Staatsrecht. Studienbuch; 10. Aufl., München und Berlin 1961
- Meinecke Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik;
in: Evangelisches Pfarrerberblatt, herausgegeben vom Bund evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik (e.V.), Sonderheft zum Evangelischen Pfarrertag 1962 in der DDR, Berlin-Weißensee, Stöckerstift, 24. bis 26. September 1962, S.7ff.

- Meinecke Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zur Klärung einiger Grundfragen des Verhältnisses von Staat und Kirche in der DDR; Berlin, o.J. (1962)
- Meinhold Römer 13. Obrigkeit, Widerstand, Revolution, Krieg; Stuttgart 1960
- Menzel Der Erlass des Staatsrates über die Eingaben der Bürger - ein Mittel zur Verwirklichung der Programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR; in: Staat und Recht 1961, S.1857ff.
- Mirbt Glaubens- und Gewissensfreiheit;
in: Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung. Kommentar zum zweiten Teil der Reichsverfassung, II. Band, herausgegeben von H.C.Nipperdey, Berlin 1930, S.319ff.
- Novak Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik;
in: Wissenschaft und Technik verständlich dargestellt, Nr.44, Reihe Gesellschaftswissenschaften, Leipzig, Jena 1954
- Peters, Hans Auslegung der Grundrechtsbestimmungen aus der Geschichte;
in: Historisches Jahrbuch, im Auftrage der Görresgesellschaft herausgegeben von Johannes Spörl, 72. Jahrgang 1953, München, Freiburg, S.457ff
- Petzold Das Recht in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR;
in: Staat und Recht 1963, S.17ff.
- Polak Zur Dialektik in der Staatslehre (zit.: Dialektik), 3.Aufl., Berlin 1963
- Poppe und Schüsseler Sozialistische Grundrechte und Grundpflichten der Bürger;
in: Staat und Recht 1963, S.209ff.

- Rahner und
Conrad Kirche und Staat, Geschichte;
in: Staatslexikon. Recht - Wirtschaft -
Gesellschaft; herausgegeben von der
Görresgesellschaft, 6.Aufl., IV. Band,
Freiburg 1959, Sp. 991ff, Abschn. II
des Artikels (Sp. 992 bis 1005)
- Reicke Kirchenpolitik;
in: Evangelisches Kirchenlexikon. Kirch-
lich-theologisches Handwörterbuch,
herausgegeben von Heinz Brunotte und
Otto Weber, Band II, Göttingen 1958,
Sp. 773 bis 778
- Staat und Kirche;
in: Evangelisches Kirchenlexikon. Kirchlich-
theologisches Handwörterbuch, herausge-
geben von Heinz Brunotte und Otto Weber,
Band III, Göttingen 1959, Sp. 1113ff.
- Rothenbücher Die Trennung von Staat und Kirche,
München 1908
- Scheuer Die Rechtslage des geteilten Deutschland,
Frankfurt am Main, Berlin 1960
- Scheuner Kirche und Staat;
in: Religion in Geschichte und Gegenwart.
Handwörterbuch für Theologie und
Religionswissenschaft; 3.Aufl., heraus-
gegeben von Martin Galling (zit.: RGG),
III. Band, Tübingen 1959, Sp. 1327ff.
- Schlicht Die Rechtsentwicklung in der SBZ.
Bericht des Untersuchungsausschusses frei-
heitlicher Juristen, Berlin, abgeschlossen
am 5.2.1963;
in: Recht in Ost und West 1963, S.75ff.
- Aus Rechtszeitschriften der SBZ;
in: Recht in Ost und West 1963, S.87
- Schneider, Peter In dubio pro libertate;
in: Hundert Jahre deutsches Rechtsleben.
Festschrift zum hundertjährigen Bestehen
des Deutschen Juristentages 1860 bis
1960, Band II, Karlsruhe 1960, S.263ff.
- Rechtsgutachten zur Frage der Auslegung des
Art.5 Abs.1 GG, insbesondere zur Stellung
der Presse im Strafverfahren, erstattet für
das Verfassungsbeschwerdeverfahren - 1 BvR
586/62 - (Privatdruck)

- Schneider, Peter Prinzipien der Verfassungsinterpretation;
in: Veröffentlichungen der Vereinigung
Deutscher Staatsrechtslehrer (zit.:
VVDStL), Heft 20, Berlin 1963, S.1ff.
- Prinzipien totalitären Staats- und Rechts-
denkens;
in: Fragen des Staatsrechts im Ostblock,
Studien des Instituts für Ostrecht,
München, Band 1, Berlin-Zehlendorf-West,
o.J., S.5ff.
- Scholler Die Freiheit des Gewissens, Berlin 1958
- Schrey Die Generation der Entscheidung. Staat und
Kirche in Europa und im europäischen Ruß-
land 1918 bis 1953; München 1955
- Schroeder, Friedrich-Christian Inhalt und Entwicklung von Staat und Recht
nach dem neuen Parteiprogramm der Kommuni-
stischen Partei der Sowjetunion;
in: Jahrbuch für Ostrecht, herausgegeben
von Reinhart Maurach, München, und
Walther Rosenthal, Berlin, im Auftrag
des Instituts für Ostrecht, München,
III. Band, 1.Halbjahrsheft, Herren-
alb 1962, S.45ff.
- Schütze "Volksdemokratie" in Mitteldeutschland;
herausgegeben von der Niedersächsischen
Landeszentrale für politische Bildung, 1961
- Schulz, Werner Grundrechte in der Sowjetzone?;
in: Recht in Ost und West 1963, S.152ff.
- Die Verfassung der "Deutschen Demokrati-
schen Republik"; Sonderband der Studien
des Instituts für Ostrecht, München,
herausgegeben von Reinhart Maurach, Mün-
chen, und Walther Rosenthal, Berlin;
Frankfurt, Herrenalb 1959
- Siegler Wiedervereinigung und Sicherheit Deutsch-
lands. Eine dokumentarische Diskussions-
grundlage; 4.Aufl., Bonn - Wien - Zürich
1960; Sonderausgabe für das Bundesmini-
sterium für gesamtdeutsche Fragen

- Skriver Die Evangelische Kirche und der SED-Staat;
in: SBZ-Archiv 1960, S.210ff.
- Smend Staat und Kirche nach dem Bonner Grund-
gesetz;
in: Zeitschrift für evangelisches Kirchen-
recht, herausgegeben von Chr.Mahren-
holz, R.Smend, E.Wolf (zit.: ZevKiR)
1. Band (1951), S.4ff.
- Solberg Kirche in der Anfechtung. Der Konflikt
zwischen Staat und Kirche in Mitteldeutsch-
land seit 1945, Berlin und Hamburg 1962
- Stalin Der Marxismus und die Fragen der Sprach-
wissenschaft; deutsch: Kleine Bücherei
des Marxismus-Leninismus, 5.Aufl., Berlin
1954

Über dialektischen und historischen Mate-
rialismus.
Vollständiger Text und kritischer Kommentar
von Iring Fetscher; 3.Aufl., Frankfurt
am Main, Berlin, Bonn 1957; Sonderausgabe
für das Bundesministerium für gesamtdeut-
sche Fragen
- Stern Porträt einer bolschewistischen Partei.
Entwicklung, Funktion und Situation der
SED, Köln 1957
- Viehweg Zwei Rechtsdogmatiken;
in: Philosophie und Recht. Festschrift zum
70. Geburtstag von Carl August Emge;
herausgegeben von Ulrich Klug, Wies-
baden 1960, S.106ff
- Voigt Unsere erste Sorge: der Mensch,
Berlin-Grunewald 1961
- Wegener Die neuen deutschen Verfassungen, zusam-
mengestellt und mit einer Einführung
herausgegeben von Wilhelm Wegener; Essen,
Kettwig 1947
- Wernicke Erläuterungen zu Art.4 des Grundgesetzes
in: Bonner Kommentar, Hamburg 1950

- Westen Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins. Ein Beitrag zur Genealogie des Sowjetrechts. Schriften des Kopernikuskreises Band 5, Lindau und Konstanz 1959
- Wibbing Glaube;
in: Weltkirchenlexikon, Handbuch der Ökumene, im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages herausgegeben von Franklin H. Littell und Hans Hermann Walz, Stuttgart o.J.; Sp. 490ff.
- Wilkens Über die Grundeinstellung der Christen zur Obrigkeit und ihr praktisches Verhalten im Konflikt mit dem Zonenregime - Rundfunkvortrag, abgedruckt
in: Kirchliches Jahrbuch 1961, S.261ff.
- Wolf, Erik Ordnung der Kirche. Lehr- und Handbuch des Kirchenrechts auf ökumenischer Basis; Frankfurt am Main 1960
- Woronski Marxismus-Leninismus in neuer Formulierung. Über das Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus";
in: SBZ-Archiv 1960, S.323ff.
- Wyschinskij Über einige Fragen der Theorie des Staates und des Rechts;
in: Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie; Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, 36. Beiheft zur "Sowjetwissenschaft", Berlin 1953, S.109ff.

Materialien und Schriften ohne Verfasserangabe:

Der Atheismus als Frage an die Kirche. Handreichung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, herausgegeben vom Lutherischen Kirchenamt, Berlin und Hamburg 1962

Der Christ in der DDR.

Handreichung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, herausgegeben vom Lutherischen Kirchenamt, Berlin 1961.

(Auch als Handreichung "Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik" unter III, Nr.109 veröffentlicht im Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Band I, Stück 17 vom 25. Mai 1961)

Die Evangelische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland, Witten und Berlin 1959

Dokumente zur Frage der Obrigkeit. Zur Auseinandersetzung um die Obrigkeitsschrift von Bischof D. Otto Dibelius; Darmstadt 1960

Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland, begründet von Johannes Schneider, herausgegeben von Joachim Beckmann, 76. bis 88. Jahrgang 1949 bis 1961, Gütersloh 1950 bis 1963 (zit.: Kirchliches Jahrbuch, Jahr und Seite)

Kirche in der Zeit - Evangelische Kirchenzeitung, Düsseldorf; ab XV. Jahrgang, 1960ff.

Dokumente der CDU, zusammengestellt durch ein Kollektiv von Mitarbeitern der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union, Band I, Berlin 1956, Band II, 1955-1958, Berlin 1958

Große Sowjet-Enzyklopädie: Der Staat. Begriff, Wesen und Inhalt. Reihe Wirtschaft und Recht; deutsch: Berlin 1957

Große Sowjet-Enzyklopädie: Recht, Rechtsbewußtsein und Moral. Reihe Wirtschaft und Recht; deutsch: Berlin 1956

Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961, herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin, in Verbindung mit dem Verlag Die Wirtschaft; Berlin 1961

Beschluß des V. Parteitages der SED. Politische Dokumentation, in: SBZ-Archiv vom 25. August 1958 (Heft 16), S.246ff.

Protokoll. Staats- und Rechtswissenschaftliche Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958; Berlin, 1958

Programmatische Erklärung des Staatsratsvorsitzenden vom 4. Oktober 1961; in: "Neue Justiz" 1960, S.665ff.

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem VI. Parteitag; in: Sonderbeilage zu "Neues Deutschland" Nr.25 vom 25. Januar 1963

Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, beschlossen auf dem VI. Parteitag; in: "Neues Deutschland" Nr.26 B vom 26. Januar 1963

Der Siebenjahrplan des Friedens, des Wohlstandes und des Glücks des Volkes, Berlin 1959

"der Demokrat", Tageszeitung der Christlich-Demokratischen Union (der Sowjetischen Besatzungszone)

"Neues Deutschland", Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

"Neue Zeit", Zentralorgan der Christlich-Demokratischen Union (der Sowjetischen Besatzungszone)

Das Motto ist entnommen aus Zimmermann und Jacobsen (Bearbeiter), 20. Juli 1944, 3. Auflage, Bonn 1960.

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Orte
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
ALR	Allgemeines Landrecht
Anm.	Anmerkung
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AS	Ausgewählte Schriften
Aufl.	Auflage
AW	Ausgewählte Werke
Bem.	Bemerkung(en)
Bd.	Band
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (zitiert nach Band und Seite der amtlichen Sammlung)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungs- gerichts (zitiert nach Band und Seite der amtlichen Sammlung)
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
d.h.	das heißt
Dok.	Dokument(e)
EOGZ	Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik in Zivil- sachen (zitiert nach Band und Seite der amtlichen Sammlung)
Erl.	Erläuterung(en)
f, ff.	folgende
GBL DDR I	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutsch- land vom 23. Mai 1949
i.folgd.	im folgenden
JöR NF	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Ge- genwart, Neue Folge (zitiert nach Band und Seite)
JZ	Juristenzeitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
Nr.	Nummer
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
S.	Seite
scilicet	scilicet
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands
Vgl.	vergleiche
VVDStL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
ZevKiR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert

Artikel ohne besonderen Zusatz meinen Artikel der Verfassung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands; abgedruckt als Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 in GBl. DDR I, S.5 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung der Verfassung vom 6. Oktober 1955, GBl. DDR I, S.653, des Gesetzes zur Auflösung der Länderkammer vom 8. Dezember 1958, GBl. DDR I, S.867 und des Gesetzes über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. September 1960, GBl. DDR I, S.505.

L e b e n s l a u f

Am 12. Januar 1936 bin ich, Christian Eberhard Meyer, als Sohn des Pastors Willibald Meyer und seiner Ehefrau Renata, geb. Hainmüller, in Halberstadt geboren.

Infolge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse und damit verbundener häufiger Wohnungswechsel meiner Familie besuchte ich acht Jahre lang mehrere Grundschulen in verschiedenen Orten Mitteldeutschlands. Nach vierjähriger Oberschulzeit in Wismar bestand ich dort im Sommer 1954 die Reifeprüfung.

Vom Sommersemester 1956/57 bis zum Wintersemester 1960/61 habe ich an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz Rechtswissenschaft studiert. Die Erste Juristische Staatsprüfung habe ich am 25. April 1961 vor dem Justizprüfungsamt bei dem Ministerium der Justiz in Mainz bestanden. Seit dem 9. Juni 1961 stehe ich als Gerichtsreferendar im Vorbereitungsdienst des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Tag der mündlichen Prüfung zur Promotion war der 23. Juli 1964.

